

Europakonferenz

des Österreichischen Bundesrates und des
Landtages von Niederösterreich
Freitag, den 12. November 2010

Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Ing. Penz (Seite 88).
„Die direkte Mitwirkung der Regionen auf EU-Ebene“
2. Impulsreferate
Univ. Prof. Dr. Franz Schausberger, Präsident des Institutes der Regionen Europas (IRE), Mitglied des Ausschusses der Regionen, Landeshauptmann a.D. (Seite 109)
Dr. Erwin Pröll, Landeshauptmann von Niederösterreich, Vorsitzender LH-Konferenz (Seite 90),
Werner Faymann, Bundeskanzler (Seite 94).
Prof. Albrecht Konecny, Bundesrat, langjähriges Mitglied des Europarates und der COSAC (Seite 113).
3. Referate zu den Themen
 - a) „EU-Regionalpolitik und Donaunraumstrategie: Chance für Mitteleuropa“:
Univ. Prof. Dr. Herwig van Staa, Präsident des Tiroler Landtages, Vorsitzender der Landtagspräsidentenkonferenz (Seite 121)
Bgm. Mag. Matthias Stadler, Österreichischer Städtebund (Seite 123)
Dr. Johannes Hahn, Mitglied der Europäischen Kommission „Der Kohäsionsbericht 2010 – Perspektiven für die EU-Regionalpolitik 2014“ (Seite 99)
Dr. János Martonyi, Minister für auswärtige Angelegenheiten, Republik Ungarn (Seite 103)
Dr. Michael Spindelegger, Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten (Seite 106).
LAbg. Bgm. Mag. Alfred Riedl, Erster Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes (Seite 125).
 - b) „Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden bei der Umsetzung des Lissabon-Vertrages“:
4. Statements:
Georg Keuschnigg, Vorsitzender des EU-Ausschusses des Bundesrates (Seite 116)
Mag. Richard Kühnel, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich (Seite 117)
5. Martin Preiner, Präsident des Bundesrates (Seite 126).

* * *

Präsident Ing. Penz (um 9.09 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Uns verbindet viel in Europa und mit Europa. Eine gemeinsame Geschichte, enge kulturelle Beziehungen und gemeinsame Werte. Europa ist aber auch geprägt durch seine unterschiedlichen Erfahrungen, durch seine sprachliche und geschichtliche Vielfalt. Durch seine mannigfaltigen, literarischen, künstlerischen und volkstümlichen Traditionen. Und Europa ist vor allem die Summe und die Vielfalt seiner Regionen.

Wenn wir Europa wieder näher zu den Bürgern bringen wollen, dann führt kein Weg vorbei an den Regionen. Die heutige Europakonferenz des Bundesrates und des NÖ Landtages hier im NÖ Landhaus in St. Pölten ist eine willkommene Gelegenheit, sich mit der Bedeutung, dem Stellenwert und der Perspektiven der Regionen in Europa zu beschäftigen.

Ich danke daher allen Referenten und Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, für Ihr Kommen. Besonders herzlich willkommen heißen möchte ich aber in unserer Mitte den Herrn Bundeskanzler Werner Faymann. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Ich begrüße sehr herzlich den Außenminister von Ungarn, János Martonyi. Herzlich willkommen! *(Beifall im Hohen Hause.)*

Ein herzliches Grüßgott unserem Außenminister Dr. Michael Spindelegger. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Ich begrüße sehr herzlich den Regionalkommissar, Herrn Dr. Johannes Hahn. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Ich heiße sehr herzlich willkommen alle Landtagspräsidenten der neun Bundesländer. Ich begrüße sehr herzlich den Klubobmann der Österreichischen Volkspartei, Karl Heinz Kopf. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Ich begrüße sehr herzlich die Botschafter, die Mandatäre und Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Ich begrüße aber sehr herzlich unseren Landeshauptmann von Niederösterreich Dr. Erwin Pröll, der in den Fragen der Europäischen Integration und gerade in den Fragen der Donauraumstrategie als Erster an die Öffentlichkeit getreten ist. Und dafür, Herr Landeshauptmann, ein herzliches Danke! *(Beifall im Hohen Hause.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einer der Gründerväter der Europäischen Union, Jean Monnet hat für mich zeitlos gültig das zum Aus-

druck gebracht, was Europa eigentlich sein soll, indem er gemeint hat: Wir koalieren nicht die Staaten, sondern wir möchten die Menschen zusammen führen. Und: Ein wirkliches Zusammenwachsen Europas wird aber nur dann möglich sein, wenn wir Europa nicht ausschließlich als möglichst geeinten Wirtschaftsraum sehen, sondern Europa als das begreifen was es letztlich ist: Eine Gemeinschaft, die auf dem unverwechselbaren Selbstverständnis seiner Menschen und der historisch gewachsenen Werte in den Regionen baut.

Die Menschen müssen auch wissen, was Europa ausmacht. Wer in Europa wofür Verantwortung trägt. Was die EU entscheiden darf und was nicht. Uns was Europa dem Einzelnen auch ganz konkret bringt und bedeutet. Denn in den Regionen zeigt sich, ob die Politik der Europäischen Union von den Menschen dort auch akzeptiert wird. Denn die Regionen sind dicht an den Menschen, nah an ihren Problemen und ihren Sorgen und überschaubar in ihrer Entwicklung. Die Regionen entwickeln selbständig auch ihre Programme und führen sie eigenständig durch. Auf europäischer Ebene hingegen wird die Zielsetzung und die finanzielle Beteiligung vereinbart. Und so kann sowohl der Subsidiarität als auch der Solidarität gleichzeitig Rechnung getragen werden.

Wir wissen aber auch, Europa fehlt derzeit der Schwung. Keiner weiß so richtig, wohin die Reise geht. Die Stimmungslage in der europäischen Bevölkerung über die künftige Entwicklung bewegt sich oft zwischen Ablehnung und Gleichgültigkeit, zwischen Teilnahmslosigkeit und Desinteresse.

Und wenn es oft politisch nicht so läuft wie man es gerne hätte, wie man sich das vorstellt, dann gibt man auch sehr gerne Europa die Schuld. Manchmal zu Recht, aber meistens zu Unrecht. Aber Europa muss sensibler werden und beweglicher im Umgang mit den Anliegen, mit den Wünschen und mit den Gefühlen seiner Bürger. Es geht um eine sinnvolle Vernetzung auch aller drei Ebenen, Europa, Nationalstaaten und Regionen, um das Bestmögliche auch für die Menschen in den Regionen zu erreichen.

Eine wichtige strategische Region und ein besonders chancenreicher, transnationaler Kooperationsraum im Herzen Europas ist der Donauraum. Jene Lebensader und jene Verkehrsachse, die auf einer Länge von 230 km auch durch Niederösterreich fließt. Der Donauraum mit seinen enormen ökonomischen Ressourcen und ökologischen Schätzen ist ein Spiegelbild für die Vielfalt in Europa. Er ist ein Synonym für das Haus Europa. Und er ist ein Symbol für die typischen Lebensar-

ten, für kulturelle Traditionen und subsidiäre Gesinnung. Der Donauraum ist auch Wegbereiter für grenzüberschreitende Zusammenarbeit, etwa in den Bereichen Wirtschaft und Innovation, Umwelt- und Hochwasserschutz, Verkehr und Tourismus. Er ist aber auch ein Wissens- und Forschungskorridor mit Hochschulstandorten, begonnen in Ulm, über Linz, Krems, Tulln, Wien, Budapest bis hin entlang des Donaustromes. Und die Donauregion wird zu Recht auch als Nervenzentrum Europas bezeichnet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich danke dem Präsidenten des Bundesrates, Martin Preiner, besonders für die Initiative, die Fragestellungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Lissabon-Vertrages heute und hier zu diskutieren. Es ist im höchsten Maße lobenswert, dass wir heute zusammen gekommen sind, um darüber auch nachzudenken, wie die rechtlichen Grundlagen jetzt mit Leben erfüllt werden können. Tatsache ist nämlich, dass die maßgeblichen Aktivitäten, wenn es um die in den Sonntagsreden viel gepriesene Subsidiarität und Bürgernähe geht, von den Bundesländern, von den Landtagen und vom Bundesrat ausgeht. Ich denke hier im Speziellen an die neu geschaffene Möglichkeit der Subsidiaritätsrüge, die auch seit August des heurigen Jahres im Verfassungsgesetz grundgelegt ist. Und man erwartet sich, dass binnen kurzer Frist ein Landtag eine sinnstiftende Stellungnahme zu einem europäischen Rechtsetzungsakt abgeben kann. Dazu benötigt ein Landtag aber auch eine entsprechende Entscheidungsgrundlage. Denn es besteht durchaus die Gefahr, dass solche Verfahren zu einer Art Experten-Ping-Pong und Selbstzweck werden. Auf diese Art würde die ursprüngliche Intention, nämlich Europa seinen Bürgern näher zu bringen, nicht erfüllt werden.

Ich appelliere aber auch gleichzeitig an dieser Stelle, die neu geschaffenen Möglichkeiten in der Praxis in weiterer Folge auch so zu handhaben, dass Stellungnahmen der Landtage auch tatsächlich berücksichtigt werden und nicht in der Zielgeraden, im so genannten Abwägungsprozess, unter den Tisch fallen. Wir sind jedenfalls bereit, uns hier konstruktiv im Interesse der Erfinder des Subsidiaritätsverfahrens einzubringen. Unter Federführung des derzeitigen Vorsitzenden der Landtagspräsidentenkonferenz, Herwig van Staa, haben wir ein Koordinierungsgremium von Landtagen und Bundesrat eingerichtet, das zum Ziel hat, einerseits die Zusammenarbeit zwischen den Landtagen und dem Bundesrat zu verstärken sowie im inhaltlichen Bereich den Schwerpunkt auf die Klärung der Abläufe mit dem in der Lissabon-Begleitnovelle grundgelegten Subsidiaritätsverfahren zu legen.

Der Bundesrat und der NÖ Landtag wollen mit der heutigen Europakonferenz einen Beitrag leisten, dem Subsidiaritätsgedanken durch Ideen, Anregungen und Denkanstöße neue Impulse zu geben. Möge daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, die heutige Europakonferenz von der Aussage des großen christdemokratischen deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer begleitet werden, der gesagt hat: „Die Einheit Europas war ein Traum weniger. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle.“ Trefender, glaube ich, kann man den Europagedanken und die heutige Konferenz nicht charakterisieren. Ich wünsche viel Erfolg! (*Beifall im Hohen Hause.*)

Martin Preiner, Präsident des Bundesrates: Sehr geehrter Herr Landtagspräsident Penz! Als Bundesrat außer Dienst und Mitveranstalter des heutigen Tages danke ich dir, dass wir hier das Landhaus als Tagungsort wählen konnten.

Geschätzter Herr Bundeskanzler! Herr Landeshauptmann und Vorsitzender der Landeshauptleutenkonferenz! Herr Kommissar Hahn, geschätzte Herren Außenminister! Werte Präsidenten der Landtage! Geschätzte Damen und Herren! Liebe Tagungsteilnehmer!

Als Präsident des Bundesrates darf ich Sie recht herzlich zu dieser Europakonferenz des Bundesrates und des Landtages begrüßen. Wir haben zwei Tagungsblöcke gewählt. Nämlich die EU-Regionalpolitik und die Donauraumstrategie als eine Chance für Mitteleuropa. Und als zweiten Block die Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden bei der Umsetzung des Lissabon-Prozesses.

Ziel der heutigen Konferenz ist es, den Dialog der Subsidiaritätskonferenz von 2006, die im Rahmen der Europäischen Präsidentschaft auch hier in St. Pölten erfolgreich durchgeführt wurde, fortzusetzen. Damals war der Titel „Europa fängt zu Hause an“. Damals wie heute gilt es, ein Europa ständig weiter zu entwickeln. Ein Europa der Bürger und ein Europa der Regionen. Gerade die Landtage und der Bundesrat sind deren Vertreter in der Gesetzgebung. Und deshalb ist es, glaube ich, gut und richtig, dass der Landtag gemeinsam mit dem Bundesrat heute diese Tagung durchführt.

Ich darf zum Einstieg einen deutschen Schriftsteller zitieren: Oskar Maria Graf. „Europa ist zweifello die Wiege der Kultur. Aber man kann nicht sein ganzes Leben in der Wiege verbringen.“ In diesem Sinne, glaube ich, gilt es aufzubrechen und Ideen zu suchen. Und einer, der regional seine Ideen immer wieder umsetzt und durchsetzt ist

unser Landeshauptmann Dr. Pröll. Ich darf dich um deine Ausführungen bitten. (*Beifall im Hohen Hause.*)

Dr. Erwin Pröll, Landeshauptmann von Niederösterreich, Vorsitzender der LH-Konferenz: Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Verehrte Herren Außenminister! Herr Kommissar! Meine Damen und Herren Präsidenten! Exzellenzen! Verehrte Damen und Herren! Liebe Tagungsteilnehmer!

Zunächst darf auch ich Sie sehr herzlich begrüßen hier im Sitzungssaal des NÖ Landtages. Ich danke Ihnen, dass Sie gekommen sind! Nicht zuletzt auch deswegen, weil schon allein die Zusammensetzung hier im Auditorium ein umfangreiches und ein vielfältiges Bild bietet. Ein umfangreiches und vielfältiges Bild auf Grund Ihrer Verantwortung, die Sie in Ihren Regionen wahrzunehmen haben. Wir haben hier unterschiedliche Parteienvertreter. Wir haben hier Regierungsmitglieder auf den verschiedensten Ebenen. Wir haben hier Vertreter der Legislative bis hin zu Vertretern der kommunalpolitischen Ebene.

Warum sage ich das, meine sehr geehrten Damen und Herren? Ich sage das deswegen, weil ich überzeugt bin davon, wenn hier jemand eine Analyse erstellt, dann kann er das zweifelsohne in unterschiedlicher Form tun. Die einen werden sagen, so bunt und so abwechslungsreich und so divergierend ist unser Europa zusammen gesetzt wie sich das Bild hier zeigt. Die anderen werden sagen, so vielschichtig, so überorganisiert und so überreguliert ist dieses Europa.

Nun, wahrscheinlich, wie oftmals im Leben, ist die Wahrheit in der Mitte liegend. Die Diskussion, die wir in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten, muss man mittlerweile sagen, auf verschiedensten Ebenen erlebt haben, die Auseinandersetzungen, die Tagungsthemen, die gewählt wurden in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten auf Europäischer Ebene, meine sehr geehrten Damen und Herren, die haben sich alle immer wieder um diese Frage gedreht. Und ich glaube, wir sollten schön langsam auch in der europäischen Entwicklung und in der Meinungsbildung auf diesem Kontinent dazu kommen, dass wir in Wahrheit uns auf die zentrale Frage konzentrieren. Und die zentrale Frage ist meines Erachtens nicht dadurch gestellt, dass wir uns gegenseitig immer wieder vorwerfen, welche Kompetenzen in welcher Größenordnung wir haben, sondern die zentrale Frage ist, dass wir uns schön langsam dem nähern, eine ordentliche Aufgabenzuordnung, eine konkrete Aufgabenzuordnung jeder Ebene zu bewerkstelligen und zu ermöglichen. Die zentrale Frage ist auf einen einfa-

chen Punkt gebracht: Welche Ebene spielt welche Rolle in Europa?

Nun, meine Damen und Herren, auch sich dieser Frage zu nähern ist natürlich begleitet von einer Lebenserfahrung. Nämlich der Lebenserfahrung, der Standort bestimmt den Standpunkt. Ich selber, und das brauche ich gerade hier nicht allzu oft zu erwähnen, ich selber bin ein Vertreter eines Bundeslandes, der Repräsentant einer Region und dazu noch ein überzeugter Föderalist. Etwas, was nicht allen auf Bundesebene immer gefällt. Dir, Herr Bundeskanzler, gefällt's, soweit ich das unseren Diskussionen immer entnehme. Und ich hoffe, dass dies auch so bleibt. Weil letztendlich gerade in der österreichischen Verfassung dieser Föderalismus und die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften natürlich auch in der Geschichte der Republik eine wichtige Rolle gespielt hat, insbesondere in sehr konflikträchtigen Situationen. Und ich sage immer etwas: Was in der Vergangenheit gute Dienste geleistet hat, das kann auch in der Zukunft gute Dienste leisten. Das ist meine tiefe Überzeugung. Und daher sollten wir, um hier einen kleinen Ausflug in die österreichische Innenpolitik zu tun, nicht leichtfertig mit der föderalen Struktur in der Republik umgehen. Sondern wir sollten hier die Dinge einfach beim Namen nennen. Wir sind alle miteinander überzeugt, dass auch die föderale Struktur mit allen Einheiten innerhalb dieser Struktur ständig einem Wandel unterworfen sein muss. Insbesondere in Zeiten, wo die Finanzquellen schwächer geworden sind, wo die Finanzen einen wesentlichen Konfliktstoff auch in der Weiterentwicklung der Republik bedeuten. Aber am Grundsatz dieser föderalen Struktur, glaube ich, sollte man nicht rütteln.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich wieder zurück kommen auf diesen heutigen Themenbereich. Ich glaube, wir können ohne weiteres sagen, wir in den Regionen – und das geht weit über die Region Niederösterreich hinaus, in den europäischen Bereich -, wir wissen sehr wohl, was wir an Europa haben! Das möchte ich gerade hier in Niederösterreich sagen. Und zwar deswegen, weil wir diesbezüglich auch in der jüngeren und in der längeren Geschichte natürlich auf Erfahrung zurückblicken können.

Niederösterreich, jahrzehntelang am Eisernen Vorhang gelegen mit all den Konsequenzen die damit verbunden waren, überwiegend natürlich im Negativen. Durch den Fall des Eisernen Vorhangs, an den wir vor 25 Jahren nicht einmal im Traum zu denken gewagt haben, hat sich eine vollkommen neue Entwicklungsperspektive für diese Region Niederösterreich eröffnet. Eine Region, die heute

im schönsten und wahrsten Sinne des Wortes an der Nahtstelle zwischen dem alten, dem traditionellen und dem neuen Europa gelegen ist, mit all den Herausforderungen, mit all den Möglichkeiten, die damit verbunden sind.

Um es auf einen einfachen Nenner zu bringen, meine sehr geehrten Damen und Herren: Niederösterreich hat auf alle Fälle von dieser größeren europäischen Dimension profitiert. Und wenn ich das sage, dann meine ich das nicht nur im Wirtschaftlichen, im Monetären. Ich füge das deswegen hinzu, weil wir in eine Zeit hineingeraten sind, da überwiegend das Materielle letztendlich zum Maßstab für Erfolg oder Misserfolg herangezogen wird. Niederösterreich hat in vielfältiger Form vom größeren Europa, von dieser europäischen Dimension, profitiert.

Wobei ich gleichzeitig eines dazu fügen möchte, damit wir ja nicht zu einseitig werden, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nicht alles, was in Europa, in der Europäischen Union, passiert, ist gut. Aber das, was in der Europäischen Union passiert und vorgebracht wird, ist besser als man darüber spricht. Und das, glaube ich, ist wichtig, dass wir uns das bei all den Beurteilungskriterien im Blick nach vorne auch immer wieder vor Augen halten.

Ich sage das deswegen, weil letztendlich das auch im Zusammenhang zu sehen ist mit einer europäischen Grundstimmung, die in den Mitgliedsstaaten oder in den Regionen letztendlich wesentlich geprägt und prädestiniert wird. Niederösterreich ist mit Sicherheit ein Gewinner der europäischen Entwicklung.

Nun, ich möchte das letztendlich auch ein wenig mit Fakten untermauern, weil das zunächst vordergründig als eine oberflächliche Aussage und ein oberflächliches Urteil klingen kann. Aber ich möchte das wirklich mit Fakten untermauern, damit man auch merkt, in welcher Größenordnung und in welcher Form wir letztendlich davon profitiert haben.

Auf der einen Seite ist die niederösterreichische Wirtschaftsleistung seit dem Jahre 1995 um 58 Prozent gesteigert worden. Seit dem Jahre 1995 ist das verfügbare Einkommen in Niederösterreich doppelt so hoch geworden. Seit 1995 ist die Zahl der aktiven Betriebsstandorte um 62 Prozent gewachsen. Und seit 1995 sind die Exporte aus Niederösterreich um das Zweieinhalb- bis Dreifache gestiegen. Und seit 1995, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat Niederösterreich rund 6,5 Milliarden Euro von Brüssel hierher geholt. Über die

Landwirtschaftsförderung, Förderungen aus dem Sozialfonds und vor allem auch durch die EU-Regionalfördermittel.

Jetzt habe ich das zunächst einmal mit dem wirtschaftlichen Maßstab untermauert. Etwas, was man nicht in Zahlen und Fakten ausdrücken kann, ist hier unberücksichtigt geblieben. Und zwar das Faktum, dass wir zunächst einmal auf Grund des Wegfalls des Eisernen Vorhangs und dann durch die europäische Erweiterung plötzlich in den Mittelpunkt Europas gerückt sind, vom Geografischen her, mit all den positiven Konsequenzen auch in der zukunftssträchtigen Perspektive, grenzüberschreitend Kontakte knüpfen zu können. Grenzüberschreitend die Chance und die Möglichkeit zu nutzen, auch die Kulturperspektive zu erweitern mit unseren unmittelbaren Nachbarn. Und darüber hinaus, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch internationaler zu werden. In all den Facetten, die sich da anbieten.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben also Vorteile vom größeren Europa gezogen als Region Niederösterreich. Und Gott sei Dank, füge ich hinzu, merken das nicht nur diejenigen, die sich unmittelbar mit den Analysen beschäftigen, sondern das merken Gott sei Dank auch die Landsleute. Auch das möchte ich ein wenig mit Fakten untermauern. Wir registrieren nämlich in den Umfragen innerhalb der Bevölkerung eine vollkommene Kehrtwendung in unserem Heimatland Niederösterreich in der Einschätzung und Bedeutung der europäischen Perspektive. Im Jahre 1999 hat die Mehrheit der niederösterreichischen Bevölkerung sich negativ gegenüber der Europäischen Union gezeigt. Ich kann es jetzt sagen, mit dem Umfrageergebnis, 48 Prozent gegen die europäische Perspektive, 38 Prozent für die europäische Perspektive. Heute, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist die Stimmung genau umgekehrt. Wir haben heute die Situation, dass sich 59 Prozent positiv für diese europäische Perspektive aussprechen und 32 Prozent negativ.

Also Sie merken einfach, dass offensichtlich der europäische Gedanke nicht nur Fuß gefasst hat in den Verantwortungsträgern, sondern dass der europäische Gedanke nicht zuletzt auch auf Grund der Fakten, die ich angesprochen habe, auf breiter Ebene innerhalb der Bevölkerung Fuß gefasst hat. Mit aller Skepsis und der Distanz, das eine oder andere Mal, die sich natürlich aus der tagespolitischen Arbeit ergibt!

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich vielleicht noch eine grundsätzliche Bemerkung anfügen. Die Regionen wissen nicht nur was

wir an Europa mittlerweile haben. Ich glaube, ich kann das so generalisierend ausdrücken. Wir Regionen haben auch eine klare Vorstellung was wir von Europa wollen. Grundsätzlich ausgedrückt sind es folgende Fakten: Zunächst einmal Akzeptanz vom größeren Europa gegenüber den Regionen. Das Zweite: Entsprechenden Gestaltungsspielraum innerhalb dieses größeren Europa. Und auf der dritten Seite, ich sage das ein wenig fordernd oder herausfordernd, etwas mehr Verständnis gegenüber den Regionen aus diesem größeren Europa.

In diesem Zusammenhang, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich zwei wesentliche Punkte ansprechen, von denen ich glaube, dass sie am Weg in der näheren Zukunft in doppelter Form eine Nagelprobe sein können in dem Verhältnis zwischen Europa und den Regionen. Das eine ist die unmittelbare Zukunft der regionalpolitischen Förderung.

Der eine Punkt, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Regionalförderung für die ehemaligen Ziel 2-Gebiete ab dem Jahre 2014 ist, wenn Sie so wollen, die aktuellste Herausforderung. Ich glaube, dass wir uns dessen schon bewusst sein sollen, dass das, um es landläufig auszudrücken, noch keine „gemähte Wiese“ ist, dass ab dem Jahre 2013 die Förderung der Ziel 2-Gebiete so grosso modo verlängert wird in die nächste Periode hinein. Das bereitet uns natürlich Sorgen! Gerade in den Regionen, in welchen wir auf die Ziel 2-Gebietsförderung in den zurückliegenden Jahren auch gesetzt haben im Hinblick auf die Weiterentwicklung dieser Regionen. Nicht zufällig, sondern deswegen, weil es sich dabei um Regionen handelt, die im Hinblick auf die regionalpolitische Entwicklung einigen Nachholbedarf hatten bzw. es sich um Regionen handelt, die letztendlich auch durch ihre Entwicklung dominierend sein werden, in welcher Größenordnung und in welche Richtung sich das gesamte Europa im Zusammenspiel dieser Regionen weiter entwickeln kann.

Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, war es nicht zufällig, dass wir von niederösterreichischer Seite vor geraumer Zeit eine tief verankerte regionale Initiative gestartet haben im Hinblick auf diesen Zeitraum ab 2014 in der Regionalpolitikförderung für die Ziel 2-Gebiete. Und ich bin sehr froh darüber - ich muss das sagen, und das ist, meines Erachtens schon ein erstes wesentliches Dokument dafür, wie sehr die Regionen an der gesamteuropäischen Entwicklung interessiert sind - dass 142 von 173 Regionen, die von dieser Frage betroffen sind, sich zusammen geschlossen haben unter der Führung von Niederösterreich. Um ge-

meinsam die Forderung aufzustellen und letztendlich auch zu dokumentieren, nämlich in der Herzkammer Europas in Brüssel am 7. Oktober, hier unsere Vorstellung zu präsentieren und vor allem den festen Willen und auch die unabdingbare Notwendigkeit, diese Fördermöglichkeiten auch in die nächste Förderperiode hinein zu verlängern.

Das ist unseres Erachtens auf der einen Seite wichtig und notwendig für die Prosperität der Ziel 2-Gebiete auch in die nächsten Jahre hinein. Das ist auf der zweiten Seite deswegen auch wichtig, dass wir frühzeitig diese Initiative aktualisieren, weil damit im Zusammenhang auch die Planungssicherheit in den einzelnen Regionen Europas zu sehen ist. Und weil auf der dritten Seite der Abbau dieser Fördermöglichkeiten gleichzeitig auch die Gefahr in sich birgt, dass die Disparitäten innerhalb Europas zwischen den Regionen wieder größer werden. Und das kann ja nicht das Ziel sein! Sondern die Aufgabe, die wir miteinander haben ist, dass wir möglichst auf gleicher Ebene versuchen, die einzelnen Regionen weiter zu entwickeln um Disparitäten abzubauen und nicht aufzubauen.

Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit, lieber Herr Kommissar, bei dir sehr, sehr herzlich bedanken - ich sage das zunächst einmal so salopp über das Rednerpult -, weil ich den Eindruck hatte, dass du von der ersten Sekunde an uns diesbezüglich unglaublich unterstützt hast, all diese 143 Regionen Europas. Wir hatten bei dir schon von Beginn an das Gefühl der intensiven Unterstützung. Und ich möchte dir auch herzlich danken dafür, dass wir tatsächlich am 7. Oktober mit dir einen sehr effektiven und, wie ich meine, zukunftssträchtigen Dialog führen konnten. Gleichzeitig auch mit dem Kommissionspräsidenten Barroso. Das hat uns in den Regionen, ich muss das ganz offen sagen, schon sehr viel Kraft gegeben, von Brüssel weg. Weil wir tatsächlich den Eindruck hatten, dass man in Brüssel ernsthaft daran denkt, zunächst einmal sich direkt mit dieser Problematik auseinanderzusetzen. Aber nicht nur das, sondern auch entsprechende Kraft dahinter zu setzen. Nochmals herzlichen Dank! *(Beifall im Hohen Hause.)*

Und ich bin sehr froh darüber, weil jetzt, wenige Wochen danach, können wir bereits von einem ersten Erfolg sprechen. Von einem ersten Erfolg deswegen: Die erste Nagelprobe, meine sehr geehrten Damen und Herren, war der 5. Kohäsionsbericht, der diese Woche vorgelegt wurde. Und in diesem 5. Kohäsionsbericht, glaube ich, ist sehr deutlich und klar dokumentiert der Wille der Europäischen Union, nämlich die Kohäsionsmittel ab 2014 für alle weiter fortzusetzen.

Ich weiß schon, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass das noch nicht der Abschluss der so genannten Initiative sein kann. Weil natürlich wie alles und jedes nicht nur auf europäischer Ebene, sondern auch in den Nationalstaaten und in Regionen abhängig sein wird von der allgemeinen finanziellen Entwicklung in den Budgets. Aber ich glaube schon, dass dieser erste Schritt ein wichtiger war, der letztendlich auch einen Hinweis und einen Fingerzeig für die Entscheidung im Rat darstellt. Wo dann letztendlich die Nationalstaaten ein entsprechend deutliches Signal abzugeben haben durch einen entsprechenden Beschluss.

Und ich möchte mich bei dir Herr Bundeskanzler herzlich bedanken, weil ich von dir als auch vom Vizekanzler in den letzten Wochen klar und deutlich auch dokumentiert bekommen habe, Österreich wird sich entsprechend verhalten, nämlich entsprechend dieser Initiative, wenn es dann darum geht, die Entscheidung zu treffen. Vielen herzlichen Dank dafür! (*Beifall im Hohen Hause.*)

Um diesen Punkt abzuschließen, meine Damen und Herren, das endgültige Ergebnis können wir noch nicht absehen. Allerdings, ich glaube, wir können mittlerweile eine Zwischenbilanz ziehen, die da lautet: Wir kommen unserem Ziel, nämlich unserem Ziel als Regionen, Schrittchen für Schrittchen zwar, durch viel Anstrengungen um ein gutes Stück näher.

Und damit bin ich bei der zweiten großen Herausforderung, Nagelprobe, oder aber Zukunftschance, wenn Sie so wollen, insbesondere für den zentraleren Bereich Europas: Sie ist heute schon vom Landtagspräsidenten angesprochen worden, die gesamte Frage der Donaoraumstrategie.

Die Donau ist ein Fluss in diesem Europa mit so viel Symbolkraft! Und ich weiß gar nicht, der breiten Öffentlichkeit schon bewusst geworden ist, wie viel Regionen eigentlich von dieser Donau und ihrer Entwicklung auch bestimmt sind. Insgesamt sind es 38 Regionen in diesem Donaoraum, in dem 100 Millionen Menschen leben. Das ist schon ein ordentliches Stück! Denn ich bin überzeugt davon, auf Grund dieser Fakten können wir ohne weiteres sagen, die Entwicklung des Donaoraumes wird in den kommenden Jahrzehnten ganz deutlich auch die Entwicklung der Europäischen Union und dieses Kontinents bestimmen. Und daher, glaube ich, haben wir im Zusammenhang mit der Donaoraumstrategie nicht nur eine große Chance, sondern gleichzeitig auch als Regionen eine große Aufgabe.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich bei dir, lieber Herr Außenminister Michael Spindelegger,

sehr, sehr herzlich bedanken. Weil von der Republik Österreich auf internationaler Ebene, namentlich von dir, die Initiative ausgegangen ist, die Donauregion, den Donaoraum strategisch aufzuarbeiten und ihn letztendlich als eine ganz bestimmende Region für die Entwicklung Europas zu bewerten.

Ich weiß, dass wir diesbezüglich einen unglaublich weiten Weg vor uns haben, das ist keine Frage. Aber ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Entwicklung des Donaoraumes ist in mehrfacher Hinsicht entscheidend für die gesamteuropäische Entwicklung. Und zwar deswegen, weil wir, wenn wir es ein wenig kritisch analysieren, doch sehen müssen, dass der Donaoraum im Gesamten nach wie vor eine Region darstellt, die eine Zone ist mit Instabilität und Disparität. Ich glaube jedoch, dass wir jetzt die Chance haben, einen Beitrag zu leisten, diese Instabilität mehr und mehr in Richtung Stabilität zu bringen und diese Regionen der Disparität immer mehr und mehr heran entwickeln können zu Paritäten.

Nun, die politische Stabilität, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist mit Sicherheit die Chance und Perspektive, die wir anzupeilen haben. Es ist die wirtschaftliche Ausgewogenheit eine Chance. Denn wir dürfen nicht vergessen, wirtschaftliche Disparitäten sind oftmals in der Geschichte Ausgangspunkt für soziale Spannungen gewesen. Und soziale Spannungen sind immer wieder Ausgangspunkt für unfriedliche Zeiten. Und wenn dieses größere Europa einen Sinn haben soll, und es hat meines Erachtens nach den Sinn, dann muss es uns gelingen, dass wir Unfrieden auf diesem Kontinent am Weg in die Zukunft ausschalten und eine friedliche Entwicklung miteinander anpeilen.

Und ich glaube auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die zwischenstaatliche Zusammenarbeit entlang dieses Donaoraums eine riesige Chance bietet. Und „Europa“ ist eine wunderschöne Brücke zwischen den einzelnen Staaten, aber wenn es gleichzeitig gelingt, kann dieser Donaoraum eine wunderschöne Grundlage für eine ausgewogene und erfolgreiche Entwicklung des gesamten Europas werden.

Meine Damen und Herren! Ungefähr 100 Milliarden Euro sind bis zum Jahre 2013 in der Europäischen Union für Investitionen in diesen Donaoraum vorgesehen. Das klingt zunächst einmal schon wie eine ordentliche Größenordnung. Allerdings, in der Vielfalt der Aufgaben, die auf uns herankommen in diesem Donaoraum in dem Bemühen nämlich, die Zielsetzungen erreichen zu können,

die ich gerade kurz und grundsätzlich skizziert habe, mag das noch nicht überbordend sein. Ich verstehe das auch. Allerdings, ich glaube, dass wir gerade auch im Hinblick auf die Donauraumstrategie uns selber nicht überfordern sollten und schon die Einschätzung mitbringen müssen, in welchen Zeiträumen welche Möglichkeiten und Ziele sich eröffnen.

Hundert Milliarden Euro ist zunächst einmal eine ordentliche Stange Geld. Allerdings bin ich überzeugt davon, wenn es uns gelingen soll, in absehbarer Zeit diese Entwicklungsperspektiven zu erreichen, dann wird das nicht die Grenze sein können. Mit all den Problemfeldern die damit verbunden sind.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Festgäste! Ich möchte mich herzlich bedanken bei Ihnen allen! Ich möchte mich beim Bundesrat und beim NÖ Landtag herzlich bedanken für die Chance und die Möglichkeit, zu diesem Themenbereich sehr klar und abgesteckt die Meinung auszutauschen. Nicht zuletzt auch deswegen, weil ich einfach glaube, dass diese Tagung einen ganz wesentlichen Beitrag dazu leisten kann, die Meinungsbildung voranzutreiben. Die Meinungsbildung voranzutreiben vor allem in einem ganz wesentlichen Punkt: Nämlich die Gewissheit und die Klarheit herauszuarbeiten, Regionen sind eine Chance! Die Regionen in diesem größeren Europa sind nicht unliebsame Partner, sondern eine Chance, wenn Sie so wollen, auch Werkzeug, um das große europäische Ziel bewerkstelligen zu können. Um das große europäische Ziel erreichen zu können.

Ich kann Ihnen nur sagen, zumindest von jenen Regionen, die letztendlich gerade in diesen zurückliegenden Jahren sehr intensiv auch um ihr Recht gearbeitet und gekämpft haben im größeren Europa, wir meinen es ernst mit dieser europäischen Perspektive! Wir meinen es ernst damit, dass die Regionen einen sehr konstruktiven Beitrag für die Entwicklung des gesamten Europa leisten wollen. Und wir sind auch bereit, ihn zu leisten!

Ich wünsche der Tagung viel Erfolg! Ich hoffe, dass wir miteinander auch wiederum in dieser heutigen Diskussion ein klares Stück weiter kommen, zumindest in der Meinungsbildung. Ich bin sehr, sehr dankbar für die hochkarätige Referentenliste! Ich möchte mich bei dir, lieber János Martonyi, sehr, sehr herzlich bedanken, dass du den Weg von Budapest hierher gefunden hast. Ich bin dir auch deswegen sehr dankbar, weil wir mittlerweile wissen, über Jahrzehnte, muss ich dir sagen, dass du als Ungarischer Außenminister seinerzeit ge-

nauso wie jetzt ein ganz enger Freund von Niederösterreich bist. Ich kann dir nur wünschen, behalte dir deine Frisur und diese Zuneigung zu Niederösterreich. Vielen herzlichen Dank! (*Beifall im Hohen Hause.*)

Martin Preinerder, Präsident des Bundesrates: Danke Herr Landeshauptmann! Danke für dein Bekenntnis zu Europa! Wenn Europa regionaler wird, wird es auch die Herzen der Menschen erobern können. Eine Umfrage hat das gezeigt. Von der Landesebene zur Bundesebene: Ich darf unseren Herrn Bundeskanzler um seine Ausführungen bitten. (*Beifall im Hohen Hause.*)

Werner Faymann, Bundeskanzler: Sehr verehrte Außenminister! Sehr verehrter Herr Landeshauptmann! Sehr verehrte Präsidenten! Kommisar! Abgeordnete, auch Abgeordnete zum Europäischen Parlament! Sehr verehrte Bundesräte! Landtagsabgeordnete! Meine Damen und Herren!

Es gibt viel Verbindendes, aber nicht immer die Frisur. Es gibt viel Gemeinsames in diesem Europa. Es gibt viel Gemeinsames zwischen Gemeinden, Städten, Bund, Ländern. Auch in der Auffassung, wie sich dieses Europa, unser gemeinsames Europa, entwickeln soll. Heute vor 92 Jahren wurde die Erste Republik gegründet mit der Ausrufung der Republik Deutsch-Österreich durch die provisorische Nationalversammlung. Das Grundprinzip unserer Verfassung wurde gelegt, und damit ein Meilenstein in der Geschichte Österreichs.

Damals schon ist der Föderalismus festgelegt worden! Und er ist seither nie als wesentliches Instrument in unserer Demokratie, als wesentliche Aufgabenteilung in Frage gestellt worden. Schon gar nicht von mir, der 13 Jahre in einer Landesregierung tätig war und daher sehr genau weiß, welche Stärken Kommunalpolitik, Gemeindepolitik, Landespolitik, Politik in den Städten hat. Welche Nähe zur Bevölkerung es ermöglicht, Fragen anzusprechen, aber auch zu lösen, die vor Ort einfach eine wesentlich höhere Akzeptanz finden als durch Einrichtungen, die einfach vom Bürger und dessen täglicher Befassung weiter weg sind.

Daher ist ein Zusammenspiel zwischen Verantwortung in den Gemeinden, den Ländern - dem Föderalismus -, dem Bund und der Europäischen Union unverzichtbar. Und ein wesentlicher Vorteil der Vergangenheit soll von niemandem über Bord geworfen werden, im Gegenteil: Mit Erfahrungen, die in unserer Geschichte positiv waren, hat man sorgsam umzugehen und sie weiter zu entwickeln.

Es wird viel Wasser die Donau hinunter rinnen bis alle Details ausdiskutiert sind was das jetzt in der jeweiligen Sparte oder im jeweiligen Politikfeld dann im letzten Detail bedeutet. Aber alleine, dass Stabilität - darauf komm ich dann noch zurück, weil die für ganz Europa ein prioritäres Thema ist – dass die Stabilität in unserem Lande nur erreicht werden kann, wenn Verschuldungsraten, Finanzen in Ordnung sind. Und dass hier nicht nur das Bundesbudget, sondern natürlich auch die Budgets der Länder, der Gemeinden, der Regionen, auch der ausgegliederten Einrichtungen, für die wir verantwortlich sind und haften, dass deren Zusammenspiel erst stabile Finanzen erbringt und das Ziel der Stabilität erfüllt. Dasselbe gilt bei der Initiative, die wir gemeinsam gesetzt haben, der Durchforstung aller Gesetze. Ich möchte niemanden guten Willen absprechen, der in der Vergangenheit ein Gesetz das x-fache oder –zigfache an Novellierungen erfahren hat und wieder eine neue Idee eingebracht hat. Aber manchmal ist es in der Addition von guten, notwendigen, zeitgemäßen Ideen auch notwendig, dass man wieder einmal die Abläufe durchdenkt und das eine oder andere durchforstet, auch wegstreicht.

Weil in der Durchforstung dieser Gesetze eine Arbeitsgruppe sehr aktiv tätig ist: In der Durchforstung der Gesetze liegt auch die Frage der Bürgerfreundlichkeit als Verpflichtung zum Service für unsere Bürger. Es ist nicht gleichgültig, wie viel Zeit und auch oft Geld Bürgerinnen, Bürger, Unternehmen unseres Landes verlieren, wenn etwas einfach zu komplex, zu kompliziert ist, zu lange dauert. Daher liegt auch in dieser regelmäßigen Durchforstung von Synergieüberschneidungen, von dem, was parallel vielleicht entstanden ist, auch wenn ich die Subventionen hier als Beispiel nennen darf, liegt darin eine Aufgabe der Zukunft, der man sich zu stellen hat. Ohne deshalb den Respekt voreinander zu verlieren oder ohne deshalb das Prinzip des Föderalismus in Frage zu stellen. Im Gegenteil! Das Grundprinzip ist klar. Und das Bemühen, zeitgemäß für die Zukunft Perspektiven zu entwickeln, verlangt auch manchmal einen klaren Blick der Analyse und die eine oder andere Veränderung.

Das geschieht derzeit in den Diskussionen zwischen Bund und Ländern und wird sicherlich nicht in ein paar Wochen abgeschlossen sein. Aber etwa in Frage der Stabilität, etwa in der Frage der Pflege, in anderen Fragen, aber auch in der genannten Durchforstung der Gesetze sehe ich hier konkrete Fortschritte in der Diskussion. Also es geht nicht darum, einem Thema auszuweichen, sondern ein Thema konstruktiv zu entwickeln. Und das sehe ich auch so.

Nun, wie sind die Herausforderungen in der Europäischen Union und damit natürlich auch unsere Aufgabenstellungen in der Interessensvertretung, der Interessen unseres Landes der Zukunft? Es zeigt sich, dass diese Wirtschaftskrise einige Schwachstellen aufgedeckt hat. Sie hat einmal die Schwachstelle aufgedeckt, dass Finanzmärkte, die sich von der Realwirtschaft weit entfernt haben, nicht mehr mit Leistungsprinzip, wie wir es definieren, zu tun haben. Also mit dem, was man mit der Hände Arbeit schafft, was man im Service schafft, was man durch Kreativität schafft, was man durch Forschungsleistung schafft, dass das belohnt wird, sondern dass selbständig zu dem, was wir als Überbegriff Realwirtschaft nennen, Finanzmärkte entstanden sind, die mehr einer großen Wettorganisation gleichen.

Da wird gewettet auf steigende und fallende Gewinne! Da wird gewettet, wie wer sich weiter entwickeln wird. Und da wird danach auch schon der Kredit, die Finanzmittel, alles darauf eingestellt. Da kann man Produkte kaufen, die nicht einmal mehr die verstehen, die sie verkaufen. Die kennen nur mehr den Anteil der Provisionen. Und in dieser Verselbständigung der Finanzmärkte ist die Kontrollierbarkeit verloren gegangen, nicht aber die Haftung der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Die ist geblieben! Das kann uns ja nicht zufrieden stellen.

Es kann uns doch nicht zufrieden stellen, dass eine Ordnung dazu führt, dass ein Teil abgehoben von jeder Kontrolle und Gestaltbarkeit agiert, aber wenn es schief geht, kommt er zum Staat, zu den Nationalstaaten, zu der Europäischen Union. Und sagt, wir sind systemrelevante Banken – und bei uns in Österreich hat sich herausgestellt, dass nahezu jedes System relevant ist nach der Beurteilung der Nationalbank –, sind systemrelevante Banken, soll heißen, es würden die Grundfesten erschüttert wenn ihr uns nicht sofort unterstützt. Um dann darauf zurückgreifen können, dass in den Nationalstaaten dementsprechend Partizipationskapital, eine Bank, die gekauft werden muss und vieles andere, als Hilfeleistung und als Hilfestellung zu geschehen hat.

Also müssen wir einmal aus dieser Wirtschaftskrise etwas lernen. Dass man nicht dasselbe wieder aufbaut und damit jene Schwachstellen wieder erneuert, wenn man ohnehin durch schmerzhaft Erfahrungen, durch zusätzliche Schulden, die in ganz Europa gemacht wurden, um mit Konjunkturprogrammen und mit Rettungspaketen, mit Schirmen aller Art, von Haftungen bis konkreten Geldmitteln, um das wieder aus Scherben

aufzubauen und zusammenzukitten. Also muss man als politische Konsequenz einmal in die Finanzmarktarchitektur eingreifen und auf Kontrollen, auf Frühwarnsysteme, ja vielleicht in dem ein oder anderen Fall auch auf Verbote gewisser Geschäfte setzen. Das versucht die Europäische Union. Ich gehöre zu den Ungeduldigen. Wir Österreicherinnen, Österreicher gehören zu den Ungeduldigen in diesem Prozess. Aber Ungeduld hat ja auch so was wie ein Energiemoment, um anzutreiben. Daher sehen wir uns hier als Kraft, mitzugestalten, dass in Zukunft Kontrollen existieren, wie sich Staaten, aber auch wie sich Finanzmärkte verhalten zum Thema Stabilität in Europa.

Dazu gehört auch etwa für mich die Entwicklung einer eigenen Rating-Agentur. Weil wenn wir uns so einig sind, dass gewisse Dinge vor Ort besser erkannt werden können, wie ist es dann zu verstehen, dass alle Staaten – darüber hinaus auch große Teile der Bewertung privatwirtschaftlicher Vorgänge – beurteilt werden von Rating-Agenturen in den Vereinigten Staaten? Also nicht einmal in Europa! Diese Rating-Agentur befindet sich nicht einmal in Europa vor Ort um diese Beurteilungen vorzunehmen, sondern das sind Rating-Agenturen, die von Verlagen gegründet wurden in den europäischen Staaten. Die mit vorgefertigten Katalogen zu uns kommen und dann ihre Fragen stellen und ihre Antworten nach gewissen Schemen abarbeiten.

Daher brauchen wir eine europäische Finanzmarktarchitektur der Frühwarnsysteme, der Kontrollen, des Eingriffs, aber natürlich auch der Bewertungen. Und dazu gehören etwa die Schaffung von europäischen Rating-Agenturen.

Und so lässt sich das Punkt für Punkt aneinander reihen. Es wird auch, wenn wir über Finanzmärkte reden, es wird auch notwendig sein, etwa mit einer Transaktionssteuer nur einmal jene Transaktionen zu erfassen und auch einen kleinen Bruchteil dafür zu organisieren, dass für die Budgets der öffentlichen Hand, für die Aufgaben, die die öffentliche Hand auch in Zukunft europaweit haben wird, auch gewisse Mittel vorhanden sind. Weil ohne Mittel helfen ja die Aufgaben, vor allem bei der Bewältigung wird es dann schwierig, nichts. Und daher ist sowohl die Idee der Transaktionssteuer, nicht nur Transaktionen zu erfassen, die kontrolliert an der Börse stattfinden, sondern eben auch rundherum in den verschiedensten Investmenthäusern und anderen Konstellationen die einmal alle zu erfassen und in dieser Erfassung einen ganz kleinen Anteil auch an Beiträgen abzuverlangen, ist etwas politisch sehr Legitimes.

Ich bin stolz darauf, dass wir hier im Parlament einen Antrag aller Parteien beschlossen haben. Ich kenne kein vergleichbares Land in der Europäischen Union, das einen gemeinsamen Antrag aller Parteien zu diesem Thema Transaktionssteuer zustande gebracht hat. Weil hier doch eine Einsicht herrschen muss, dass, wenn jeder Kleingewerbetreibende mit seinen Steuern dazu beiträgt, dass wir Aufgaben der öffentlichen Hand erfüllen können, dann doch erst recht diese Finanztransaktionen, die von einigen Investmenthäusern am Tag zu Tausenden, ja über die Welt gesehen, in die Millionen Transaktionen oft am Tag oder in der Stunde durchgeführt werden.

Also gibt es eine Reihe von Aufgaben, die ich Konsequenzen aus der Wirtschaftskrise nennen würde, die aber maßgeblich auch darüber entscheiden, ob in Zukunft die Bürgerinnen und Bürger in Europa Vertrauen zu dieser europäischen Politik haben. Weil Vertrauen kann man doch nicht haben zu einem Feuerwehrmann, der zwar mit viel Einsatz löschen kann, aber dann überhaupt nichts dazu beiträgt, den Brandschutz für das nächste Mal vorzubereiten und aufzubauen. Daher wird sehr stark die Nagelprobe, wie viel Vertrauen der Bevölkerung in die Europäische Union und darüber hinaus in die Weltwirtschaft existiert, vom Ziehen dieser Konsequenzen stattfinden und vom Lernen dieser bitteren Erfahrungen aus der Wirtschaftskrise.

Der zweite Punkt, der in der Wirtschaftskrise klar geworden ist: Bei der Bezahlung der Rechnung sind die schnell weg, die vorher gut verdient haben und nur mühevoll einzubinden in eine Budgetkonsolidierung. Wir haben in Österreich einen ernsthaften Versuch. Und bei der Rede des Finanzministers unter Vorlage des Budgets und bei dem was ja ohnehin öffentlich bereits vorgestellt ist, können Sie erkennen, dass wir es uns nicht leicht gemacht haben, die Budgetkonsolidierung einfach durchzurechnen auf die Kopfzahl der Bevölkerung und durchdividiert, wie das in sehr vielen anderen Ländern passiert ist. Sondern dass wir hier geteilt haben in unserer Budgetkonsolidierung in einnahmenseitige und ausgabenseitige Maßnahmen. Die ausgabenseitigen Maßnahmen, die so heftig diskutierten in diesen Stunden und Tagen, betreffen über dem Schnitt 1,7 Prozent. Das heißt, für das Jahr 2011 haben wir über den Schnitt unseres Budgets 1,7 Prozent an ausgabenseitigen Maßnahmen eingestellt.

Und jetzt ist es das Recht jedes Einzelnen und erst Recht jeder Interessensgruppe zu sagen, diesen Punkt hätte ich nicht so gemacht, den hätte ich anders gemacht. Oder bei diesem oder jenem

Punkt ist im Feinschliff noch das eine oder andere Argument zu berücksichtigen. Das ist legitim! Aber nur um das große Ganze nicht aus dem Auge zu verlieren: Wir haben unsere Budgetkonsolidierung so eingestellt, dass wir uns nicht nur auf ausgaben-seitigen Maßnahmen, die sehr oft auch mit Kürzungen zu tun haben – weil wo sollen denn sonst so großflächig ausgaben-seitige Maßnahmen stattfinden, so viele bürokratische Prozesse oder auch in der Hoheitsverwaltung agierende in der Bürokratie gibt's ja gar nicht. Sondern natürlich hängt das auch mit Kürzungen zusammen, dass wir das so auf ein Minimum reduziert haben, auf 1,7 Prozent.

Dafür haben wir einnahmenseitige Maßnahmen geschaffen. Auch hier gibt es bessere, schlechtere. Einige, die im Kompromiss entstanden sind, das ist so in einer Regierung. Aber das Bemühen, dass wir mit der Bankenabgabe, mit der Stiftungssteuer, mit der Konzernbesteuerung, mit Gesetzen, die gegen den Steuerbetrug stärker vorgehen werden und dementsprechenden Einnahmen, aber auch Reduktion in einigen Bereichen der Förderung, wo zuviel in der Vergangenheit geschehen ist, wir bewiesen haben, dass wir sehr wohl Teile der Wirtschaft, Teile der Finanzwirtschaft, Teile der Banken, Aktien, Wertpapiere und all diese Prozesse, die es in unserem Land genauso gibt wie in jedem anderen Land, heranziehen zur Budgetkonsolidierung. Auch das ist eine österreichische Besonderheit. Warum? Weil auch hier geht es um Gerechtigkeit in der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger.

Werden die Budgets so konsolidiert in Europa, dass man es sich leicht macht und einfach pro Kopf durchdividiert? Oder werden die Budgets bei aller Kontroversität, das jedes Sparbudget hat - ich habe noch kein Sparbudget erlebt, das in Applaus untergegangen ist, wenn man sich die Zeitungsartikel der letzten Sparbudgets ansieht, dann ist sogar die Wortwahl sehr ähnlich, sowohl in Kritik und Zustimmung, als auch in der Vorgangsweise. Auch damals wurde dann vom Feinschliff geredet, der noch notwendig ist. Also wenn man sich das heraus holt, dann sieht man das. Ich will das daher überhaupt nicht unterschätzen, dass diese Diskussion, die jetzt geführt wird, notwendig ist. Aber sie muss ein Beitrag dazu sein, dass die Bürgerinnen und Bürger erkennen, Budgetkonsolidierung ist wichtig. Aber sie erschöpft sich nicht in einem Durchdividieren für den Einzelnen, sondern wir ziehen sowohl Banken und andere Erträge, die in unserem Land erwirtschaftet werden, heran.

Auf Ebene der Europäischen Union ist das noch schärfer sowohl zu analysieren, als auch für die Zukunft unter die Lupe zu nehmen. Es gibt 80

Millionen Menschen in diesem gemeinsamen Europa, die leben an der Armutsgrenze. Es gibt in vielen Ländern eine unvorstellbare Arbeitslosigkeit. Es gibt Regionen in Europa, die eine Jugendarbeitslosigkeit haben von mehr als 50 Prozent. Das heißt, jeder zweite junge Mensch hat einfach keine Arbeit. Und es ist ja wohl nichts schrecklicher in einem Land als jungen Leuten zu sagen, nach der Schulpflicht entlässt dich der Staat in die Hoffnungslosigkeit.

Das heißt, wir stehen vor großen sozialen Unterschieden in Europa. Es gibt Länder der Europäischen Union, die beginnen bei der Armutsbekämpfung weit entfernt von unserer Mindestsicherung. Die beginnen bei der Armutsbekämpfung bei 100 Euro im Monat. Die haben Mindestlöhne in der Größenordnung von 150, 180 Euro. Und eben 80 Millionen Menschen in Europa, die an der Armutsgrenze leben.

Das heißt, die sozialen Spannungen in Europa sind wesentlich stärker als es viele überhaupt in Österreich wahrnehmen. Ja, man fährt einmal nach Bulgarien, nach Rumänien, ja selbst nach Spanien oder in andere Länder. Kommt zurück und sagt, na ja, Österreich ist doch nicht so schlecht regiert, ist eh gut. Und die Rahmenbedingungen und die Mittelbetriebe und der Tourismus und die Industrie, und beginnt dann Österreich wieder zu loben. Aber da geht's nicht nur um Lob und Tadel. Da geht es um soziale Spannungen, die dadurch entstehen, indem die Armut nicht geringer wird in und nach dieser Wirtschaftskrise, sondern mehr.

Soziale Spannungen, die entstehen, indem die ordentlichen Formen des Umgangs miteinander, wie wir es in der Sozialpartnerschaft kennen, wo man etwas gemeinsam erwirtschaftet und dann auch über die Verteilung spricht und sich was ausmacht, wo jeder, der was geleistet hat, auch seinen gerechten Anteil bekommen soll. Dass diese Mechanismen in vielen Ländern und Regionen in Europa nicht funktionieren, dass auseinanderklafft Reich und Arm, dass auseinanderklafft Wachstum und Beschäftigung. Und dass der gute, alte Spruch und das Prinzip, „geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut“ in vielen Bereichen nicht mehr stimmt. Weil es einigen wenigen in der Wirtschaft gut geht, in genannten Finanzmärkten zum Beispiel, und andere gleichzeitig arbeitslos werden.

Diese Mechanismen in der Europäischen Union, die ich nenne soziale Ausgewogenheit, sind zu schaffen. Anders formuliert: Wenn es nicht gelingt, die Bürgerinnen und Bürger davon zu überzeugen, dass das, was wir an wachstumsfördernden Maßnahmen einsetzen, dass das, was wir an

harten Maßnahmen der Budgetkonsolidierung, im Durchschnitt in Europa 4, 5 Prozent ausgabenseitig, in manchen Ländern 10, 15 und 20 Prozent Kürzungen des Budgets, reale Pensionskürzungen, reale Kürzungen bei öffentlich Bediensteten mit Kleinstehenden, dass diese Härten, die jetzt durch die Sparbudgets, durch die diversen Programme verabschiedet werden in den Parlamenten, in den Nationalstaaten, nicht dazu führen dürfen, dass die Menschen das Vertrauen in diese Europäische Union verlieren. Daher ist die soziale Ausgewogenheit auf der einen Seite die Förderung von Bildung und Forschung sowie der politischen Rahmenbedingungen, dass der Wettbewerb funktionieren kann. Dass wir gewinnen als Europäer in den Auseinandersetzungen auch als Standort im Konkurrenzkampf mit anderen in der Welt.

Auf der anderen Seite, dass dieses gemeinsam erwirtschaftete auch einigermaßen gerecht verteilt wird. Da soll schon der, der was Besonderes leistet, auch was Besonderes bekommen. Aber es kann doch nicht sein, dass große Teile, die etwas leisten, die den ganzen Tag arbeiten gehen, dann von 40, 50 Stunden Arbeit nicht leben können. Und daher ist diese soziale Ausgewogenheit, diese Gerechtigkeit, ein wichtiger Parameter über die Zukunft Europas. Das wird nicht nur in Diskussionen abgehandelt werden, wie wir in der Europäischen Union diplomatisch miteinander umgehen. Es wird sehr stark damit zusammen hängen wie wir diese soziale Frage ansprechen, diese Unterschiede erkennen und wie weit wir in der Lage sind, gemeinsame Lösungen zu erreichen.

Wir haben also als Österreicher guten Grund, Modelle des Föderalismus, Modelle der Sozialpartnerschaft, Modelle des gegenseitigen Respekts miteinander zu verhandeln, einander zu respektieren und anzuerkennen, nicht nur auf das eigene Land zurückzugreifen, sondern das auch immer wieder modellhaft in Europa einzubringen.

Wir haben guten Grund, auf diese soziale Ausgewogenheit, die nicht heißt, man trifft sich und spricht das erste Mal erst beim Generalstreik, und es wechseln Generalstreik, Aussperrungen im Tagesprogramm, sondern es wird miteinander auch hier respektvoll umgegangen. Wir haben diesen österreichischen Weg mit großem Stolz auch in Europa in vielen Punkten vorbildlich einzubringen. Und das zieht sich auch natürlich durch andere Fragen durch: Die Umweltpolitik, die breiten Teile der Gesellschaftspolitik, die hier anzusprechen wären.

Ich wollte das nur als Einstieg nutzen, sowohl die Frage der Stabilität und Budgetkonsolidierung

als auch die soziale Frage so stark in den Vordergrund zu stellen, weil ich glaube, dass europäische Politik nicht irgend etwas ist, wo Diplomaten miteinander irgend etwas vereinbaren was dann in langen Verträgen festgelegt wird und der Einzelne dann staunend davor steht oder desinteressiert, wenn er das dritte Mal staunt und den Sinn für sich nicht erkennen kann, dann irgendwann desinteressiert. Sondern dass die Zukunft der Akzeptanz von Politik darin liegt, dass wir dem Einzelnen beweisen, jeder Familie in diesem Land, jedem, der in diesem Land unternehmerisch tätig ist, jedem Arbeitnehmer beweisen, dass die Europäische Union genau diese Fragen des miteinander Wachstums – Wirtschaftswachstum – und des gerechten sozialen Umgehens und respektvollen Umgehens miteinander in den Vordergrund stellt.

Und dazu gehört auch, dass man in der Politik manchmal zu einem Vorschlag, der analytisch auf den Tisch gelegt wird, aus politischen Gründen in der Bewertung nein sagt. Ich bringe ein Beispiel: Die Weltbank hat in einer Studie, die Presse hat sogar damit aufgewartet, gewarnt, Geld in strukturschwache Gebiete zu schaufeln, denn das bremst in Summe die Wohlstandsentwicklung. Die Märkte ziehen bestimmte Orte anderen vor. Sagt diese Studie. Die Konzentration zu bekämpfen bedeutet, den Wohlstand zu bekämpfen.

Also eine Analyse, die, wenn du sie durchdeklinierst, bedeutet, stärke die urbanen Räume - das ist der Industrie eh lieber als Standort – stärke die urbanen Räume, da sind mehr Leute als Arbeitskraft vorhanden. Stärke die urbanen Räume, weil da sind die Verkehrswege und Verkehrsmittel leichter organisierbar. Und damit hat es sich.

Österreich ist nicht stark geworden, weil es entweder auf Städte oder Gemeinden, weil es entweder auf zentrale Räume oder auf Regionen und ländlichen Raum setzt, sondern weil es beides benötigt. Und weil gerade die Förderungen des ländlichen Raumes in unserem Land sowohl in der Wirtschaftsförderung als auch in der Förderung des Lebensraumes darüber entscheiden, ob Menschen mit dem, was für unser Land typisch ist, in der Geschichte unseres Landes, dass Menschen entscheiden können wo sie leben und wie sie dort leben, das Gefühl haben, dass wir in Österreich sehr genau wissen, dass jede Auseinandersetzung, Städte oder ländliche Gemeinden, falsch ist. Und dass wir bewusst solche Vorschläge, die analytisch etwas belegen, sehr genau prüfen und ansehen, aber dann politisch entscheiden, nein, für uns ist der ländliche Raum nichts was wir zu opfern haben. Im Gegenteil – er ist etwas, das wir mit aller Kraft zu respektieren haben und was in der Wohlstands-

entwicklung, in der Wirtschaftsentwicklung bedeutend sein muss. Was wir durch Infrastruktur aufzuschließen haben, und wo die Förderungen sehr wohl genau dort hinfließen müssen, wo wir Lebensraum zu unterstützen, zu fördern und zu entwickeln haben. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Wir werden daher manchesmal auch bei gut gemeinten Ratschlägen - ich bin mir nicht sicher, ob alle Ratschläge, die wir in diesen Tagen vom Rechnungshof und anderen bekommen, immer gut gemeint sind, aber nehmen wir es heute positiv - wir werden alle gut gemeinten Ratschläge prüfen, welche politischen Auswirkungen sie haben. Denn wir stellen uns deshalb regelmäßig vor der Wahl vor die Bürgerinnen und Bürger hin, weil wir die Verantwortung tragen dafür, dass sich unser Land so weiter entwickelt, wie wir das den Bürgerinnen und Bürgern schuldig sind. Und wir Österreicher werden auch unseren Anteil leisten, dass, wenn Europa ein aktiv wahrnehmbarer Teil ist, wir eine aktive Rolle spielen mit allen unseren Vertretern. In diesem Sinne wünsche ich der heutigen Veranstaltung alles Gute! *(Beifall im Hohen Hause.)*

Martin Preinerder, Präsident des Bundesrates: Herr Bundeskanzler, ein herzliches Dankeschön! Als Vorsitzender einer föderalen Kammer für dein Bekenntnis zum Föderalismus, aber auch dafür, dass aufgezeigt wurde, wo die Grenzen der Subsidiarität sind und wo es größerer Einheiten wie im Bereich der Finanzmärkte bedarf, um sie zu regeln.

Du hast auch gesagt, dass es wichtig ist, den österreichischen Weg und die Förderung der ländlichen Räume in Europa einzubringen. Und ich darf damit den Herrn Kommissar bitten, der das für Österreich tut, nämlich den österreichischen Weg in Europa einbringt und die ländlichen Räume auch unterstützen möchte. Ich bitte um dein Referat. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Dr. Johannes Hahn, Mitglied der Europäischen Kommission: Danke, Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Herr Landeshauptmann! Meine Herren Minister!

Zunächst einmal vielen herzlichen Dank für die hervorragende Idee. Und ich nehme an, es war nicht ganz zufällig gerade am Tag der Republikgründung, diese Veranstaltung durchzuführen um auch zu signalisieren, Österreich ist mittlerweile in Europa angekommen, Österreich ist Teil dieser Europäischen Union. Und dass sich eben der Bundesrat und der NÖ Landtag intensiv mit der Frage beschäftigen, wie können sich österreichische politische Institutionen verstärkt in die Europäische Union einbringen? Ich glaube, das ist ein

ganz, ganz wichtiges Signal wenn es darum geht, sich hier einzubringen. Aber auch in einem Sinne einzubringen, dass wir verstehen und begreifen, es geht nicht nur um das hundertprozentige Durchsetzen unserer ureigensten Interessen, sondern es geht darum, unsere Interessen, wenn ich jetzt aus der Sicht Österreichs spreche – und Herr Präsident, diese kleine Korrektur sei mir gestattet – ich habe nunmehr die Aufgabe, als europäischer Funktionär zu denken und zu agieren. Wobei ich natürlich das Land, das ich am Besten kenne, hier auch immer wieder im Hinterkopf habe, wenn es darum geht, Beispiele zu identifizieren. Aber es geht darum, dass jeder innerhalb der Europäischen Union sein Schärfflein beiträgt, dass sich diese Europäische Union im Interesse der Bürgerinnen und Bürger weiter entwickelt. Das ist eigentlich das Entscheidende. Und daher ist es notwendig, da und dort auch vielleicht ein bisschen nachzugeben, weil am Ende des Tages wir alle zusammen mehr davon haben werden. Also ich glaube, es ist auch immer wichtig, die richtige Balance zu finden zwischen dem, was sind die legitimen Interessen einer Gemeinde, einer Region, eines Staates und was ist aber letztlich auch an Kompromissfähigkeit notwendig um letztlich das große gemeinsame Ganze nicht aus den Augen zu verlieren, sondern tatsächlich zum großen gemeinsamen Ganzen werden zu lassen.

Weil so weit sind wir noch nicht, dass die Europäische Union das große gemeinsame Ganze ist. Es ist vielfach sozusagen nicht nur am Papier, sondern auch was die gesetzlichen Konstruktionen und die einen oder anderen Projekte anbelangt. Aber es ist heute schon sehr viel angesprochen worden. Da ist noch sehr viel Platz für Verbesserungen, für Weiterentwicklungen.

Wir haben, und das ist auch vielleicht nicht ganz zufällig, und das Timing passt hervorragend, in dieser Woche - es ist schon angesprochen worden - den 5. Kohäsionsbericht vorgelegt. Das Wichtigste an diesem Bericht sind aber die Schlussfolgerungen, wie die Regionalpolitik in den nächsten Jahren, in der nächsten Finanzperiode gestaltet werden soll.

Und da möchte ich auch wirklich die Gelegenheit nutzen, dir, Herr Landeshauptmann, für deine Initiative zu danken, die das ganze Jahr über gedauert hat. Es ist zwar am 7. Oktober das überreicht worden, aber 143 Unterschriften kommen ja nicht über Nacht zusammen, sondern da ist schon sehr viel Arbeit, Erklärungs-, Überzeugungsarbeit notwendig und das ist eine tolle Leistung! Und in dem Zusammenhang sage ich schon, als österreichischer Kommissar habe ich mich dann doch fall-

weise gefreut und war nicht un stolz wenn ich von verschiedenen regionalen Chefs Briefe bekommen habe, wo hingewiesen wurde auf die Initiative des Gouverneurs Pröll oder des Präsidenten Pröll - es gibt ja hier unterschiedliche Bezeichnungen für das, was wir in Österreich Landeshauptmann nennen. In Polen heißt ja das sehr, sehr forsch „Marschall“. Erwin, würde vielleicht auch auf dich durchaus passen. Aber wir belassen es beim Landeshauptmann. Und daher sage ich, es war eine unglaubliche Initiative, die letztlich von großem Erfolg gekrönt war.

Es war wichtig auch für meine Arbeit in Brüssel. Denn wie ich vor 10, 11 Monaten meine Arbeit angetreten habe, war mir ehrlich gesagt nicht so ganz klar, dass zu diesem Zeitpunkt die Regionalpolitik auch innerhalb der Kommission nicht einen sehr hohen Stellenwert - aus verschiedenen Gründen - hatte. Es hat, wenn ich bei der Gelegenheit auch die österreichischen Abgeordneten im Europäischen Parlament begrüßen darf, ja eine Situation gegeben, dass vor ungefähr einem Jahr es ein Papier gegeben hat, das durchgesickert ist. Das natürlich sofort als ein nicht existierendes Papier identifiziert wurde. Aber bekanntlich sind nicht existierende Papiere die gefährlichsten. Und da ist im Wesentlichen drinnen gestanden, dass eigentlich die Regionalpolitik in der Form, wie wir sie bisher hatten, auf den Haufen der Geschichte zu werfen ist.

Und es ist in den letzten Monaten gelungen, hier wirklich durch Überzeugungsarbeit, aber auch – ich werde dann kurz darauf zu sprechen kommen – entsprechende Reformbereitschaft klar zu machen, dass die Regionalpolitik nicht nur eine Aufgabenstellung der Vergangenheit und wenn Sie wollen der Gegenwart war und ist, sondern eine ganz wesentliche Bedeutung für das Projekt Europa in der Zukunft hat.

Und da war es eben auch wichtig, eine Initiative von jenen Regionen in Europa zu haben, und das sind ja praktisch zwei Drittel der Europäischen Regionen, die so genannte Wettbewerbsregionen sind, die die Zugpferde Europas darstellen. Klarzumachen, auch diese Regionen brauchen in der Zukunft ein Maß an Förderung. Auch wenn es darum geht, und wir haben vor wenigen Monaten die Europa 2020-Strategie verabschiedet. Und zwar alle gemeinsam. Das war nicht etwas was die Kommission sozusagen verordnet hat, sondern das war ein langer Diskussionsprozess. Wir haben das gemeinsam - wir gemeinsam heißt in erster Linie der Rat und das Parlament - entschieden, dass hier die Strategie bis 2020 so und so auszuschauen hat. Und jetzt ist es notwendig, diese Strategie auch umzusetzen. Und daher muss man schauen,

mit welchen Instrumenten geht das. Und hierfür bietet sich in erster Linie die Regionalpolitik an. Denn hier werden ganz konkret in der laufenden Periode über 2 Millionen individuelle Projekte umgesetzt. Und wenn es uns gelingt, und das ist eine unserer wesentlichen Zielsetzungen für die nächste Periode, die resultatsbezogene Arbeit viel mehr in den Vordergrund zu stellen als das bisher der Fall war, dann schaffen wir genau jenen europäischen Mehrwert, den wir anstreben.

Wenn, wie du Herr Bundeskanzler gesagt hast, wir der Armutsbekämpfung ein Augenmerk widmen müssen, dann haben wir ein gesamteuropäisches Ziel. Dann müssen wir schauen, wie wir das auf nationale und gegebenenfalls regionale ambitionierte Ziele herunter brechen. Oder wenn wir das notwendige Ziel haben, den Anteil der erneuerbaren Energie bis 2020 europaweit auf 20 Prozent an der Gesamtenergieerzeugung anzuheben, dann muss man schauen, wie das in den einzelnen Regionen und in den einzelnen Ländern mit entsprechend ambitionierten Zielen versehen wird. Weil wenn ich heute schon 20 Prozent habe, dann ist das kein Grund, sich zurückzulehnen und zu sagen, jetzt sind die anderen dran. Sondern dann ist es nur noch mehr Motivation, zu sagen, okay, wir wollen bis Ende 2020 von mir aus bei 40 Prozent sein und damit einen entsprechenden Beitrag leisten. Und wenn ich die österreichische Situation anschau, dann ist Investieren in erneuerbare Energie nicht nur etwas, das uns sozusagen im wahrsten Sinn des Wortes klimatisch gut tut, sondern was auch unserer Wirtschaft gut tut. Wir haben heute schon in Österreich 160.000 Menschen, die im Bereich der Grünen-Technologie tätig sind, die 11 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt beitragen. Das ist nicht irgend etwas.

Wenn ich mir anschau, dass mittlerweile auch die Chinesen begriffen haben, dass es nicht lustig ist, wenn 1,3 Milliarden Menschen mit einer Maske am Gesicht herumlaufen müssen, wie wir das vor Jahrzehnten aus Japan noch in Erinnerung haben, und jetzt auch erkennen und beginnen, etwas für die Situation der Verbesserung des Klimas beizutragen, dann eröffnen sich hier für österreichische Unternehmer, für europäische Industrien, großartige Absatzmärkte. Weil die Technologien hierfür sehr stark in Europa entwickelt werden, weil wir hier 1:1-Labors im wahrsten Sinn des Wortes haben. Und daher ist es notwendig, auf diese Bereiche zu setzen. Sei es Wasser, sei es Wind, sei es Solar, sei es aber auch die Nutzung was in Österreich nicht so sehr das Thema ist zwangsläufig von Meeresströmungen, von Tiden etc. Hier gibt es die vielfältigsten Möglichkeiten, einen Beitrag zu leisten.

Aber, und das ist das Entscheidende, die Stärke Europas lag schon immer, historisch, in der unglaublichen Vielfalt. Sonst wäre es nicht möglich gewesen, dass wir durch Jahrhunderte einen derartigen Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Entwicklung auf diesem Erdball beigetragen hätten. Und auch heute noch ist Europa sozusagen ein führender Kontinent, nicht nur was die Wirtschaftsleistung anbelangt, sondern auch was letztlich die gesellschaftliche Entwicklung anbelangt. Und das mit 7 Prozent der Weltbevölkerung, das darf man nicht vergessen. Das heißt, wir stehen in einer höchst kompetitiven Situation und daher müssen wir auch unsere Beiträge dazu leisten wo immer wir hingestellt sind, um die Gesamtwettbewerbsfähigkeit Europas zu gewährleisten. Und das ist notwendig durch ein kluges und sinnvolles Wachstum. Wobei ich betonen muss und betonen möchte, es geht hier nicht nur um ein quantitatives Wachstum, es geht auch um ein qualitatives Wachstum.

Also, wenn wir leider Gottes vielfach Bevölkerungsrückgänge registrieren, dann sollen wir das aber umgekehrt auch als Chance verstehen, dass wir die Ressourcen, die wir heute schon infrastrukturell und personell im Bildungsbereich haben, dass wir die einfach nutzen um die Qualität der Bildung, der Ausbildung weiter zu verbessern. Das ist letztlich das kostbarste Gut das wir haben, die Ausbildung unserer Jugend, unseres Nachwuchses. Aber nicht nur dieses, sondern - Stichwort lebenslanges Lernen - niemand darf und muss aufhören zu lernen, um auch in Hinkunft wettbewerbsfähig zu sein.

Herr Bundeskanzler, du hast darauf hingewiesen, dass vieles in Europa noch verbesserungsfähig ist und verbesserungswürdig. Nicht nur im institutionellen, sondern einfach in der Situation, in Regionen, in Mitgliedsländern. Wir haben mit dem Vorschlag zur zukünftigen Regionalpolitik auch Vorschläge unterbreitet, wie wir hier unterstützend mitwirken können, dass verschiedene Veränderungen in den Regionen, in den Ländern schneller stattfinden als das gegenwärtig der Fall ist. Aber es liegt im Wesen der institutionellen Aufgabenverteilung auf europäischer Ebene, dass die Kommission Vorschläge, Initiativen zu unterbreiten hat und dann liegt es am Parlament und am Rat, diesen Vorschlägen zu folgen, sie zu verändern, zu adaptieren.

Und ich kann nur alle ganz eindringlich ersuchen, sie auffordern, wie immer Sie wollen, nicht 100-prozentig unseren Vorschlägen zu folgen – das wäre schön, aber ich verstehe, dass das nicht immer der Fall ist – aber zu verstehen, dass es notwendig ist, da und dort tatsächlich vielleicht Zu-

ständigkeiten, um nicht das Wort Kompetenzen provokativ zu sagen, zu übertragen oder etwas zuzulassen, damit wir zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen. Und ich glaube, wir sollten uns nicht davor fürchten, und da bin ich bei dir, Herr Landeshauptmann, darüber zu diskutieren, wie und wo auch im Sinne der Subsidiarität des Wissens um die Dinge die Zuständigkeiten von der lokalen bis zur europäischen Ebene anzusiedeln sind. Das sollte und muss einmal nach inhaltlichen Kriterien diskutiert werden. Aber zumindest parallel denkend im Hinterkopf muss man auch darüber nachdenken, wie man die institutionellen Rahmenbedingungen dann auch legt, dass diese Aufgabenteilung auch entsprechend stattfinden kann.

Also wir sollten uns nicht davor fürchten, solche Diskussionsprozesse in Österreich, aber auch auf europäischer Ebene fortzuführen. Ich weiß, dass wir in Europa, glaube ich, mit gutem Recht froh sind, den Vertrag unter Dach und Fach zu haben. Und es gibt, glaube ich, keine wirklichen Veranlassungen, abgesehen von der einen oder anderen vielleicht Notwendigkeit, das wird sich noch herausstellen, an einer Vertragsänderung zu arbeiten. Aber woran wir arbeiten müssen, und da gibt's viele andere Instrumente, die Regionalpolitik wird einige anbieten und bietet einige an, dass wir die Dinge im Interesse Europas weiter entwickeln.

Wenn wir zum Beispiel Konditionen vorschlagen als Grundlage der Erfüllung, damit bestimmte Gelder in die Regionen fließen können, das adressiert sich insbesondere an jene Regionen, die in vielfältiger Hinsicht einen Aufholbedarf haben. Wenn wir zum Beispiel festlegen, da und dort gehören Eisenbahnen gebaut, da und dort gehören noch Straßenbahnen gebaut, da und dort gehören Müllverbrennungsanlagen, Trinkwasseranschlüsse errichtet. Und wenn wir dann aber auch feststellen, dass verschiedene Bedingungen nicht gegeben sind, dass es zum Beispiel keine adäquaten Enteignungsgesetze gibt, sodass dann vielleicht die Grundstücksablösen genauso viel kosten wie die Errichtungskosten für eine ganze Bahnstrecke, was logischerweise nicht akzeptabel ist.

Wenn wir irgendwo Trinkwasseranlagen errichten, aber dann die Wassertarife so hoch sind, dass die Bürgerinnen und Bürger die Anschlüsse gar nicht haben wollen, dann ist es notwendig, dass wir hier entsprechende Regelungen zusammen mit den Mitgliedstaaten und den Regionen schnell auf die Reihe bekommen, damit eben diese Voraussetzungen geschaffen werden. Weil diese Voraussetzungen sind zum Teil schon auch Voraussetzungen um etwa Armut zu bekämpfen.

Also es gibt viele Möglichkeiten, die legislativ unter der Ebene des Vertrags angesiedelt sind, die man aber letztlich wollen muss um hier erfolgreich die Dinge umzusetzen. Aber, wie gesagt, die Vielfalt ist unsere Stärke. Gelegentlich muss man allerdings schauen, wie man im Rahmen der Vielfalt doch die Klammer findet. Wenn ich etwa an die Situation der Finanzmärkte denke, dann wissen wir genau, dass wir hier innerhalb Europas höchst unterschiedliche Zugänge in dieser Frage haben. Dass etwa die Kommission hier durchaus eine einheitliche Sichtweise entwickelt hätte oder entwickelt hat, aber es an unterschiedlichen Sichtweisen in den einzelnen Ländern hängt wie wir umgehen.

Oder die Frage eines gerade bei der Unternehmensbesteuerung erkennbaren Wettbewerbs zwischen einzelnen Ländern. Wenn Länder eine sehr niedrige Besteuerung haben und auf der anderen Seite mit fundamentalen wirtschaftlichen Schwierigkeiten kämpfen, dann ist ja wohl auch die Frage legitim, ob 12 oder 12,5 Prozent Unternehmensbesteuerung noch adäquat ist. Sie ist jedenfalls meines Erachtens dann nicht mehr adäquat, wenn gesamteuropäische Hilfe angefordert werden muss. Und das sind die Dinge, die es meines Erachtens nach zu diskutieren gilt.

Wir haben in Europa, und das muss man sich bei Lichte betrachtet anschauen, aus historisch nachvollziehbaren Gründen höchst unterschiedliche Entwicklungen was die Gesellschaftsmodelle angeht. Wir haben sozusagen vom Norden bis zum Süden auf der Kontinentalachse eine stark wohlfahrtsstaatliche Orientierung mit einer relativ hohen Steuerquote, die letztlich aber dazu führt, dass die Staaten viele Dinge vorkehren für die Bürgerinnen und Bürger.

Und wir haben andere Modelle in Europa an den Flanken, wenn Sie so wollen, wo eher die Philosophie vorherrscht, möglichst niedrige Besteuerung mit der Konsequenz, dass dieses tatsächlich oder vermutete liquide Geld der Bürgerinnen und Bürger von diesen entsprechend ihren Bedürfnissen eingesetzt wird.

Also wir haben hier unterschiedliche Konzepte. Und diese Dinge gilt es auch zu diskutieren. Auch zu diskutieren vor dem Hintergrund, wie weit sind hier mittelfristig gewisse Harmonisierungen letztlich vor dem Hintergrund der Freiwilligkeit, aber der Notwendigkeit und der Sinnhaftigkeit notwendig.

Also worum ich Sie einfach bitte, ist, dass wir immer wieder verstehen, Europa sind wir alle. Europa besteht nicht aus 27 Kommissaren. Es würden auf einen Kommissar 17 Millionen Bürger-

rinnen und Bürger kommen. Wir können nicht überall sein als die Botschafter. Sondern Botschafter ist jeder Einzelne von Ihnen. Das europäische Projekt ist ein gemeinsames Projekt und jeder und jede von uns ist gefordert, ihren Beitrag zu leisten. Das ist, glaube ich, eine wesentliche Botschaft am heutigen Tag. Deswegen bin ich dankbar, dass hier der Bundesrat und der Landtag sich zusammengefunden haben.

Und ich möchte auch appellieren, wenn Sie in den nächsten Jahren mehr denn je von der Möglichkeit der Mitsprache Gebrauch machen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, dass Sie durchaus aber das auch im Kopf behalten, was ich eingangs gesagt habe: Dass es natürlich um die Vertretung der legitimen Interessen einer Region, eines Wahlkreises, eines Bundeslandes, geht, dass man aber die Interessen so zu vertreten hat, dass das gesamthafte Ganze nicht verloren geht.

Also, wenn in den Ausschüssen des Bundesrates, der Landtage, des Nationalrates, dann vielleicht die eine oder andere Gesetzesmaterie, die von Brüssel vorgeschlagen wird, zur Begutachtung ansteht, dann bitte ich Sie, diese Begutachtung immer vor einem europäischen Hintergrund zu treffen. Das heißt nicht, dass man die eigenen Interessen außer Acht lässt. Aber nur auf die eigenen Interessen zu pochen wäre zu kurz gegriffen.

Wenn wir diese Kultur entwickeln, wenn wir auch imstande sind, diese Kulturen unseren Freunden in anderen europäischen Ländern zu vermitteln, dann ist schon sehr viel getan. Und ich denke, dass Österreich auch gegenwärtig alle Möglichkeiten hätte, im europäischen Kontext eine stärkere, wenn ich das so sagen darf aus einer sehr intensiven Beobachterrolle, eine stärkere Möglichkeit des Engagements gerade unter den kleineren und mittleren Staaten auf die Reihe zu bringen. Wo, denke ich, wenn ich das so beobachte, ein gewisses Koordinierungsbedürfnis gegeben wäre. Und ich glaube, es liegt an denen, die sich dieser Möglichkeiten bemächtigen, welchen Einfluss sie dann auch imstande sind, auszuüben.

Hier liegt etwas, ich würde nicht sagen brach, aber hier gibt es Potenzial, hier gibt es, wenn ich so sagen darf, auch gewisse Sehnsüchte. Und Sehnsüchte soll man, wenn man kann, auch bedienen. Und ich denke, diese Möglichkeit hätte Österreich.

Meine Damen und Herren! Nochmals vielen Dank für Ihre heutige Initiative. Wir haben von Seiten der Kommission einen Vorschlag für die künftige Regionalpolitik unterbreitet, die, wenn ich das in diesem Kreise sagen darf, die Bedürfnisse der

Regionen nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa, glaube ich, in hohem Maße befriedigen kann. Ich hatte die Möglichkeit, vor wenigen Tagen im zuständigen Ausschuss des Europäischen Parlaments die ersten Überlegungen schon zu präsentieren. Die Reaktionen waren sehr vielversprechend. Das „Backing“, die Unterstützung des Europäischen Parlaments scheint im Großen und Ganzen gegeben zu sein. Nun ist es in der Tat wichtig, auch die Staats- und Regierungschefs, die finanziell Verantwortlichen, davon zu überzeugen, dass diese Dinge nur umgesetzt werden können, wenn es auch ein vernünftiges Budget gibt.

Ich gehöre nicht zu denen, die fern jeglicher Realität sind. Ich habe immer gesagt, wenn ein künftiges Regionalbudget in absoluten Zahlen in etwa dem gegenwärtigen Budget entspricht, dann können wir im Großen und Ganzen all jene Projekte auch - Stichwort „grenzüberschreitende Kooperation“ - bedienen, die wir uns gemeinsam vorgenommen haben. Das würde de facto ohnedies schon eine Reduzierung des Anteils und der Geldwertigkeit bedeuten. Allerdings haben wir uns auch zum Beispiel vorgenommen, den Anteil der Kreditmöglichkeiten im Vergleich zur jetzigen Situation zu erhöhen, sodass die Hebelwirkung für das eingesetzte Kapital eine höhere ist und wir hier das eine oder andere kompensieren und damit sogar noch einen Mehrwert schaffen. Das sind die Ansätze, die wir verfolgen.

Wie gesagt, wir brauchen nunmehr die Unterstützung. Und da vertraue ich auf die Kraft der Regionen, das entsprechende Lobbying weiter zu führen. Es hat einen sehr erfolgreichen, in der Sache höchst vielversprechenden Ansatz gegeben. Wie ich den Herrn Landeshauptmann und auch die anderen Landeshauptleute, Regionspräsidenten, Ministerpräsidenten, Marschälle usw. kenne, haben sie eine starke Stimme auch in ihren eigenen Ländern. Aber das ist notwendig, denn es geht um die Weiterentwicklung. Europa wird nicht nur sichtbar durch Anmerkungen aus Brüssel zu Gesetzestexten, sondern durch die vielen einzelnen Projekte, die letztlich die Nachhaltigkeit, die Sichtbarkeit, die Angreifbarkeit für die Bürgerinnen und Bürger sicher stellen. Und auf die Art und Weise können wir letztlich den Spirit erzeugen, den Geist, die Bereitschaft, Europa auch in die Zukunft zu tragen und Europa noch stärker zu machen, weil das letztlich in unserem eigenen Interesse ist.

Also das, was du, Herr Bundeskanzler gesagt hast, geht's der Wirtschaft gut, geht's den Menschen gut, würde ich adaptieren: Geht's Europa gut, geht's uns allen gut! Danke schön! *(Beifall im Hohen Hause.)*

Martin Preineder, Präsident des Bundesrates: Danke Herr Kommissar Hahn! Geht's Europa gut, geht's uns allen gut. Der Herr Bundeskanzler muss sich leider verabschieden. Danke fürs Kommen! Danke für den Beitrag zu dieser Tagung! Alles Gute für den heutigen Verlauf noch! *(Beifall im Hohen Hause. – Präs. Ing. Penz begleitet Bundeskanzler Faymann aus dem Sitzungssaal.)*

Dass unsere heutige Tagung auch Grenzen überschreiten kann, zeigt die Anwesenheit des Herrn Außenministers der Republik Ungarn. Und ich darf Herrn Dr. János Martonyi bitten um seine Ausführungen. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Dr. János Martonyi, Minister für auswärtige Angelegenheiten, Republik Ungarn: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, lieber Erwin! Sehr geehrter Außenminister, lieber Michael! Sehr geehrter Kommissar, lieber Johannes! Wir haben eigentlich den selben Namen. Präsidenten, Abgeordnete! Meine Damen und Herren!

Wie schon erwähnt, es ist richtig, ich komme immer sehr gerne nach Niederösterreich zurück. Obwohl ich in diesem Falle vor ein paar Tagen, paar Wochen vielleicht, eine gewisse Angst hatte, was geschieht, wenn ich nach Österreich zurück komme? Weil ich habe damit gerechnet, dass ich vielleicht scharfe Fragen über die ungarische Bankabgabe vorfinden werde. In der Zwischenzeit bin ich vollkommen ruhig geworden. Solche Fragen werden ja nicht mehr gestellt. Somit bin ich in diesem Punkt ruhig.

Aber was Niederösterreich anbelangt, Niederösterreich war ja immer ein wichtiger und dynamischer Katalysator. Eigentlich eine Keimzelle des kulturellen und politischen Denkens, die immer Raum für einen lebendigen Meinungsaustausch eröffnete. Ich erinnere mich noch immer gut an die Zeiten in Göttweig, als wir damals Gespräche über die Wiedervereinigung Europas geführt haben. Außerdem sind hier Ideen gereift und jene Ziele definiert worden, die eine gemeinsame mitteleuropäische Zusammenarbeit geformt haben. Und heute erarbeiten wir eine Donau-makroregionale Strategie, eine Zusammenarbeit von 14 Ländern.

Der gemeinsame Fluss, die Donau ist nicht das einzige Bindeglied zwischen diesen Staaten. Diese Staaten kooperieren in vielen Bereichen um grenzüberschreitende Probleme gemeinsam zu lösen. Zusammenarbeit bedeutet heute vielmehr als Gelegenheiten wahrzunehmen. Sie ist ein Gebot oder wie gesagt in einem anderen Kontext, es ist eine Notwendigkeit für alle. Es ist ersichtlich, dass wir durch die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung

und die gemeinsamen Probleme aufeinander angewiesen sind. Die Donaustrategie ist eine reife Form der Zusammenarbeit, die für die politischen Bestrebungen neue Möglichkeiten, neuen Anstoß verleiht. Die vorhandenen EU-Instrumente könnten durch die koordinierte Herangehensweise neu und effizienter eingesetzt werden.

Meine bisherigen politischen Erfahrungen lehrten mich, dass eine erfolgreiche Nachbarschaftspolitik nur durch die Zusammenarbeit in konkreten Fällen, konkreten Angelegenheiten, konkreten Projekten entstehen kann. Im Rahmen der Strategie fokussieren wir auch auf konkrete Fragestellungen und Herausforderungen, die als solide Basis für unsere Nachbarschaftspolitik dienen können. Die Initiative bietet damit eine hervorragende Gelegenheit, den westlichen Balkan in die europäische Politik, in den Integrationsprozess und in die Mitgestaltung der gemeinsamen europäischen Politik aktiv einzubinden.

Die Einbindung von Drittländern fördert die zwischenstaatlichen Beziehungen, die einen wichtigen Beitrag zur mitteleuropäischen Nachbarschaftspolitik leisten. Die Wiedervereinigung Europas signalisiert die Rückkehr von Ost- und Westeuropa in das vereinte Europa. Sie bringt aber auch Verantwortung, Herausforderung und zugleich Chancen mit sich. So eine Bereitschaft zur Kooperation und Bekenntnis für eine Region, die Völker verbindet, stellt auch die EU-Donauraumstrategie dar, die unter der kommenden ungarischen Ratspräsidentschaft verabschiedet wird.

Die Strategie fördert die guten Nachbarschaftsbeziehungen und erzielt ein wahres Zusammenwachsen der Region und ihrer Völker. Die Donau ist für uns alle ein Symbol für den Prozess dieser Wiedervereinigung. Sie ist eine lebendige und pulsierende Ader in Mittel- und Osteuropa, die unser Leben prägt und miteinander verknüpft. So wie „Buda“ und „Pest“ durch die Donau nicht getrennt, sondern verbunden sind, ist auch die Donau eine Brücke innerhalb der vielfältigen Regionen. Zwei prinzipielle Ansätze sind für die ungarische Strategie ausschlaggebend, anhand denen wir die Kooperation entlang der 11 Politikfelder erarbeitet haben.

Das erste Ziel für Ungarn ist die Errichtung einer lebenswerten Donauregion. Das zweite die Förderung der Donauregion, die großes Entwicklungspotenzial aufweist. Wann können wir über eine lebenswerte Donauregion sprechen? Die Donau als grünen Korridor zu errichten ist der Grundsatz, hinter dem Programm und Projekte die Bildung einer lebenswerten Donauregion ermögli-

chen soll. An diese Zielsetzung knüpft die Sicherung, umweltbewusste Schiffbarkeit, die das Engpässeproblem ökologisch nachhaltig lösen soll.

Die Zielsetzung umfasst zu dem umfangreichen Wasser- und Naturschutz, verantwortliche und nachhaltige Wasserwirtschaft sowie umfassenden Welterbe- und Denkmalschutz. Die Sicherung des Schiffsverkehrs an der Donau ist ein zentrales Element der Strategie. Schiffbarkeit ist die Verkehrsalternative, die am meisten die Natur schont, sofern alle nötigen Voraussetzungen ökologisch nachhaltig gewährt sind und bringt somit die größten Herausforderungen mit sich.

Wir begrüßen und teilen die Auffassung von Herrn Kommissar Hahn, wonach die Schiffe an die Donau und nicht der Fluss an die Schiffe angepasst werden müssen. Das Prinzip der lebenswerten Donauregion wurde hier in Niederösterreich in der Wachau bestens umgesetzt. Die Wachau ist eines der schönsten Flusstäler Europas und UNESCO Weltkulturerbe. Sie nimmt eine Vorreiterrolle auch hinsichtlich der Schiffbarkeit wahr, denn sie erfüllt die Anforderungen der Befahrbarkeit nach streng ökologischen Anforderungen. Das heißt, die Donau ist schiffbar entlang eines grünen Korridors.

Meine Damen und Herren! Die überwiegende Mehrheit der Länder unserer Region ist von der Wirtschafts- und Finanzkrise stark betroffen. Die Zusammenarbeit ist nachher nicht nur eine Gelegenheit, sondern eine unabdingbare Notwendigkeit. Deswegen müssen die gemeinsamen Projekte so ausgerichtet sein, dass sie uns auf den Pfad der wirtschaftlichen Erholung setzen damit wir den wirtschaftlichen Tiefpunkt schnell und gestärkt überwinden können.

Die Zielsetzung, das große Entwicklungspotenzial der Donauregion zielbewusst zu fördern, bedarf die Sicherung von mehreren Bedingungen. Sie setzt vor allem die Errichtung des fehlenden Nord-Süd-Transportkorridors voraus. Zudem müssen Energieinfrastrukturen und Netzwerke zusammengeführt und für die Sicherung der Energieversorgung und des steigenden Energiebedarfs, zum Beispiel dem Einsatz von erneuerbaren Energien, gesorgt werden.

Ferner sollen die kleinen und mittelständischen Unternehmen begünstigt und unterstützt, die Barrieren am Markt abgebaut und die grüne Wirtschaft gefördert werden. Ein weiterer wesentlicher Faktor ist die Förderung von Forschernetzwerken und der Bildung, das heißt Fachausbildung. Ein plakatives Beispiel in diesem Bereich ist die in Budapest ansässige Deutschsprachige Andrassy Gyula Univer-

sität und ihre Einrichtung, das Donauforschungsinstitut. Das Institut untersucht die Entwicklung der Donauregion nach politischen, ökonomischen und kulturellen Gesichtspunkten.

Der Erfolg der Strategie setzt die innere Bereitschaft, den festen Entschluss und die Selbstverpflichtung für eine koordinierte Herangehensweise voraus. Jedes Land, jede Region und jede Kommune muss seinen Beitrag dazu leisten. Wenn wir unsere Aufgaben richtig ausführen, wird eine offene und erweiterbare Strategie entstehen. Sie muss offen und unbefristet, wie gesagt, open ending, im wahren Sinne des Wortes sein. Das heißt, selbst wenn einige Projekte sich nicht erfolgreich erweisen, können später neue Projekte folgen. Dieser Ansatz ermöglicht Kontinuität.

Die richtige Akzentsetzung, Gestaltung und Umsetzung der Strategie kann zu einer Zone der Stabilität, des Friedens und des Wohlstandes führen. Eine Region der Geschwindigkeit kann entstehen, die das Zusammenwachsen der Gesellschaften ermöglicht. Wie gut die gemeinsam erarbeiteten Lösungsansätze wirklich sind, wird sich bei der Bewältigung der bevorstehenden Herausforderungen zeigen. Dafür brauchen wir Zeit. Denn nur wer geduldig ist, kommt ans Ziel.

Meine Damen und Herren! Ich habe vielleicht etwas zu viel über die Donastrategie gesprochen. Der Grund dafür ist ganz einfach, diese Strategie ist ein Symbol geworden. Ein Symbol einer, wie jetzt gesagt wird, Makroregion, die Mitteleuropa heißt. Die anstehende EU-Ratspräsidentschaft von Ungarn und danach Polen wird die Aufmerksamkeit innerhalb der EU auf Mitteleuropa lenken. Im Zuge der Gestaltung unserer Mitteleuropapolitik halten wir die Entwicklung unserer Kontakte zu der ganzen Region für gleichermaßen wichtig. Wir haben eine Mitteleuropapolitik, wie ich schon vor ein paar Wochen oder Monaten auch in Wien unterstrichen habe. Wir haben eine Mitteleuropapolitik in jede Richtung. Im Norden gibt's ja Visegrád 4, Südost gibt's eine südwestbalkanische Kooperation. Nach Osten haben wir die östliche Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union und natürlich nach Westen haben wir unseren besten historischen Freund und Schwager oder Bruder, wie Sie wollen, also Österreich.

Eine der wichtigsten Zielsetzungen unserer Mitteleuropapolitik ist die Stärkung der inneren Kohäsion der Region. Die beste gemeinsame Ausnutzung der Entwicklungsmöglichkeiten. Deswegen streben wir die Erweiterung der Union, die Stabilisierung des westlichen Balkans durch das Anbieten einer europäischen Perspektive an.

Wir möchten, dass die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien so schnell wie möglich abgeschlossen werden können, auch wenn wir den Beitrittsvertrag vielleicht nicht während unserer Präsidentschaft noch unterzeichnen können. Wir halten es aber für sehr wichtig, dass wir einen gewissen Progress bezüglich jener Kandidatenstaaten machen können. Unsere Aufgabe ist, dass wir ein koordiniertes System der mitteleuropäischen Regionalzusammenarbeit ins Leben rufen. Wir wollen die Ausarbeitung der Donastrategie mit ihrer Vorgeschichte verbinden, dem Ulmer Prozess, der Arbeitsgemeinschaft Donauländer, der regionalen Partnerschaft, der Zusammenarbeit im Rahmen der V4, wie gesagt, und mit anderen V4 plus-Formationen.

Wir wollen eine flexible Struktur, eine Zusammenarbeit mit verschiedenen Formaten und Formen. Bestandteil unserer komplexen Strategie für Zusammenarbeit sind auch mehrere zwei- und dreiseitige Kooperationen. Besonders möchte ich die Wichtigkeit der regionalen Partnerschaft hervorheben, die günstige Rahmenbedingungen für die Beziehungen zwischen V4, Österreich und auch Slowenien bietet.

Wir wollen ganz freundliche Beziehungen mit allen unseren Nachbarstaaten bewahren und entwickeln. Ich würde sogar sagen, das, was unsere Nachbarschaftspolitik anbelangt in den letzten vielleicht 90 Jahren, nie hatten wir so gute und freundschaftliche Beziehungen mit mehreren Nachbarländern wie zum Beispiel Rumänien oder Serbien wie jetzt. Auch mit unserem Freund Slowakien sprechen wir ständig über unsere eventuellen Meinungsverschiedenheiten. Wir haben vereinbart, dass wir alles Mögliche tun werden um diese Meinungsverschiedenheiten zu klären. Und wir waren auch darin einig, dass wir dieses Familiengespräch nur untereinander führen.

Natürlich ist ein sehr wichtiges Element für unsere Mitteleuropastrategie die Intensivierung und Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen Ungarn und Österreich. Wir sind wirtschaftlich verknüpft und unsere Vorstellungen über die Gestaltung der politischen und wirtschaftlichen Stabilität und die Modernisierung der mitteleuropäischen Region stimmen überein.

Wir arbeiten für die Stärkung der Rolle Mitteleuropas auch innerhalb der Europäischen Union eng zusammen. Wir sind in zahlreichen Angelegenheiten zusammen aufgetreten. Kleinere Dinge vielleicht wie zum Beispiel das Voranbringen des Nabucco-Projekts, die Aufrechterhaltung der GMO-Freiheit und die Regelung des Milchmarktes. Über die Bankenabgabe habe ich schon gesprochen.

Noch ein paar Worte über die Kohäsionspolitik, weil wir überzeugt sind, dass die Kohäsionspolitik ein ausschlaggebender Faktor für die Gestaltung der Zukunft der ganzen Mitteleuroparegion ist. Die ungarische EU-Ratspräsidentschaft wird sich bemühen, die Frage der EU-Kohäsionspolitik voranzutreiben und die Politik zu stärken.

Die substanzielle Debatte über die Kohäsionspolitik muss unserer Auffassung nach so schnell wie möglich beginnen. Wir haben jetzt, wie schon erwähnt, die Konklusionen des Kohäsionsberichtes. Er ist am 10. November heraus gekommen. Und wir haben jetzt alle nötigen Bedingungen um über diese Konklusionen eine ernsthafte Debatte und einen Meinungsaustausch zu führen.

Was uns anbelangt, was Ungarn anbelangt, wir sind an einer starken Kohäsionspolitik interessiert. Also eine starke Politik, die integriert ist und die nicht in verschiedene sektorale Politikbereiche fragmentiert wird. Es ist auch wichtig, dass die Finanzierung dieses Politikbereiches gesichert wird, und zwar auf stabile finanzielle Grundlagen.

Auch weiterhin sollten unseres Erachtens nach alle europäischen Regionen in diese Politik einbezogen werden. Jedoch soll die Mehrheit der finanziellen Mittel den weniger entwickelten Regionen zur Verfügung gestellt werden. Wir sind auch der Auffassung, dass die Kohäsionspolitik das wichtigste oder eines der wichtigsten, wenn auch nicht das einzige Mittel ist, die Zielsetzung der Europa 2020-Strategie zu realisieren.

Mit den heutigen Disparitäten in der wirtschaftlichen Entwicklungsebene wird es natürlich schwer sein, Europa mehr wettbewerbsfähig auf globaler Ebene zu machen. Wir sind auch der Meinung, dass der Europäische Soziale Fonds im Rahmen der Kohäsionspolitik bleiben soll, damit diese integrierte Politik mehr effizient und erfolgreicher wird.

Meine Damen und Herren! Vor etwa 20 oder 30 Jahren war ich ein überzeugter Föderalist was Europa anbelangt. In der Zwischenzeit bin ich natürlich ein Realist geworden. Aber man muss immer klar sehen, auch Realisten dürfen oder können nie ihre Träume aufgeben. In besonderer Rücksicht darauf, dass manche, ich würde sagen viele meiner Träume in den letzten 20 Jahren Wirklichkeit geworden sind. Wenn auch nicht alle Träume, aber zumindest viele Träume.

Deswegen bin ich überzeugt, dass wir auch weiterhin träumen müssen. Was mich anbelangt, ich träume noch immer über ein gemeinsames

Vereinigtes Europa. Ein Mitteleuropa, in dem vollkommene kulturelle, sprachliche Vielfalt weiter lebt. Wo alle möglichen Menschenrechte inklusive kulturelle und Sprachrechte, inklusive Minderheitsrechte vollkommen respektiert werden. Das ist ein Mitteleuropa, welches vielleicht ein Modell und ein kurzes Wort für ganz Europa sein kann oder sein wird.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!
(*Beifall im Hohen Hause.*)

Martin Preinerder, Präsident des Bundesrates:
Herzlichen Dank Herr Außenminister Martonyi!
Herzlichen Dank dafür, dass Sie Österreich als Freund bezeichnen. Sie haben das durch Ihre Teilnahme bei dieser Konferenz auch zum Ausdruck gebracht.

Wichtig ist bei dem Zusammenwachsen auch ein Zusammenwachsen der Bevölkerung, haben Sie ausgeführt. Und ich glaube, daran sollten wir weiter arbeiten. Ich darf Ihnen für die kommende Präsidentschaft innerhalb der Europäischen Union auch alles Gute und viel Erfolg wünschen.

Und dass Österreich-Ungarn, Ungarn-Österreich eine gute Freundschaft ist, zeigt sich auch in der folgenden Wortmeldung unseres Herrn Außenministers Dr. Michael Spindelegger. (*Beifall im Hohen Hause.*)

Dr. Michael Spindelegger, Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten:
Vielen Dank! Lieber Herr Präsident des Bundesrates! Lieber János als Nachbar und Freund und Außenminister-Kollege! Sehr geschätzter Herr Landeshauptmann! Sehr geschätzter Herr Landtagspräsident! Lieber Johannes Hahn als unser Kommissar in Brüssel! Meine sehr geschätzten Damen und Herren aus allen gesetzgebenden Körperschaften!

Ich bin mir meiner Verantwortung bewusst – ich trenne Sie von der Kaffeepause. Daher werde ich mich konzentrieren darauf, einige wenige Punkte anzusprechen, mein Redemanuskript zur Seite legen und mich auf etwas konzentrieren, was mir besonders am Herzen liegt.

Ich darf beginnen bei der Rolle der Regionen heute in Europa. Ich bin noch etwas müde und trete so vor Sie hin. Das hängt nicht damit zusammen, dass mir der türkische Botschafter den Schlaf raubt, nicht dass Sie das glauben. Das hängt damit zusammen, dass ich durch Schlechtwetter erst in den frühen Morgenstunden wieder von Großbritannien nach Österreich zurückkehren konnte. Warum er-

zähle ich Ihnen das? Wir glauben immer, dass Regionen bei uns im Herzen Europas eine besondere Rolle spielen. Sie spielen auch dort eine besondere Rolle.

Ich habe das gestern hautnah im House of Commons und im House of Lords erlebt. Dort gibt es nicht nur eine Zentralregierung und London das alles beherrscht. Dort gibt es genauso ein Nordirland, im regionalen Parlament in Belfast. Dort gibt's ein Wales mit ganz eigenen Interessen. Und dort gibt es ein Schottland, das auf dem Weg zur Selbständigkeit ist. Regionen spielen in Europa eine unglaubliche Rolle! Und natürlich auch bei uns. Und wir müssen das nützen, dass wir das Potenzial der Regionen gerade bei dieser Donaunraumstrategie auch miteinander nützen. Das ist ja bisher hervorragend gelungen!

Wie ist sie denn entstanden? Wer hat denn dazu beigetragen, dass es diese Donaunraumstrategie gibt? Da hat Niederösterreich eine besondere Rolle gespielt, Herr Landeshauptmann. In diesem Land wurde die Arge Donauländer schon vor vielen Jahren gegründet und damit ein Grundstein gelegt für diese Zusammenarbeit der Regionen entlang der Donau.

Und wenn wir die Regionen auch bei den Nachbarn betrachten, ich glaube, dass wir es wohl nicht geschafft hätten, eine Donaunraum-Strategie zu beschließen, wenn nicht gerade Deutschland mit seinen Regionen entlang der Donau, Baden-Württemberg und Bayern, auch in Berlin entsprechend interveniert hätten, dass es diese Donaunraum-Strategie gibt. Denn in der Überzeugungsarbeit dann, dass das ein Beschluss des europäischen Rates wird, dass die Kommission aufgefordert wird, eine Strategie vorzulegen, da haben die Länder eine entsprechend große Rolle gespielt. Und auch bei uns. Wir haben sie versucht einzubinden als Außenministerium. Diese Zusammenarbeit funktioniert hervorragend. Da darf ich mich besonders bedanken: Bei dir, Herr Landeshauptmann, bei den Bundesländern, die an der Donau liegen, aber insgesamt bei allen Regionen Europas, die dieses Projekt jetzt einmal sichtbar gemacht haben.

Wir sind noch weit davon entfernt, die Realisierung und Auswirkungen daraus zu spüren. Aber dieses Sichtbarmachen war schon ein ganz wesentlicher Schritt.

Damit komm' ich konkret zu dem, was bedeutet denn das für unsere Regionen jetzt in Österreich, diese Donaunraum-Strategie? Beginnen wir in Oberösterreich. Der Hafen Enns ist ein Projekt

ganz besonderer Art, das wurde mir immer mitgegeben. Und gerade dieser Hafen Enns wird unglaublich profitieren wenn die Donau als Verkehrsweg ausgebaut wird.

Ich komme nach Niederösterreich. Das ist das Flächenland entlang der Donau mit einer großen Stärke, einer Exportoffensive, die begonnen wird hier von der Landesregierung, die sich besonders auf diesen Raum entlang der Donau auch stürzt und stützt. Und ich glaube, dass Niederösterreich hier eine zentrale Rolle auch in der Verwirklichung der Donaunraum-Strategie spielen wird und dass die Auswirkungen hier auch sichtbar werden. Und natürlich Wien als nicht nur Bundeshauptstadt, sondern verbunden mit der Donau in einer ganz besonderen Art und Weise.

Kommissionspräsident Barroso hat am Montag in Bukarest beim Donaugipfel gesagt, Wien und die Donau das ist Eins. Das spürt man, das weiß man. Und letztlich sehen wir ja jetzt schon die Auswirkungen, die sehr positiv für Wien sind. Wenn ich etwa daran denke, dass Neuseeland hier eine Konzernzentrale eröffnet hat in Wien um Geschäfte mit dem Osten zu machen.

Das bedeutet, wir haben ganz konkrete Vorteile daraus. Wir können diese Zusammenarbeit Regionen, Länder, Mitgliedsländer der Europäischen Union und die europäische Ebene durchaus als vorbildhaft bezeichnen. Ich glaube daher, dass wir auch für Österreich eine Schlussfolgerung daraus ziehen können wenn wir das richtig aufbauen, nämlich von unten hinauf. Ideen, die in den Bundesländern, in den Regionen entstehen, zu europäischen Projekten machen und die Unterstützung der Mitgliedstaaten haben, dann ist der Föderalismus nicht die Geißel des 21. Jahrhunderts, sondern kann als eine Stärke verstanden werden, gerade bei uns in Österreich, die uns nach vorne bringt und eine Zusammenarbeit ermöglicht, die sonst wohl nicht möglich wäre.

Ich möchte zu meinem zweiten Punkt kommen. Ich möchte den Gedanken von János Martonyi gerne aufnehmen, nämlich den Gedanken über Mitteleuropa. Diese Donaunraum-Strategie hat natürlich auch Auswirkungen auf die Landschaft in Europa. Meine Damen und Herren! Sehen wir doch heute realistisch: 27 Mitgliedsländer haben natürlich auch in verschiedenen Teilen Europas ganz unterschiedliche Entwicklungen. Wir haben eine nordische Dimension, die ganz andere Themen hat. Ostseestrategie ist durchaus ein Vorläuferprojekt. Wir kennen die Lage in den Mittelmeeranrainern. Diese ist eine ganz andere als wir das gewöhnt sind.

Aber die Frage für uns ist ja immer, was bleibt für uns? Wo ist genau dieser Raum mit vielen neuen Mitgliedsländern abgedeckt? Und das ist Mitteleuropa. Das ist genau das, was János Martonyi auch skizziert hat als einen Wunsch, wie wir als Ungarn und Österreicher in einer ganz besonderen Konstellation hier auch Impulse geben können, dass wir diesen Raum, dieses Mitteleuropa auch mit konkretem Leben erfüllen. Der Herr Bundeskanzler hat heute sehr intensiv in seiner Rede ganz besonders ausführlich zur Frage der Finanzmärkte Stellung genommen. Und es ist sicher ein wichtiges Thema und sein gutes Recht, dort die Spitzen seiner Initiativen zu sehen.

Ich möchte hier einen anderen Aspekt beleuchten. Das ist der, entlang dieser Donau auch eine Chance zu sehen, einen Raum, wie der Herr Landeshauptmann es gesagt hat, mit 100 Millionen Bürgern, mit einer wirtschaftlichen Entwicklung durch Impulse zu prägen und zu entwickeln, wo wir alle ganz konkrete Vorteile daraus ziehen können. Denn, meine Damen und Herren, welche Arbeitsplätze wir in 10 Jahren haben werden, das ist schon eine große Frage, die nicht salopp irgendwie weggeschoben werden kann. Sondern das ist zentral für die wirtschaftliche und persönliche Entwicklung der Bürger.

Daher ist es ganz wichtig, dass wir Chancen, die sich daraus eröffnen, durch Investitionen, die jetzt getätigt werden entlang der Donau, auch dort hingehend nützen, dass unsere Bürger hier am Arbeitsmarkt ein besseres Umfeld haben, eine bessere Entwicklungsmöglichkeit, ihre persönlichen Lebensziele dadurch auch besser entwickeln können. Ich glaube daher, das ist eine Idee, die Donauraum-Strategie, die uns beflügeln kann, die diesen Raum besser als andere entwickeln kann. Die auch mit Unterstützung der Europäischen Union durch die Regionalpolitik eine Zukunft hat wie wohl keine andere Region auf diesem Kontinent.

Lassen Sie mich zu den nächsten Schritten kommen. Was haben wir denn unmittelbar vor uns? Wir müssen jetzt, das ist unser Auftrag als Mitgliedsländer der Europäischen Union, die in diese Donauraum-Strategie entwickelt sind, einmal versuchen, 11 Projektkoordinatoren zu finden. Ich möchte heute den Vorschlag machen, versuchen wir im Rahmen dieser Projektkoordinatoren auch die Regionen mit einzubeziehen. Dass es eben nicht nur einen pro Land gibt, sondern wo es auch einen Koprojektassistenten aus einem Bundesland, aus einer Region gibt. Damit auch die Bundesländer nicht nur formal eingebunden sind, sondern das auch konkret verwirklicht sehen. Das wäre ein

Schritt, wo gerade von hier ein Impuls ausgehen könnte, dass wir das versuchen.

Ich möchte zum Zweiten beleuchten, dass die Kommission jetzt ja am 8. Dezember in einer Sitzung diese bisherigen Vorschläge in einen Beschluss fassen will. Ich möchte daher mich besonders bei dir bedanken, lieber Johannes Hahn, weil du auch als erstes genau diesem Projekt eine besondere Aufmerksamkeit für deine Arbeit gewidmet hast. Das ist eine Regionalpolitik, die, glaube ich, für uns sehr viele Impulse, wie schon ausgeführt, bringen kann. Die aber der europäischen Unterstützung besonders bedarf. Darum möchte ich dich auch heute bitten, dass du diesem Projekt dieselbe Priorität auch morgen zuweist und dass du versuchst, mit den Mitteln der Kommission, diese Steuerung der Entwicklung des Raumes in eine gute Zukunft zu lenken.

Ich möchte mich dem anschließen, was János Martonyi gesagt hat zum Thema Kroatien. Ein dritter Schritt wäre, dass wir möglichst bald ein nächstes Donauland in die Europäische Union aufnehmen und damit eine Verstärkung auch unserer Position in Mitteleuropa erfahren.

Ich schließe mit dem letzten, 4. Punkt. Das ist, was wir auch noch tun müssen. Heute sind auch viele Bürgermeister unter uns. Ich möchte gerne, dass wir einen nächsten Schritt setzen, nicht nur die Regionen, auch die Gemeinden in unsere Strategie mit einzubeziehen. Ich habe einen Vorschlag gemacht, dass wir Europagemeinderäte quer übers Land in Österreich etablieren. Dieses Projekt gewinnt Stück für Stück an Dynamik. Wir haben jetzt bereits an die 200, die sich aus ganz Österreich und über alle Parteigrenzen hinweg interessiert gezeigt haben. Die wir versuchen zu betreuen, indem wir ihnen Möglichkeiten geben, etwa die Institutionen in Europa zu besuchen. Mit denen wir in Kontakt sind dann, wenn eine heiße Europa-Debatte ausbricht. Die wir aber auch bitten, dass sie die Ansprechstelle der Bürger, weil sie auf der ersten politischen Ebene tätig sind, auch in der Zukunft darstellen und diesen Dialog aufrecht erhalten. Nicht nur erzählen, was es alles Gute aus Europa gibt, sondern dass sie auch diejenigen sind, die Diskussionen aufnehmen und weiterleiten und damit für Informationsaustausch sorgen.

Es ist für mich ein großes Anliegen, weil die Europa-Debatte heute nicht stehen bleiben. Sondern in Wahrheit mit einer Donauraum-Strategie, einer Stärkung der Regionen, einer guten Zusammenarbeit von der ersten politischen Ebene Gemeinde über die Länder, die Regionen bis hin zu den Mitgliedstaaten der Europäischen Union wir an

einem Konzept arbeiten, das zukunftssträftig ist. Das hoffe ich sehr, dass uns das heute gelingt. Und ich darf zum Abschluss sagen, der Tag hat für mich hier schon gut begonnen, weil der Herr Botschafter der Bundesrepublik Deutschland hat mir versprochen, er wird keine Interviews in Tageszeitungen geben. Nachdem so viele Botschafter heute da sind, darf ich diesen Wunsch auch durchaus aussprechen, dass sich alle anderen Botschafter dem anschließen. Dann haben wir eine gute Zukunft. Ich bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit! *(Beifall im Hohen Hause.)*

Martin Preinerder, Präsident des Bundesrates: Sehr geehrter Herr Außenminister! Lieber Michael! Danke für deine prägnanten und auch aufheiternenden Worte. Die Ideen zu europäischen Projekten zu machen und Regionen und Gemeinden stärker einzubinden war der Grundtenor, den wir mitnehmen können in die Kaffeepause.

(Unterbrechung der Sitzung von 11.17 Uhr – 11.46 Uhr.)

Martin Preinerder, Präsident des Bundesrates: Geschätzte Damen und Herren! Werte Tagungsteilnehmer! Ich darf die unterbrochene Europakonferenz fortsetzen. Es tut mir leid, dass sie etwas ausgedünnt ist. Trotzdem möchte ich noch einmal darauf verweisen, dass wir im Prinzip bei unserer heutigen Tagung aufbauen wollen auf die Subsidiaritätskonferenz von 2006 in St. Pölten. Und ich darf meine Vorgängerin als Vorsitzende des Bundesrates aus niederösterreichischer Sicht, nämlich Frau Bundesrätin Präsidentin Sissy Roth-Halvax zitieren. Sie hatte bei dieser Konferenz formuliert: Nicht ferngesteuerter Zentralismus, sondern Föderalismus und Regionalismus geben die Gelegenheit, Heimat zu schaffen, die den Menschen Mitdenken, Miturteilen und Mitentscheiden ermöglicht.

Es war bei dieser Konferenz der Wunsch und die Forderungen, die Regionen in Europa vor einer Gesetzwerdung auch entsprechend anzuhören. Wir konnten heuer am 6. Mai vom Bundesrat aus eingebracht ein Verfassungsgesetz an den Nationalrat schicken, der das am 8. Juli beschlossen hat und wir dann wieder im Bundesrat den Beschluss am 22. Juli fassen konnten, um hier diese Mitsprache oder dieses Hören der Regionen vor der Gesetzwerdung in Brüssel auch entsprechend in ein Verfassungsgesetz zu fassen. Ein Verfassungsgesetz, das den Vertrag von Lissabon entsprechend umsetzt. Das dem Bundesrat die gleichen Rechte einräumt wie dem Nationalrat und hier auch den Landtagen ein Mitspracherecht ermöglicht. Ein Mitspracherecht in Form einer Subsidiaritätsrüge, einer Subsidiaritätsklage und einer Ministerbindung.

Und um genau diese Möglichkeiten entsprechend auch nutzen und mit Leben zu erfüllen, wollen wir uns jetzt mit dem zweiten Teil der Tagung beschäftigen. Ich darf um Verständnis bitten, dass wir den Referentenverlauf etwas umstellen. Als Ersten darf ich Herrn Professor Franz Schausberger bitten - er muss uns nämlich nachher verlassen - um seine Ausführungen zum Thema „Lissabon-Umsetzungsstrategie“.

Univ. Prof. Dr. Franz Schausberger, Präsident des Institutes der Regionen Europas, Mitglied des Ausschusses der Regionen, Landeshauptmann a.D.:

Danke vielmals Herr Vorsitzender! Lieber Herr Prof. Konecny, vielen Dank für die Bereitschaft, dass wir tauschen können, aber ich muss leider zum Flughafen und in zwei Regionen Rumäniens fahren. Also danke vielmals für diese Möglichkeit!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wurde gebeten, ein paar Gedanken vorzutragen über die direkten oder indirekten Möglichkeiten der Einflussnahme unter Mitwirkung der Regionen auf europäischer Ebene bzw. auf die europäische Politik. Wenn man sich das im Detail anschaut und einmal auch versucht zusammenzufassen, dann sieht man, dass diese Möglichkeiten eigentlich gar nicht so wenige sind. Die Frage ist nur, ob sie alle genützt werden oder ob sie weniger genützt werden.

Der Beitritt bzw. der europäische Integrationsprozess insgesamt berührt ja nicht nur die nationalen Ebenen, nicht nur die nationalen Parlamente, sondern wirkt sich ja auch ganz wesentlich auf die subnationalen Ebenen, also auf die Regionen, und auf die Gemeinden und auf die Städte entsprechend aus.

Und so wie auf der einen Seite die Möglichkeiten auch für die Regionen und für die Städte, auf die EU-Politik Einfluss zu nehmen, diese Möglichkeiten stärker geworden sind, so haben wir auf der anderen Seite natürlich auch die Auswirkung, dass wir gewisse Kompetenzen, gewisse Zuständigkeiten auch abgeben mussten. Sowohl von der lokalen als auch von der regionalen Ebene.

Was die Handlungsspielräume der Regionen betrifft, meine Damen und Herren, so kann man in Europa feststellen, dass diese sehr, sehr unterschiedlich sind. Die sind deswegen sehr unterschiedlich, weil sie von mehreren Faktoren abhängig sind, die auch sehr unterschiedlich sind. Das ist erstens die verfassungsrechtliche Stellung der einzelnen Regionen und auch der Kommunen in den

einzelnen Mitgliedstaaten. Das ist zweitens die Frage der wirtschaftlichen und der finanziellen Stärke der Regionen. Und das ist drittens auch die Fähigkeit der Regionen zur strategischen Interaktion. Was immer man darunter versteht, aber die strategische Interaktion ist schlichtweg die Fähigkeit zur Zusammenarbeit, zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, die in der Europäischen Union von ganz besonderer Wichtigkeit und von Bedeutung ist und von dieser auch entsprechend unterstützt und gefördert wird.

Denn meine Damen und Herren, darüber brauchen wir uns nichts vorzumachen. Auch den Regionen geht's genauso wie den nationalen Mitgliedstaaten: In Europa ist man alleine in Wirklichkeit nicht viel! Es geht immer darum, dass man Verbündete hat, dass man Kooperationen hat, dass man grenzüberschreitende Kooperationen aufweisen kann. Und je besser das funktioniert und je mehr man in der Lage ist, solche Strategien zu entwickeln, umso besser kommt man vorwärts.

Die Ausweitung des Tätigkeitsbereiches der europäischen Gemeinschaft hat natürlich auch dazu geführt, dass die Regionen gesagt haben, okay, wir wollen hier auch entsprechend mitwirken. Und da gibt's drei Möglichkeiten, auf die ich jetzt nur ganz kurz und schlagwortartig eingehen möchte. Herr Prof. Konecny wird auf einen Bereich dann besonders eingehen.

Das ist erstens die institutionelle Mitwirkung der Regionen auf der europäischen Ebene. Das ist zum Zweiten die Mitwirkung der Regionen und der Kommunen. Die sind immer hier mit einbezogen in Europaangelegenheiten auf der nationalen Ebene. Und das ist drittens die direkte Mitwirkung, die direkte Einflussnahme der Regionen auf der europäischen Ebene, also in Brüssel.

Meine Damen und Herren! Mehr als die Hälfte des in den EU-Mitgliedstaaten anzuwendenden Rechts hat seine Wurzeln in Rechtsakten der Europäischen Union. Und deshalb ist es einfach so wichtig, dass die Regionen, bei uns die Länder, künftige EU-Rechtsakte rechtzeitig natürlich erfahren und damit auch rechtzeitig Einfluss nehmen können und in das EU-Rechtsetzungsverfahren eingebunden werden.

Mit dieser zunehmenden Möglichkeit der Einflussnahme muss man aber auch natürlich ganz offen feststellen, ist auf der anderen Seite auch eine zunehmende Kontrolle seitens europäischer Institutionen, europäischer Behörden, aber auch nationaler Behörden verbunden, die darüber wa-

chen, dass solche EU-Rechtsakte auch tatsächlich auf der regionalen und auf der lokalen Ebene, soweit das möglich ist, umgesetzt werden.

Also auf der einen Seite mehr Einflussnahme, aber sicher auch auf der anderen Seite mehr Kontrolle zum Teil von der europäischen Ebene. Dazu kommt, dass die Länder – und darüber hat auch Kommissar Hahn heute schon referiert – dass die Länder interessiert sind, dass möglichst viele regionale und lokale Projekte ausgearbeitet werden, die aus EU-Fonds förderbar sind. Und dazu ist es ganz wichtig und ganz notwendig, und das möchte ich immer wieder betonen, dass in den Regionen selbst Einrichtungen mit dem notwendigen Know How geschaffen werden, die in der Lage sind, auch wirklich gute förderbare Projekte auszuarbeiten. Und da kann ich Ihnen sagen, da sind wir zum Teil in Österreich sehr gut aufgestellt, aber auch zum Teil nicht wirklich gut.

Da sind manche Länder wesentlich besser aufgestellt. Auch dadurch, dass sie zum Beispiel in Brüssel selbst viel stärker ausgebaute Verbindungsbüros haben. Ich habe ein Beispiel vor kurzem erlebt. Ich möchte den Namen nicht nennen. Aber eine spanische Region, die haben ein riesiges Büro in Brüssel, wo 24 Leute, ich möchte fast sagen Tag und Nacht mit nichts anderem beschäftigt sind als zu schauen, und das ist eine eigene Wissenschaft, alle Projekte, Förderungen etc., die von der EU zum Teil auch ausgeschrieben werden, wirklich zu erkennen.

Und die arbeiten wirklich nur daraufhin, solche Projekte erstens einmal herauszufinden und zweitens dann auch entsprechend nicht jetzt auszuarbeiten die Förderungsmöglichkeiten, sondern aufzubereiten für ihr Land zu Hause. Dass dort dann die Administration sich darauf einstellt. Ich weiß, dass das in manchen Bundesländern bei uns auch sehr gut funktioniert. Ich weiß aber auch, dass es nicht in allen Bundesländern so funktioniert.

Ich komme kurz zum ersten Punkt, Mitwirkung in Brüssel. Meine Damen und Herren! Wir haben eine Möglichkeit, als Regionen gleich einmal in Brüssel mitzuwirken. Das ist natürlich die Schiene unserer Europa-Abgeordneten. Unserer Abgeordneten im Europäischen Parlament. Seit dem Vertrag von Lissabon ist das Parlament wesentlich gestärkt, hat wesentlich mehr Einflussmöglichkeiten. Das haben wir auch schon gespürt und das haben wir auch schon gesehen: Das Parlament hat an Selbstbewusstsein ganz gewaltig, auch sichtbar gewonnen. Ist auch gut so, und hat das auch schon nach außen hin gezeigt.

Und wir sollten, das glaube ich schon auch, auf der regionalen Ebene unsere Europa-Abgeordneten noch stärker fordern, sie auch einbeziehen. Durchaus auch in die Europa-Ausschüsse der Landtage einladen. Wird manchmal gemacht, aber könnte meines Erachtens noch viel mehr gemacht werden. Ich möchte jetzt nicht darauf eingehen, dass ich persönlich der Meinung bin, dass unsere Abgeordneten zum Europäischen Parlament im österreichischen Parlament viel zu wenig Möglichkeiten haben, dort aufzutreten und auch mitzuwirken am innerösterreichischen Meinungsbildungsprozess, was die Europäische Union betrifft. Also das sind die Abgeordneten zum Europäischen Parlament.

Das Zweite ist der Ausschuss der Regionen. Ich gehöre seit 16 Jahren diesem Gremium an. Dort gibt es den formellen Weg der Einbringung der Regionen in den europäischen Willensbildungsprozess. Und Sie wissen, dass der Ausschuss der Regionen in der Zwischenzeit zu fast allen Bereichen, die von der Europäischen Union und Initiativen, die von der Europäischen Union, von der Kommission kommen, die Möglichkeit bekommt, eine Stellungnahme abzugeben.

Ich halte das für deswegen so wichtig, weil natürlich die Mitglieder des Ausschusses der Regionen hier auch rechtzeitig Informationen über das, was die Kommission plant, bekommen. Und das muss man studieren und das ist eine mühselige Angelegenheit, aber das wissen die Parlamentarier im Europäischen Parlament genauso. Und dann werden Stellungnahmen abgegeben. Und ich muss auch sagen, es ist sehr erfreulich, dass inzwischen die Kooperation zwischen dem Ausschuss der Regionen und dem Europäischen Parlament intensiver geworden ist. Aber es ist auch erfreulich, dass die Stellungnahmen des Ausschusses der Regionen in der Kommission immer mehr an Gewicht bekommen haben. Das sollte man nicht unterschätzen. Und daher halte ich es auch für wichtig, dass man aktiv – und jede österreichische Region, jedes Bundesland ist ja aktiv im Ausschuss der Regionen vertreten – dass man sich dort wirklich auch aktiv einbringt.

Und jetzt sage ich in Klammer dazu, das müssen natürlich nicht immer nur die Landeshauptmänner sein, die im Ausschuss der Regionen formal vertreten sind. Ich halte es eigentlich für sehr gut, wenn sozusagen Stellvertreter da sind, die auch wirklich die Zeit haben, sich dort entsprechend zu engagieren. Das heißt nicht, dass nicht der Landeshauptmann auch einmal auftreten soll und vielleicht auch einmal eine Stellungnahme abgibt, das ist keine Frage. Aber diese Knochenar-

beit, die mit viel Informationsbeschaffung auch zusammenhängt, die sollten eigentlich Leute machen, die dafür auch Zeit haben. Ich kann beide Phasen sozusagen beurteilen. Habe es auch nicht gehabt früher und kann das jetzt natürlich mit wesentlich mehr Intensität machen.

Aber, und das möchte ich jetzt auch sagen, es ist eine völlige Fehleinschätzung wenn man glaubt, dass der Ausschuss der Regionen dazu da ist um individuelle Interessen einer Region durchzusetzen. Dort sitzen 344 Mitglieder im Ausschuss der Regionen mit unterschiedlichsten Qualitäten. Darunter sind auch solche Vertreter, die durchaus zentralistische Positionen einnehmen und nicht immer nur Regionalinteressen vertreten wollen. Und daher ist es relativ schwer oder überhaupt nicht möglich, das muss ich auch sagen, jetzt ein besonderes spezifisches Interesse eines Bundeslandes dort umzusetzen. Dort wird gebündelt, werden die Interessen der Regionen und der Kommunen formuliert und an die Kommission bei einem geplanten Rechtsakt oder einer Initiative übermittelt.

Das heißt, die Interessen der Regionen als solche, sage ich jetzt einmal, Subsidiaritätsprinzip, Regionalisierung, Dezentralisierung, alle diese Dinge und Prinzipien, die fließen ein und man schaut natürlich genau darauf, dass nichts in die falschen Wege läuft.

Aber der Ausschuss der Regionen ist nicht dazu da um spezifische Interessen einer Region durchzusetzen zu können. Das geht schlichtweg nicht! Außer man findet in einer Frage, die für ein Land besonders interessant ist, aber auch für andere, es kann dann nicht nur eines sein, so viele Verbündete, dass man eine Mehrheit im Ausschuss der Regionen findet.

Ich möchte nur sagen, dass mit dem Vertrag von Lissabon der Ausschuss der Regionen das Klagerecht bekommen hat wenn er der Meinung ist, dass mit einer Initiative der Kommission das Subsidiaritätsprinzip verletzt wird. Das haben auch die nationalen Parlamente, daher gehe ich jetzt nicht darauf ein. Aber der Ausschuss der Regionen hat das. Und der Ausschuss der Regionen hat sich dazu auch ein entsprechendes Netzwerk gebildet, wenn der Verdacht besteht, dass das Subsidiaritätsprinzip irgendwo verletzt wird, dass er sich auch an verschiedene Institutionen wendet, die dann das im Detail entsprechend beurteilen und auch begutachten.

Ich möchte nur erwähnen, dass es auf der europäischen Ebene auch die Konferenz der Europäischen Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen

gibt, wo die Mitglieder jene Regionen sind, die eben auch Legislativkompetenz haben. Die so irgendwie der Motor der Regionen sind und sich im Ausschuss der Regionen natürlich nicht immer durchsetzen können, weil es halt dort viele andere auch gibt.

Dann gibt's noch den Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates, KGRE, dann gibt's die Versammlung der Regionen Europas, VRE, den Rat der Gemeinden und Regionen Europas RGRE und die Konferenz der Präsidenten der Europäischen Regionalparlamente, die CALRE, und andere europäische Organisationen von Regionen und Kommunen. In einigen ist ja Präsident Van Staa verdienstvoll auch schon seit vielen Jahren tätig, nicht nur im Ausschuss der Regionen, sondern auch in anderen solchen Organisationen.

Das Einzige, meine Damen und Herren, was ich dazu noch sagen möchte, sie leisten alle ihre wichtigen Beiträge zur Vertretung der Interessen der Regionen auf Europäischer Ebene. Aber im Wesentlichen unkoordiniert, parallel und unangesprochen, das muss man sagen. Und ich würde es sehr begrüßen, wenn es irgendeine informelle Plattform geben könnte, wo sich alle diese Organisationen, die sich zum Ziel gesetzt haben, die Interessen der Regionen und Kommunen zu vertreten, zumindest einmal im Jahr zusammen setzen und ihre Tätigkeit koordinieren.

Den Bereich der nationalen Ebene, meine Damen und Herren, möchte ich auslassen. Es gibt ein eigenes Verfahren in Österreich, und ich meine, ein sehr gutes Verfahren, wie die Subsidiaritätskontrolle durchgeführt wird. Ich glaube, dass dieses Modell auch durchaus beispielgebend in anderen Ländern schon überlegt wird. Aber dazu wird Herr Prof. Konecny im Detail Stellung nehmen.

Ich möchte jetzt den letzten Punkt noch angehen und das ist die Frage der direkten Einflussnahme der einzelnen Regionen. Die direkte Einflussnahme, das ist jetzt auch schon wieder, kann man sagen, 15, 20 Jahre her, dass sich die Regionen bemühen, Möglichkeiten des direkten Kontaktes mit der Europäischen Kommission und mit der Europäischen Union zu haben.

Es ist einfach unheimlich wichtig, dass die regionalen Verwaltungen ihren direkten guten Draht auch zur Verwaltung der Europäischen Kommission haben. Ich halte das für sehr wichtig! Es machen auch viele Repräsentanten, politische Repräsentanten diesen direkten Kontakt sehr, sehr gut. Ich weiß das ja vom Kollegen Pröll, der ja nicht nur

manchmal auch Kommissare nach Niederösterreich zitiert um ihnen Projekte vorzustellen, zu zeigen und mit Nachdruck auch zu vertreten – einlädt natürlich, nicht zitiert. Und das zweite ist auch etwa diese Initiative, die heute schon mehrfach erwähnt wurde wegen der Regionalförderung. Wo man versucht hat eben, die betroffenen Regionen zusammen zu bringen, eine Position auszuarbeiten und der Kommission direkt vorzulegen.

Also: Informelle Kontakte sind ganz, ganz wichtig. Das Länderlobbying ist meines Erachtens ein ganz wesentlicher Beitrag, der aber voraussetzt, dass man in Brüssel auch entsprechende Strukturen hat. Das sind diese Länderbüros. In manchen Ländern werden diese richtigerweise ausgebaut, in manchen fallen sie auch Sparmaßnahmen zum Opfer, was ich absolut für nicht richtig halte. Denn, meine Damen und Herren, wir haben auf der einen Seite die Situation, dass natürlich die Europapolitik und die Europäische Kommission immer stärker werden und auch durchaus Kompetenzen ausgeweitet werden. Und auf der anderen Seite würde man dann sozusagen die Verbindungsglieder dorthin abbauen. Ich halte das absolut für nicht richtig! Aber das muss jede Region für sich selbst entscheiden.

Es wurde heute ja schon mehrfach das Subsidiaritätsprinzip erwähnt. Ich glaube, das ist ja nicht nur ein theoretisches Prinzip, sondern das lässt sich ja auch sehr praktisch anwenden. Davon bin ich wirklich überzeugt. Wenn man danach vorgeht, ob eine Ebene eine Aufgabe erledigen kann, genauso gut wie die nächst bessere Ebene. Das muss gar nicht so sein, dass sie es besser erledigen muss. Und wenn wir jetzt soweit sind, dass wir auf der europäischen Ebene die Kommission dazu zwingen, dass sie bei der Übernahme einer Aufgabe nachweisen muss, dass sie es wirklich besser und zum Vorteil aller anderen Ebenen machen kann – und das muss sie, sie muss das nachweisen. Sie muss die Auswirkungen, die finanziellen und organisatorischen Auswirkungen nachweisen. Und wenn wir in der Lage sind, wenn wir glauben, dass das nicht gerechtfertigt ist, dass wir sogar bis zum Europäischen Gerichtshof gehen können, dann müsste eigentlich auch die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips auf den nächsten Ebenen, nämlich auf der nationalen und auch auf der regionalen Ebene genauso praktisch angewendet werden können wie das auf der europäischen Ebene der Fall ist. Das nur zu dem, was heute gesagt wurde. Es geht meines Erachtens nicht nur um eine Aufteilung der Macht, sondern es geht um eine Aufteilung, wer macht's wo besser. Ich glaube, das ist das Entscheidende.

Zum Abschluss fünf Punkte, aber jeweils nur ein Satz. Ich meine, es wäre notwendig, eine stärkere gegenseitige Information und Koordination, wie ich gesagt habe, der zahlreichen regionalen Institutionen und Organisationen auf europäischer Ebene. Das Zweite: Ein verstärktes Informationsrecht und Berichtsmöglichkeiten und Einbeziehung in den nationalen Willenbildungsprozess der Abgeordneten des Europäischen Parlaments, sowohl im österreichischen Parlament, als auch die Möglichkeit, in den Europa-Ausschüssen aufzutreten zum Beispiel der Landtage. Dann die Schaffung von Instrumenten, und das habe ich auch nicht ausführen können, aber ich möchte es jetzt nur in der Zusammenfassung sagen: Ich glaube, meine Damen und Herren, dass die Landtage, die Landesparlamente wesentlich stärker noch in den gesamten europapolitischen Fragen einbezogen werden müssen!

Das halte ich vor allem auch im Zusammenhang mit Prof. Konecny wird es dann noch erwähnen, mit diesen gemeinsamen Stellungnahmen der Länder für ganz wichtig. Da sind momentan die Landtage draußen. Das muss man ganz ehrlicherweise sagen. Und ich glaube, wenn die Landtage dabei wären, würde eine breitere Debatte geführt werden und das täte dem Ganzen sicherlich gut.

Aber das ist nicht nur eine Bringschuld an die Landtage, sondern das ist auch eine Holschuld von den Landtagen. Und ich kann immer nur appellieren, wir reden immer nur – es gibt so viel gescheite Leute, die sagen Abschaffung der Landtage etc., etc. Ich glaube, dass die Legitimation immer stärker für die Landtage wird indem sie sich um diese europapolitischen Fragen, die die Länder, die die Regionen betreffen, annehmen. Das ist ungeheuer wichtig! Aber man hat wirklich manchmal das Gefühl, dass dort einfach die Information fehlt, aber auch nicht wirklich gesucht wird. Und daher meine ich, sollte man da viel mehr machen.

Und ich meine abschließend, man sollte die Verbindungsbüros der Länder in Brüssel zumindest so halten wenn nicht ausbauen, weil die Frage Europa immer stärker wird.

In diesem Sinne darf ich nur sagen: Mein genereller Eindruck ist der, dass die Regionen sehr viele Möglichkeiten zur Mitwirkung, zur Mitgestaltung, zur Einflussnahme haben. Es geht jedoch darum, dass wir sie nutzen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! *(Beifall im Hohen Hause.)*

Martin Preineder, Präsident des Bundesrates: Geschätzter Herr Präsident des Instituts der Regionen in Europa! Du hast uns aufgezeigt, welche Möglichkeiten man in Europa hat, Einfluss zu nehmen. Es gab auch für mich eine interessante Darstellung der Subsidiarität: Wer macht wo was am besten. Ich glaube, das ist auch ein Zielsatz, den wir mitnehmen können. Ich darf nun Herrn Prof. Konecny bitten, dass er uns die innerösterreichische Sicht präsentiert.

Prof. Albrecht Konecny, Bundesrat, langjähriges Mitglied des Europarates und der COSAC: Danke, Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Sie merken schon, nach den Kapitänen und Steuerleuten sind jetzt die Maschinisten der Europapolitik am Wort. Ich sage das nicht, um mich von den Visionen zu distanzieren, die am Beginn dieser Tagung in sehr eindrucksvoller Weise präsentiert wurden, sondern um deutlich zu machen, dass hinter der Realisierung dieser Visionen harte Arbeit, Details ... und manchmal macht man sich dabei auch dreckig, wie das halt bei Maschinisten so ist.

Ich danke dem Herrn Präsidenten, dass er am Beginn des zweiten Teils der Konferenz an eine andere St. Pöltener Tagung erinnert hat. Nämlich jene, die zumindest für den österreichischen Raum, aber auch darüber hinaus das Element Subsidiarität im politischen Sprachgebrauch verankert hat. Und irgendwie haben wir uns ja damit durchgesetzt.

Diese Instrumente, die es gibt – und ich sag dann gleich was dazu – sind jetzt zunächst einmal mit Leben zu erfüllen. Denn es ist eines klar: Wenn es neue Rechte gibt und die werden nicht oder zu wenig genutzt, dann müssen sich wohl die europäischen Bürgerinnen und Bürger fragen, ob da nicht Papier statt Mitbestimmung produziert wird. Es liegt ausschließlich an uns, zu verhindern, dass dieser Eindruck entsteht.

Wobei Mitbestimmung viele Gesichter hat. Die direkte Mitbestimmung der Regionen hat Herr Univ. Prof. Schausberger gerade im Detail skizziert. Ich spreche von der nationalstaatlichen Mitbestimmung in Sachen Subsidiarität gegenüber der Union. Wie gesagt, der Lissabon-Vertrag hat hier eine neue Rechtsbeziehung begründet. Es hat bis zu diesem Vertrag zwischen den nationalen Parlamenten und den Einrichtungen der Union keine wie immer geartete Rechtsbeziehung gegeben. Ja, Briefe haben wir uns schreiben können, aber das war's dann

auch schon. Und es gibt hier zum ersten Mal ein limitiertes, auf die Subsidiarität eingegrenztes Mitspracherecht. Aber, und ich unterstreiche das, darüber hinaus das Element des Dialogs, des politischen Dialogs, der nicht nur den Bereich der Subsidiarität betrifft.

Wir haben ja im europäischen Kontext, und ich sage sonst nicht viel dazu – Kollege Keuschnigg wird das tun – die COSAC, also die Vereinigung, die nichts mit den Kosaken zu tun hat, sondern eine etwas eigenartige Abkürzung einer französischen Bezeichnung ist, in der sich die Europa-Ausschüsse der nationalen Parlamente koordinieren. Und es gibt ein Protokoll der EU über die Rechte dieser Einrichtung, die, ich weiß nicht, ob ich es ganz wörtlich zitiere, aber in etwa heißt: COSAC can make any contribution to the european integration it might be necessary. Wenn ich das umgangssprachlich ins Deutsche übersetze, heißt der Satz: „Macht's was wollt's, es ist uns eh wurscht.“

Über dieses Stadium sind wir mit dem Lissabon-Vertrag hinausgekommen. Und die innerstaatliche Umsetzung des Lissabon-Vertrages, der Aufbau jener Strukturen, in denen sich die Mitbestimmung organisieren soll, das war – und ich sage das mit großem Stolz und großem Selbstbewusstsein – einer der Fälle, wo der Bundesrat seine Zähne gezeigt hat, unterstützt von den Ländern, wie ich hinzufügen möchte, und sich durchgesetzt hat. Denn der ursprüngliche Entwurf der Lissabon-Verfassungsbegleitnovelle hat keine gleichen Rechte für National- und Bundesrat vorgesehen. Und der Bundesrat bzw. jeder auf seiner Seite bei den Fraktionen hat klar gemacht, diese Novelle wird mit Sicherheit die Zustimmung des Bundesrates nicht finden. Und wir haben dann einen eigenen Text produziert und erreicht, dass der Nationalrat nur diesen Text zum Gegenstand seiner Beratung und letztlich der Beschlussfassung gemacht hat, womit sicher gestellt war, dass beide Kammern des österreichischen Parlaments in gleicher Weise von der Subsidiaritätsrüge und der Subsidiaritätsklage Gebrauch machen können.

Wie gesagt, das ist neue Schiene. Nicht nur die Kontrolle und Meinungsäußerung gegenüber der eigenen nationalen Politik, sondern eine etablierte, durch Vertrag und österreichische Verfassung abgesicherte Rechtsbeziehung mit der Kommission und damit mit der Europäischen Union.

Nun ist es so, dass wir das sehr bewusst so konstruiert haben, dass hier die Partnerschaft mit den Landtagen inkludiert ist. Nicht nur ist der Bundesrat oder sind die Mitglieder des Bundesrates ja schließlich von den Landtagen gewählt. Aber diese

Partnerschaft ist notwendig. Denn wir sind nicht die alleinigen Herren dieses Verfahrens, sollen und wollen es auch nicht sein, sondern wir suchen diese Partnerschaft.

Aber es ist klar, das bedeutet eine Umgewöhnung. Denn wir haben bisher, also bisher heißt, in der Probephase, wo kein Rechtstitel dahinter stand wenn wir eine Stellungnahme an die Kommission geschickt haben, sondern der Versuch, uns und die Leute in Brüssel daran zu gewöhnen, dass sich in Fragen der Subsidiarität die Mitgliedstaaten bzw. deren Parlamente rühren können. In dieser Phase haben wir mit den Landeshauptleuten und insbesondere mit der Verbindungsstelle kooperiert. Aber jetzt ist die verfassungsrechtliche Grundlage klar: Es sind die Landtage.

Und ich sage an dieser Stelle dazu, dass die Landtage es sich noch gut werden zu überlegen haben, wie sie das organisieren. Wobei wir in den Koordinierungsgremien, die wir uns schaffen werden gemeinsam da durchaus unseren Rat dazu geben können. Denn es ist klar, 8 Wochen sind eine kurze Frist für eine Stellungnahme. Auch wenn wir als Deutschsprachige den Bonus haben, dass unsere Übersetzung meist ein bisschen früher da ist als die estnische und die 8-Wochenfrist ja erst zu laufen beginnt, wenn die letzte Übersetzung da ist. Aber es ist trotzdem kurz.

Und die Landtage werden sich zu entscheiden haben, in welcher Form sie Stellungnahmen, Anregungen, Wünsche, auch zu Materien, die wir vielleicht nicht in Verhandlung zu nehmen beabsichtigen, an uns richten wollen. Ich sage ganz ehrlich: Aus guten Gründen haben sowohl der Nationalrat wie der Bundesrat das Recht, solche Stellungnahmen gegenüber Brüssel abzugeben, an die jeweils zuständigen Ausschüsse delegiert. Müssten wir jeweils eine Plenarsitzung abwarten, dann wären wir immer zu spät gekommen. Ich bitte die Landtage, diese Frage zu überprüfen! Es werden dann, ich weiß nicht, ob da Verfassungsänderungen inkludiert sind, aber jedenfalls Geschäftsordnungsänderungen. Klar ist, nur dann können wir noch rechtzeitig eine Anregung, eine Stellungnahme aus den Bundesländern oder aus mehreren, aus einem Bundesland, überhaupt in Verhandlung nehmen ohne selbst säumig zu werden, wenn sie rechtzeitig da ist. Und bei der Sitzungsfrequenz der Landtage scheidet aus meinen Augen eine Beschlussfassung im Plenum weitestgehend aus. Das nur als Denkanregung. Im Detail werden wir uns darüber unterhalten müssen.

Ich habe schon deutlich gemacht, wir werden natürlich rechtzeitig darüber informieren, was wir in

Verhandlung nehmen. Aber es ist völlig klar, dass aus dem großen Spektrum der EU-Gesetzgebung auch andere Materien Interesse finden können. Und die Landtage sind herzlich eingeladen, zu sagen, da täten wir aber auch gerne was dazu sagen. Und das gilt insbesondere für jenen Bereich, der sich außerhalb der Subsidiaritätskontrolle bewegt, nämlich bei dem politischen Dialog, der hier inkludiert ist.

Weit über die Themen der Subsidiarität hinaus haben wir auch die Möglichkeit, Meinungen zu konkreten Vorlagen der Kommission zu äußern. Da gibt's keine Bindungswirkung, es gibt keine Karten, weder gelbe noch orange, aber es ist eine Meinungsäußerung. Und es ist dazu Stellung zu nehmen und vielleicht auch darüber nachzudenken, ob das nicht richtig ist.

Ich kann mich erinnern, es hat eine COSAC gegeben, bei der die damalige Vizepräsidentin der Kommission, Wallström, gesagt hat, noch im Probeverfahren: Das Faszinierende an dieser Subsidiaritätskontrolle ist vor allem eines: Wie meine Beamten lernen müssen mit Widerspruch umzugehen und gescheiterte Antworten zu schreiben. Ich hoffe, sie lernen es langsam wirklich. Ich kann anerkennen, sie haben es inzwischen einigermaßen gelernt.

Lassen Sie mich auch im Hinblick auf die Zeit mich selbst da ein bisschen am Riemen fassen und sehr kurz bleiben. Ich glaube, dass wir zu einer guten Partnerschaft finden werden. Dass wir gemeinsam das Vehikel so entwickeln können, dass die Landtage wirklich das berechtigte Gefühl haben, mitreden zu können. Und wir das berechtigte Gefühl haben, dass wir nicht in Zeitverzug geraten, weil das alles so lang dauert. Das ist auch deshalb wichtig, weil wir für etwas, was wir bisher nicht getan haben, auch Zeit brauchen.

Ich habe schon davon gesprochen, dass es verhängnisvoll wäre, wenn neue Rechte nicht ausgenützt würden. Naja, es hat bisher keine gelbe und keine orange Karte gegeben, nicht einmal im so genannten Versuchsverfahren, wo wir uns in der COSAC ja ausgemacht haben, welche Vorlagen wir beraten. Es waren nie rechtzeitig genügend Stellungnahmen gleicher Art da. Und was wir jetzt brauchen, über Österreich hinaus natürlich, ist ein Netzwerk, ich würde sagen, von like-minded parliaments. Von Parlamentskammern, die in etwa auf derselben politischen Wellenlänge im Bereich Subsidiarität positioniert sind. Wir müssen uns

rechtzeitig verabreden, ich sage das so ganz konspirativ um überhaupt dieses Recht mit Leben zu erfüllen. Daran werden wir in den nächsten Jahren ganz zentral zu arbeiten haben um auch ernsthaft einmal zu einer Rüge zu kommen.

Wir sollten auch sehr bald die Frage der Klage ernsthaft überlegen. Nicht weil so viel Fürchterliches passiert ist, vielmehr weil es auch hier darum geht, zu testen. Nämlich auszutesten, wie der Europäische Gerichtshof, dessen Integrationshaltung eine sehr ausgeprägte ist, dann reagiert wenn er mit einer solchen Klage konfrontiert wird. Das wissen wir nicht, ob wir einen neuen Denkansatz auch im EuGH finden. Aber wir sollten es möglichst bald zu erfahren suchen.

In diesem Sinne auf gute Zusammenarbeit! Und noch eine letzte Bemerkung: Was es institutionell nicht gibt, außer durch die Mitgliedschaft des Europäischen Parlaments in der COSAC, ist eine Kooperation mit dem Europäischen Parlament. Auch die ist zu schaffen, auch die ist zu stärken. Nicht nur, aber vor allem mit den österreichischen Mitgliedern des Europäischen Parlaments, sondern weit darüber hinaus.

Ich wehre mich dagegen und ich habe das bei der letzten COSAC sehr nachdrücklich getan, eine Rivalität zwischen den parlamentarischen Ebenen Europas aufzubauen. Ich glaube, wir kommen mit den Landtagen recht gut aus. Ich glaube, die nationalen Parlamente sollten es lernen, mit dem Europäischen Parlament auszukommen. Nicht gegeneinander, sondern miteinander werden wir die Mitbestimmung und die Demokratie stärken! (*Beifall im Hohen Hause.*)

Martin Preinerder, Präsident des Bundesrates: Danke Herr Prof. Konecny! Danke auch für den Aufruf, dass sich die Parlamente stärker vernetzen müssen. Dass es hier keine Rivalitäten der Ebenen geben kann. Du hast den Vergleich von Steuer männern und Maschinisten gebracht. Und ich glaube, bei der Umsetzung der Lissabon-Strategien war der Bundesrat jener Maschinist, der bisschen Dampf produziert hat.

Wir kommen damit zum nächsten Referenten, dem Vorsitzenden des EU-Ausschusses im Bundesrat, unserem Geburtstagskind. Ich darf dir zu dem heutigen Geburtstag alles Gute wünschen und darf dich um deine Geburtstagsrede bitten. (*Beifall im Hohen Hause.*)

Georg Keuschnigg, Vorsitzender des EU-Ausschusses des Bundesrates: Sehr geehrter Herr Präsident! Besten Dank für die freundlichen Wünsche. Geschätzter Herr gastgebender Präsident! Liebe Landtagspräsidenten! Sehr geehrte Damen und Herren!

Maschinen Teil 2 ist angesagt. Ich darf in meinem Statement heute versuchen, in acht Punkten die Praxis der Arbeit des Europa-Ausschusses des Bundesrates transparent zu machen um daraus einige Rückschlüsse und Bewertungen für die künftige Arbeit abzuleiten.

Unabhängig davon, wie sehr wir die Politik der Europäischen Union beeinflussen wollen und können, trägt diese Arbeit in den Europa-Ausschüssen wesentlich dazu bei, Europapolitik zur österreichischen Innenpolitik zu machen und damit einen Beitrag dazu zu leisten, die Akzeptanz zu steigern und für die notwendige Nähe und Betroffenheit zu sorgen.

Erster Punkt. Der Vertrag von Lissabon etabliert die Mitwirkung der nationalen Parlamente an der Politik der Union und ist zweifellos ein großer Fortschritt. Es gibt also erstmals, ist schon wiederholt ausgeführt worden, ein offizielles Mittel, Anregungen, Kritik und auch Protest einzubringen, immer unter dem Vorbehalt der Subsidiaritätsprüfung. Und als letztes und härtestes Mittel, gegen bereits erlassene Gesetzesaktionen der Union zu klagen. Das ist also vorab einmal ein Grund zur Freude.

Zweitens: Die vom Bundesrat eingebrachte Lissabon-Begleitnovelle räumt dem Bundesrat die gleichen Rechte ein wie dem Nationalrat. Damit kann der Bundesrat seiner Aufgabe als Länderkammer auch dann entsprechen, wenn die Position der Länder eine andere ist als die des Nationalrates. Bei aller berechtigten und unberechtigten Kritik am Bundesrat: In der Europapolitik kann er seine Berechtigung und Funktion voll und ganz erfüllen.

Drittens: Wir haben im Europa-Ausschuss die volle Breite der politischen Materie abzuhandeln. Wir hatten auf der Tagesordnung die internationale Organtransplantaterversorgung genauso wie Asbestschutz am Arbeitsplatz, wie Regelungen internationaler Erbrechtsangelegenheiten, den Schutz der Kinder vor sexuellem Missbrauch oder vor 10 Tagen den Anlegerschutz, um nur einige Beispiele zu nennen, wie breit das politische Feld in diesem Ausschuss ist.

Diese inhaltliche Breite abzudecken ist nur durch einen gut abgestimmten Prozess des politischen und sachlichen Inputs aller betroffenen Stel-

len möglich. Damit Sie sich ein Bild von der Quantität der Arbeit machen können. Von Kommission und Rat werden im Jahr zirka 1.500 Dokumente übermittelt, bei denen das Subsidiaritätsprüfungsverfahren zur Anwendung kommen könnte. Ich sage „könnte“, weil das in jedem einzelnen Fall zu prüfen ist. Wobei zirka 90 bis 100 Stück im Jahr übrig bleiben, bei denen aus österreichischer Sicht eine Subsidiaritätsrelevanz feststeht und eine nähere Prüfungsempfehlung auf parlamentarischem Wege empfohlen wird.

Viertens: Die Zusammenarbeit zwischen den Bundesministerien, den Bundesländern, den Sozialpartnern und dem Städte- und Gemeindebund funktioniert reibungslos. Wer will, kann sich in den Prozess einbringen. Für den Bundesrat möchte ich auch sagen, und das ist auch eine Erfahrung, die wir in der COSAC teilen, dass parteipolitische Scharmützel im Ausschuss faktisch nicht stattfinden. Die Österreich-Position hat durch die Bank Vorrang!

Fünftens: Die Erstellung der Tagesordnung, und jetzt wird es im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit den Landtagen kritisch, hängt von den Vorlagen und vom Fristenlauf der Europäischen Union ab. Das heißt in der Praxis, dass wir ein sehr enges Terminkorsett haben, das es den Bundesländern in dieser Phase dann sehr schwer macht bzw. teilweise fast unmöglich macht, zeitgerecht Stellungnahmen durch den Landtag oder die für Europaangelegenheiten zuständigen Ausschüsse zu verabschieden.

Sechstens: Die zuständigen Juristen bei den Ämtern der Landesregierungen haben einen Weg entwickelt, wie sie auf der Basis der Vorschau dokumente der Europäischen Präsidentschaften jene Materien, die aus der Sicht der Bundesländer zu bearbeiten sind, identifizieren, herausarbeiten. Die Bearbeitung wird je nach Interessenslage untereinander aufgeteilt. Das heißt, die Landesregierung, zumindest auf Mitarbeiterbene, ist in diesem Prozess, glaube ich beurteilen zu können, sehr gut aufgestellt. Das heißt also, dass die Landesregierungen sehr frühzeitig informiert sind. Ob hier der Schlüssel dazu liegt, die Landtage als politische Entscheidungsträger stärker ins Spiel zu bringen, wäre einer genaueren Analyse Wert.

Siebtens: Viele Dokumente, die wir im Europa-Ausschuss behandeln, haben kaum regionale Aspekte. Die Reihe der eingangs erwähnten Beispiele ließe sich fortsetzen. Trotzdem soll und muss die Schnittstelle zwischen dem Europa-Ausschuss des Bundesrates und den Landtagen so ausgebildet sein, dass dann, wenn sich ein Landtag äußern

möchte, das auch fristgerecht möglich ist. Und da haben wir mit Sicherheit gewisse Entwicklungsprozesse zu bringen. Damit sind wir wieder bei der Frage, wie frühzeitig die Information und die politische Sensibilisierung der Landtage erfolgen kann.

Achter und letzter Punkt: Die COSAC in Richtung Vernetzung auf Europäischer Ebene. Die COSAC, die Konferenz der Europa-Ausschussvorsitzenden aller 39 nationalen Kammern (es verfügen von den 27 Mitgliedsländern nur 12 über ein Zweikammernsystem, hier sind wir in Österreich privilegiert), die COSAC also ist ein überaus wertvolles Instrument des Kennenlernens des politischen Personals. Und auch des Kennenlernens, Prof. Konecny hat schon darauf verwiesen, der Positionen der jeweiligen Mitgliedsländer.

Was die COSAC aber nicht kann und auch nicht soll, ist eine Vorberatung des Subsidiaritätsgehaltes der jeweils aktuellen Vorlagen. Das bleibt den nationalen Parlamenten vorbehalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Umsetzung des Vertrages von Lissabon ist also, wie man sieht, noch sehr vieles in Bewegung. In der Europäischen Union, wie ich glaube, in der innerösterreichischen Abstimmung mit den Landtagen und auch bei uns auf Bundesebene selbst.

Fürs Erste aber glaube ich, dass wir mit der monatlichen Behandlung von drei bis vier der für uns interessantesten Materien im Bundesrats-Europa-Ausschuss einen guten Weg gefunden haben, die Chance auf aktive Mitwirkung und Mitbestimmung an der Europapolitik wahrzunehmen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! *(Beifall im Hohen Hause.)*

Martin Preinerder, Präsident des Bundesrates: Danke dir, Georg Keuschnigg, für die Sicht aus der Position des Bundesrates. Jetzt können wir natürlich auch alle anderen Ebenen beleuchten. Und ich darf Herrn Mag. Richard Kühnel von der EU-Kommission bitten, seine Sicht der Umsetzung zu präsentieren.

Mag. Richard Kühnel, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten!

Erstens einmal herzlichen Dank für die Gelegenheit, mit Ihnen hier heute zu diskutieren. Ich glaube, Zeit, Raum und Format, diese Diskussion wurde sehr gut gewählt, auch was den Ort betrifft, St. Pölten, wurde bereits angesprochen, die Konfe-

renz 2006, die nicht nur für Österreich sehr wichtig war. Das war wirklich auf europäischer Ebene eine durchaus sehr wichtige Initiative damals. Infolge dessen wurde ja das Barroso-Verfahren begründet. Präsident Barroso hat damals beschlossen, nach dieser Konferenz, dass eben dieser politische Dialog mit den nationalen Parlamenten begonnen wird noch bevor der Vertrag in Kraft getreten ist. Also das hat hier seinen Ursprung genommen.

Nicht weit von hier Göttweig, wurde bereits angesprochen, eine Keimzelle europäischen Denkens. Nicht zuletzt dieses Jahr auch die Diskussion zum Donauraum, zur Donaustrategie, sehr, sehr wichtig. Und wir müssen uns vielleicht bei der Gelegenheit auch vergegenwärtigen, dass wir hier heute drei Persönlichkeiten sitzen hatten, die für diese europäische Großinitiative, nämlich Donauraum-Strategie ganz entscheidende Impuls- und Inhaltegeber sind. Der niederösterreichische Landeshauptmann sozusagen mit dem regionalen Impuls, der österreichische Außenminister und der aus Österreich stammende Kommissar. Hier hatten wir drei Personen fast Stuhl an Stuhl sitzen, die für diese europäische Großinitiative ganz entscheidend ausschlaggebend waren.

Die Donau, lassen Sie mich das nur sagen, ist ja aus meiner Sicht der Fluss des neuen Europa. So wie der Rhein der Fluss der Gründerstaaten ist, ist die Donau der Fluss des neuen Europa. Daher ist der Ort sehr gut gewählt. Ich glaube, der Zeitpunkt ist auch gut gewählt. Der Lissabon-Vertrag wird in zwei Wochen ein Jahr alt sein. Ich habe ihn mitgenommen um zu beweisen, dass er eigentlich sehr klein, kompakt und durchaus lesbar ist. Viele haben irgendwie beim Lissabon-Vertrag immer die Idee, das ist ein unlesbarer Wust. Ich geb schon zu, er verdient vielleicht nicht den Literatur-Nobelpreis und als Nachtlektüre ist er auch nur für besonders bekennende Juristen geeignet. Aber er ist durchaus lesbar und auch überschaubar!

Er ist ein Jahr alt. Und ein Jahr ist ein guter Zeitraum, um ein bisschen Bilanz zu ziehen und zumindest jetzt einen Halbtage, wie wir es hier eben heute machen, innezuhalten und zu schauen, was ist bis jetzt auf den Weg gebracht worden, was müssen wir noch anpassen und verändern? Sowohl als jetzt im innerstaatlichen Bereich als auch auf europäischer Ebene.

Und drittens ist das Format, glaube ich, sehr gut gewählt, weil hier die unterschiedlichen Ebenen sehr gut vertreten sind. Die europäische Ebene, die nationale, die regionale mit den Ländern, aber auch die Gemeinde und kommunale Ebene. Ich glaube, sie alle sind hier in diesem Bereich Brückenbauer.

Und hier ein Format zu haben, gemeinsam das zu diskutieren, ist, glaube ich, sehr wichtig.

Wobei, wenn Sie gesagt haben, dass der Bundesrat hier Dampf gemacht hat, glaube ich, darf man „Dampf“ nicht verstehen als heiße Luft, sondern als Antriebsmittel. Und das ist, glaube ich, ein wichtiges Signal auch für diese Konferenz, auch Dampf zu machen um die weitere Umsetzung der notwendigen Schritte voranzutreiben.

Ich werde ich meinen Ausführungen auf vier Punkte eingehen. Erstens generell über das Verhältnis zwischen den einzelnen europäischen Ebenen zueinander, ein paar grundsätzliche Überlegungen anstellen. Zweitens, was sagt der Vertrag von Lissabon dazu? Drittens, welche Grundprinzipien für dieses Verhältnis zwischen den Ebenen können wir daraus ableiten? Und viertens, was heißt das für Österreich?

Ich beginne mit meinem ersten Punkt. Die Europäische Union ist ein, wie wir Juristen es halt etikettieren, ein supranationales Gebilde. Was heißt das? Die Union ist kein Protostaat. Sie ist aber auch nicht eine internationale Organisation. Sie ist sui generis, wie wir das nennen, sie ist etwas vollkommen Einmaliges. Sowohl historisch als auch in der Welt. Es ist eine Rechts- und Wertegemeinschaft. Wobei das Interessante daran ist, dass die staatliche Souveränität, die hier durch Übertragung auf die europäische Ebene kommt, ja nicht verloren geht, sondern durch die Bündelung auf europäischer Ebene stärker wird und die kollektive Souveränität auf der europäischen Ebene einen Mehrwert darstellt gegenüber der nationalen Souveränität, die hier einfließt. Also hier schafft die Integration einen Mehrwert, wo die gemeinsame Position mehr ist als die Summe der Einzelteile.

Ich glaube, das Wesen dieses supranationalen Charakters ist eben die Verflechtung zwischen den einzelnen Ebenen. Und der Lissabon-Vertrag hat interessanterweise nicht nur die europäische Ebene gestärkt, sondern eben auch die nationalstaatliche. Die europäische Ebene, Sie wissen, wir haben den institutionellen Bereich, wir haben den europäischen Rat, wir haben das europäische Parlament gestärkt, wir haben einen europäischen auswärtigen Dienst im Aufbau. Wir haben politisch neue Kompetenzen geschaffen auf europäischer Ebene. Und wir haben das qualifizierte Mehrheitsverfahren ausgebaut. Also das ist eine Stärkung natürlich der europäischen Ebene.

Gleichzeitig wurde aber die nationale Ebene in Europa gestärkt durch die starke Rolle jetzt für nationale Parlamente, durch das gestärkte Subsidi-

aritätsverfahren das da ist. Auch durch die Möglichkeit, zum ersten Mal explizit, dass Kompetenzen auch rückübernommen werden können auf der nationalen Ebene und daher von der europäischen Ebene wieder abgehen können.

Ich glaube, das ist wichtig zu sehen, dass hier beide Ebenen durch den Lissabon-Vertrag gestärkt werden. Und das zeigt eben die starke Verflechtung in diesem supranationalen Gebilde. Und damit wurde die Union, wie der Lissabon-Vertrag auch sagt, auf eine neue Stufe gehoben. Die Union ist also eine Werte-, Rechts- und Solidargemeinschaft, die einerseits natürlich in ihrem Herzen den Binnenmarkt hat - ich glaube, man darf nicht übersehen, sie wurde als wirtschaftliches Projekt konzipiert und begonnen – die aber immer stärker die Dimension auch einer Union im Bereich Recht, Freiheit und Sicherheit vor allem mit dem Bürger im Mittelpunkt erhalten hat.

Und es geht aus meiner Sicht nicht nur daher so sehr um das wer, wo und was geregelt wird, sondern ich glaube, hier ist die Reihenfolge wichtig. Man muss sich in der Europäischen Union zuerst überlegen, was wollen wir erreichen? Zweitens müssen wir überlegen, wie wollen wir es und wie können wir es am Besten erreichen? Und erst in dritter Konsequenz muss man sich die Frage stellen, wer ist am Besten dafür geeignet?

Und hierbei geht es nicht darum, Pfründe zu verteidigen oder Macht an sich zu ziehen, sondern es geht um eine Frage der objektiven Besteignung für konkrete Politik! Und wenn ich jetzt denke an unsere großen gemeinsamen Ziele – Kommissar Hahn hat darauf hingewiesen -, die 2020-Ziele, die wir gemeinsam formuliert haben, geht es im Grunde um relativ klare Vorgaben, die wir uns hier gemeinsam in Europa gesetzt haben. Wir wollen ein sozial integrativeres Europa! Der Herr Bundeskanzler hat hingewiesen auf das Ziel der Armutsbekämpfung. Weniger armutsgefährdete Menschen in Europa, höhere Jobquote, also mehr Menschen in Beschäftigung. Es geht zweitens um ein intelligenteres und auf Wissen basierendes Europa. Hier wollen wir die Bildungsbereiche stärken, mehr Menschen mit Bildungsabschlüssen, weniger Schulabbrecher, und vor allem die Forschungsquote nach oben treiben. Und drittens eben um ein nachhaltiges Europa, sprich, diese Klima- und Umweltziele gemeinsam zu verwirklichen. Das sind die Ziele, die wir uns gemeinsam gesetzt haben und die wir daher auch gemeinsam erreichen wollen.

Und wenn ich jetzt diese Frage vorher zuerst gestellt habe, was wollen wir erreichen? Das ist das, was wir gemeinsam erreichen wollen. Wie, da

muss man jetzt diskutieren über die einzelnen politischen Instrumente, die uns insgesamt zur Verfügung stehen. Und wenn wir zum Beispiel das europäische Budget dieser Tage diskutieren, glaube ich, ist es wichtig, das europäische Budget in einer Gesamtschau auch mit den nationalen Haushalten zu sehen. Wie können wir die Ziele, die wir gemeinsam erreichen wollen, mit den unterschiedlichen Instrumenten - nationale Budgets, aber auch europäisches Budget -, besser erreichen? Und hier gilt daher auch, dass diese 2020-Ziele auch mit dem österreichischen Budget zu erreichen sind. Und das sind natürlich auch gewisse inhaltliche Vorgaben, wonach auch die nationale Budgethoheit sich richten sollte.

Anderes Beispiel: Regulierung, weil das angesprochen worden ist auch im ersten Teil heute. Wir sind nicht bestrebt überzuregulieren. Auch wir haben eine Agenda der Durchforstung, wie es der Herr Bundeskanzler auch angesprochen hat, für den nationalen Bereich. Wir haben eine so genannte Better Regulation Agenda - der ehemalige bayerische Ministerpräsident Stoiber ist hier tätig - um zu durchforsten, welche Vorschriften müssen überhaupt alle auf europäischer Ebene geregelt werden und können wir hier nicht auch eine gewisse Ausmischung betreiben? Und das findet statt!

In vielen Fällen, glaube ich aber, ist die europäische Ebene eine logische. Und wenn ich jetzt denke an die Finanzmarktaufsicht, weil auch das angesprochen worden ist, ist das sicherlich ein Erfolgskapitel, wo die Europäische Kommission vor kurzem, glaube ich, sehr starke Vorschläge gemacht hat, die mit Hilfe auch des Europäischen Parlaments hier durchgesetzt worden sind. Wo man sieht, das kann eigentlich nur auf europäischer Ebene sinnvoll geregelt werden.

Damit zum Schluss sozusagen dieses Teils über dieses Verhältnis zwischen der europäischen und der nationalen Ebene: Der Leitspruch der Europäischen Union ist nicht umsonst Einheit in Vielfalt. Nicht Einfalt in Vielheit, sondern Einheit in Vielfalt heißt, wir wollen und wir respektieren und wir wünschen auch ein vielfältiges Europa! Eingedenks einer unterschiedlichen politischen verfassungsrechtlichen Traditionen, seiner Kulturen, und das ist ein wesentlicher Wesenszug, aber vor allem auch eine Stärke Europas. Wir wollen nicht den europäischen Einheitsbrei. Wir wollen ein Europa, das in Vielfalt zusammensteht.

Ich komme zu meinem zweiten Punkt, dem Lissabon-Vertrag. Betont selbst mehrfach die Bedeutung dieser unterschiedlichen Ebenen innerhalb der Europäischen Union und insbesondere der

Bürgernähe. Präambel und Artikel 1 sprechen von einer immer engeren Union der Völker Europas, in der Entscheidungen möglichst offen und bürgernah getroffen werden.

Artikel 4 des EU-Vertrages sagt, die Union achtet die Gleichheit der Mitgliedstaaten und ihre jeweilige nationale Identität, die in ihren politischen und verfassungsmäßigen Strukturen zum Ausdruck kommt, einschließlich der regionalen und lokalen Selbstverwaltung. Artikel 10 und Artikel 11 des EU-Vertrages sagen, alle Bürger haben das Recht, am demokratischen Leben der Union teilzunehmen. Die Entscheidungen werden so offen und bürgernah wie möglich getroffen. Weiters heißt es, die Organe der EU pflegen einen offenen und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft.

Ein eigener Artikel 12 des EU-Vertrages regelt die konkreten Mitwirkungsrechte nationaler Parlamente. Es gibt ein eigenes Protokoll Nummer 1 über die Rolle der nationalen Parlamente, ein Protokoll Nummer 2 über die Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit.

Und mein letztes Zitat aus der Präambel der Grundrechte-Charta, die, wie Sie wissen, zwar nicht Teil jetzt des Lissabon-Vertrages unmittelbar ist, aber die primärrechtlich gleich gestellt ist mit dem Lissabon-Vertrag. Und hier heißt es: Die Union verwirklicht ihre gemeinsamen Werte unter Achtung der nationalen Identität der Mitgliedstaaten und der Organisation ihrer staatlichen Gewalt auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene.

Damit komme ich zu meinem dritten Punkt. Was heißt das? Was für Kernprinzipien kann man daraus für das Verhältnis zwischen der europäischen und der mitgliedstaatlichen Ebene ableiten? Zum Einen, und das beinhaltet der Lissabon-Vertrag auch zum ersten Mal in dieser Klarheit, gibt es klare Kompetenzabgrenzungen nach unterschiedlichen Aufgabenbereichen. Hier gibt es grundsätzlich das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung. Das heißt, nur in jenen Bereichen darf die Europäische Union überhaupt tätig werden, wo ihr konkret Kompetenzen übertragen worden sind. Es gibt auch - wie ich schon gesagt habe - zum ersten Mal die Möglichkeit der Rückübernahme von Kompetenzen auf die mitgliedstaatliche Ebene. Dies zeigt ganz klar, die Mitgliedstaaten sind und bleiben die Herren der Verträge.

Zweites Prinzip, Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit. Diese Prinzipien werden jetzt durch eigene Verfahren, auf die bereits eingegangen worden ist, sicher gestellt. Wobei es hier bitte

schön nicht um Verhinderungsverfahren geht: Die Subsidiarität darf nicht missverstanden werden als eine Möglichkeit, europäische Gesetzgebung zu verhindern durch genügend gelbe oder orange Karten. Es ist eine Mitgestaltungsmöglichkeit im positiven Sinn. Und der politische Dialog, der parallel zum geregelten Subsidiaritätskontrollrügeverfahren besteht, auf das Prof. Konecny hingewiesen hat, der ist, glaube ich, hier auch ein Herzstück für dieses Verhältnis zwischen den beiden Ebenen.

Drittes Prinzip Partizipation. Partizipation heißt Teilhabe und Mitsprache für nationale, regionale und lokale Akteure, politische Akteure, vor allem aber auch für die Bürger. Hier ist aus unserer Sicht ganz klar, dass diese Partizipation, diese Teilhabe, auf Augenhöhe funktioniert. Präsident Schausberger hat den Ausschuss der Regionen als ein konkretes Instrument angesprochen, aber auch die anderen Möglichkeiten des Dialoges werden von uns hier sehr aufmerksam wahrgenommen. Und ich habe mich auch gefreut, Herr Professor, über das Lob, das Sie meinen Kollegen gespendet haben.

Wir haben mittlerweile, glaube ich, tatsächlich gelernt, nicht nur die Meinungen der nationalen, regionalen Körperschaften zu hören, sondern auch zu akzeptieren, zu übernehmen. Und ich glaube, immer wieder fühlen wir uns auch bereichert, weil es klar ist, wir machen das ja auch im eigenen Interesse. Wir machen das nicht nur, um die Teilhabe zu ermöglichen, sondern wir haben ja auch nicht alle Weisheit gepachtet und können durchaus auch immer wieder sehr viel lernen durch konkrete Erfahrungen, die oft in den einzelnen Mitgliedstaaten vorhanden sind.

Ein viertes Prinzip, und das ist die Kehrseite der Partizipation, heißt Mitverantwortung. Es gibt daher auch eine Mitverantwortung, meine Damen und Herren! Sowohl der nationalen Parlamente als auch Landtage und der kommunalen Ebenen, sowohl was die Umsetzung europäischer Politik betrifft, als auch was ihre Kommunikation betrifft.

Wenn es eine gemeinsame politische Beschlussfassung gibt, dann heißt das auch, dass man zu diesen Beschlüssen gemeinsam stehen muss. Daher ist es sehr wichtig, was dann die Umsetzung betrifft, diese europäischen Ziele herunterzubrechen auf nationale und regionale Ziele. Was auch vom Kommissar angesprochen wurde: Diese 2020-Ziele gelten zwar grundsätzlich für die Europäische Union, können aber nur dann wirklich Sinn machen, wenn in den einzelnen Staaten und vielleicht auch dann in den einzelnen Regionen sie unterschiedlich ausschauen.

Forschungsziel von 3 Prozent auf europäischer Ebene ist für manche Mitgliedstaaten kinderleicht, weil die schon bei 4 Prozent sind. Wenn ich an Finnland denke. Für andere Staaten ein fast unerreichbares Ziel. Daher können wir nicht, wie wir es früher gemacht haben, für alle die gleichen Ziele festlegen, sondern müssen herunterbrechen.

Fünftes Prinzip, die Verwaltungszusammenarbeit. Verwaltungszusammenarbeit dient dazu, um diese gemeinsamen Ziele gemeinsam auch zu erreichen mit einer gegenseitigen Loyalitätspflichtung, die auch im Lissabon-Vertrag festgelegt ist.

Und das sechste Prinzip ist, dass es jetzt vor allem darum geht, die Gewährung der Rechte aus der Unionsbürgerschaft sicherzustellen. Alle unsere Ebenen die europäische, nationale, regionale, lokale haben hier eine Rolle zu spielen wenn es darum geht, den Unionsbürgern ihre Rechte, die sie haben als Unionsbürger, Freizügigkeit, Wahlrecht auch auf kommunaler Ebene, sicherzustellen.

Ich komme zu meinem vierten und letzten Punkt. Was heißt das für Österreich? Ich glaube, hier ist sehr wichtig, und das wurde von einigen angesprochen, wenn man sich hier einbringen möchte in dieses Beziehungsgeflecht, ist die interne Koordination enorm wichtig und kann gar nicht genug hervorgehoben werden. Es geht um die Erarbeitung österreichischer Positionen in einem breit angelegten Prozess. Aber nicht nur um Einbringen von Positionen, sondern auch um Kontrolle und Überwachung von zum Beispiel EU-Projekten in Österreich. Hier haben wir oft das Problem, und das war jetzt auch in den letzten Tagen wieder medial, wir können natürlich unmöglich – Kommissar Hahn hat gesagt, 2 Millionen Projekte europaweit, das kann nicht allein an der Kommission sein oder an unseren Kontrollmechanismen, hier zu überwachen, dass das alles gut vollzogen wird. Das ist auch eine Frage für die Mitgliedstaaten.

An gemeinsamen Verantwortungen möchte ich drei hervorheben: Zum Einen die, zur europäischen Politik gemeinsam konstruktiv beizutragen. Mit Verhinderungspolitik oder wenn man allein 100 Prozent seiner Position durchsetzen will, wird man oft alleine dastehen. Man muss Allianzen bilden. Ich glaube, der Bundeskanzler hat gesprochen vom österreichischen Weg. Die Kompromisskultur ist etwas, was auf europäischer Ebene funktioniert und nichts Schlechtes ist. Kompromiss ist nichts Negatives. Kompromiss ist eben eine gemeinsame Einigung auf eine Position. Und hier hat Österreich, glaube ich, sehr viel einzubringen, wenn man hier Allianzen mit anderen findet und konstruktive Vorschläge macht.

Zweitens geht es darum, Visibilität sicherzustellen, ein aktives Bekenntnis zur europäischen Rolle bei konkreten Projekten und Programmen. Ich denke hier an die Ausschilderung von EU-Projekten in den einzelnen Bundesländern, wo man durchaus den europäischen Mehrwert auch als politischen Erfolg, glaube ich, betonen kann. Wenn man eben, wie der Herr Landeshauptmann es gemacht hat, hervorstreicht, was hier alles durch die europäische Ebene ermöglicht worden ist.

Und dritter Punkt: Der Dialog mit der Bevölkerung! Der ist durch alle Ebenen zu führen. Und hier ist, glaube ich, besonders wichtig, auch die lokale, kommunale Ebene. Je näher man am Bürger dran ist, umso höher ist auch die Glaubwürdigkeit, respektive die Unverdächtigkeit. Wenn ein europäischer Kommissar oder ein Vertreter der Europäischen Union eine europäische Politik lobt, wird sich jeder denken, na nona, muss er ja machen. Wenn das aber ein Bürgermeister macht oder ein Gemeinderat, dann ist, glaube ich, hier die Glaubwürdigkeit wesentlich größer. Und man kann dann auch die Menschen emotional besser erreichen, wenn das auf dieser Ebene funktioniert.

Was machen wir als Kommissionsvertretung in diesem Zusammenhang? Der Landeshauptmann hat drei wichtige Punkte angesprochen. Es geht um eine Teilnahme am europäischen Projekt, dazu wollen wir beitragen. Es geht um die Akzeptanz und um das Verständnis. Eine unserer Funktionen ist, sowohl auch zuzuhören, was in Österreich in den einzelnen, auch Bundesländern, zur europäischen Frage diskutiert wird, das auch an die Kollegen in Brüssel zu berichten. Wir suchen die Kooperation mit der Bundesregierung. Wir haben eine Europa-Kommunikationspartnerschaft mit der Bundesregierung begründet, die wir finanzieren. Wo wir aber gemeinsam mit Bundeskanzleramt, Außenministerium, anderen Ministerien, den Kollegen vom Europäischen Parlament, hier gemeinsame konkrete Projekte durchführen.

Wir sind zweitens bereit zu einer möglichst regelmäßigen und offenen Aussprache mit Parlamenten. (*Präs. Ing. Penz: Wenn sie nicht zu lange dauern, sehr gerne!*) Sowohl in Wien, Nationalrat, Bundesrat, als auch in den Landtagen. Wir haben immer wieder auch Kommissare, die zum Beispiel erst gestern im Österreichischen Parlament waren.

Dritter Punkt: Dialog mit den Ländern und den Landtagen, wenn sie nicht zu lange dauern, Herr Präsident, ich greife das auf, und die Gemeinde-räteinitiative, die Außenminister Spindelegger angesprochen hat, die wir auch unterstützen.

Österreich ist Teil der EU und Europa ist Teil der österreichischen Realität.

Die EU, meine Damen und Herren - mein letzter Satz - ist nicht perfekt. Aber die enormen Fortschritte, die gemacht worden sind in den letzten Jahren sind auch keine Selbstverständlichkeit. Und ich glaube, wir dürfen durchaus auch stolz darauf sein. Danke schön! (*Beifall im Hohen Hause.*)

Martin Preinerder, Präsident des Bundesrates: Ich danke für die Ausführungen. Ich darf nun den Vorsitzenden der Landtagespräsidentenkonferenz, Landtagspräsident Dr. Herwig van Staa, bitten.

Univ.Prof. Dr. Herwig van Staa, Präsident des Tiroler Landtages: Sehr geehrte Damen und Herren!

Die letzten beißen die Hunde. Ich bin nicht der Letzte. Doch als Altbürgermeister möchte ich nicht, dass die Nachredner, zwei Bürgermeister, die Hunde beißen.

Ich möchte Ihnen eines sagen: Lesen Sie die Grundlagen dieses handlichen Büchleins, nicht von mir geschrieben, Christian Ranacher und Fritz Staudigl. Es ist ein Buch, das in der 1. Auflage völlig vergriffen ist. Das heißt, die Nachfrage war sehr groß. In handlicher Form handelt es sich um eine Einführung in das EU-Recht. Fritz Staudigl ist der Koordinator auf Beamtenebene im Ausschuss der Regionen und koordiniert nicht nur die Stellungnahmen und die Meinungen der Bundesländer, sondern auch des Gemeinde- und des Städtebundes. Diese beiden Institutionen sind heute in der ganzen Diskussion zu kurz gekommen. (*Beifall im Hohen Hause.*) Denn im Ausschuss der Regionen sind sowohl die Gemeinden, Städte, Bund, die Kommunen vertreten.

Ich möchte eines dazu sagen: Die Bedeutung der Regionen, auch der Kommunen, brauchen wir nicht noch einmal anführen und unterstreichen. Ich setze sie als bekannt voraus und rechne damit, dass alle, die da sind, diese Position nachträglich unterstützen. Der Vertrag von Lissabon hat einen gewaltigen Fortschritt der Einflussnahme auch der regionalen Schwerpunkte und der kommunalen Gewichtungen gebracht. Zu verdanken ist das vielleicht einem Zufall, dass ein ursprünglicher Zentralist, nämlich der Präsident der Republik Frankreich, Giscard d'Estaing, Präsident des Rates der Gemeinden und Regionen wurde - eine Position, die derzeit noch Michael Häupl in den letzten Tagen seiner zweiten Periode ausübt -, plötzlich aus dieser regionalen Funktion heraus kommend Kon-

ventsvorsitzender wurde und dort aus seiner Funktion die regionalen und kommunalen Aspekte eingebracht hat. Wir haben dort nicht das erreicht was wir uns gewünscht haben, aber es ist nicht das eingetreten, was wir befürchtet hatten. Es hat einen großen Fortschritt gebracht.

Und ich freue mich auch über die heutige Stellungnahmen von Herrn Prof. Konecny, der eigentlich einen praktischen Hinweis darauf gegeben hat, wie wir das Subsidiaritätsprinzip in der konkreten Gestaltung umsetzen können. Als Maßstab für die Subsidiaritätsprüfung wird jetzt erstmalig auch die regionale Ebene ausdrücklich erwähnt. Mit der Einführung des Frühwarnsystems haben neben den nationalen auch regionale Parlamente die Gelegenheit, Stellung zu beziehen. Österreich ist hier tätig geworden. Es ist die Initiative dankenswerterweise vom Bundesrat, wie bereits festgestellt, ausgegangen und es wurde im Juli die Lissabon-Begleitnovelle beschlossen, mit der der Bundesrat in diesem Frühwarnsystem die gleichen Rechte wie der Nationalrat erhalten hat.

Die Stellungnahmen der Landtage sind allerdings vom Bundesrat zu erwägen und der Bundesrat hat die Landtage zu unterrichten. Eine sehr weiche Forderung vom Standpunkt der Landtage aus nicht wünschenswert, im Verhältnis zu dem, was wir eigentlich erreichen wollten. Auch nicht die Möglichkeit einer Subsidiaritätsklage des Minderheitenrechtes durch eine bestimmte Anzahl von Bundesratsvoten einzubringen, ist uns nicht gelungen. Insgesamt ist es allerdings ein großer Fortschritt gewesen und hat auch eine Aufwertung des Bundesrates mit sich gebracht. Allerdings, diese Besserstellung in der Aufwertung des Bundesrates wird dem Bundesrat nur in enger Kooperation mit den Landtagen gelingen und es muss uns in diesem Zusammenhang gelingen, und die Landtagspräsidentenkonferenz hat einen diesbezüglichen Wunsch ja geäußert, der dankenswerterweise von Herrn Präsidenten Preiner aufgenommen wurde. Und wir erhoffen in der nächsten Zeit bereits eine konkrete Umsetzung dieser Strategie im Sinne einer Arbeitsgruppe, die nicht verfassungsmäßig oder institutionell fixiert sein muss, aber trotzdem sehr aktiv sein kann. Es ist auch die Landeshauptleutenkonferenz bundesverfassungsmäßig nicht geregelt. Sollten wir allerdings als Landtage dort den gleichen Einfluss erreichen wie jene von mir vorher genannten, wäre ich schon mehr als zufrieden.

Wir haben also die Stärkung auch des AdR gehört von Schausberger. Auch im AdR ist eine Aufwertung eingetreten. Und das muss man ganz deutlich sagen, dieses Anhörungs- und Beratungs-

recht des AdR hat noch eine Zusatzkomponente. Denn der AdR hat eine Aktivlegitimation beim Verfahren vor dem Unionsgerichtshof, und zwar, eine Nichtigkeitsklage einzubringen gegen Gesetzgebungsakte wegen Verletzung seiner Anhörungsrechte. Das ist etwas ganz Wichtiges! Wenn wir nachweisen können, dass wir nicht gehört wurden, können wir einen Rechtsakt außer Kraft setzen. Und die Anregung von Herrn Prof. Konecny finde ich ausgezeichnet, einmal einen Testfall zum Laufen zu bringen um zu sehen, in welcher Weise die Europäische Union mit dieser Einrichtung umgeht.

Die anderen Formen der Zusammenarbeit sind besprochen worden. Die Zusammenarbeit der Regionen mit Gesetzgebungsbefugnis, die ja nur einen geringeren Stellenwert haben im AdR weil die anderen ja eine Mehrheit haben, aber gerade die Einrichtung vom REGLEG als Regierungschefkonferenz und CALRE als Parlamentskonferenz - ich selbst war ja letztes Jahr CALRE-Präsident, jetzt ist ja der niederösterreichische Präsident der österreichische Vertreter in CALRE -, dort geht es nicht nur um das Kennenlernen und um den Austausch von Standpunkten, sondern dort geht es auch darum, dass wir die Positionen der Regionen mit Gesetzgebungsbefugnis einbeziehen.

Ich werde mich aber sehr kurz fassen. So erfreulich die Situation ist, dass in diesen Bereichen etwas eingetreten ist, wenn man sich die Empfindung der Europäischen Union anschaut und überhaupt die Entwicklung des Stellenwertes von Regionen und Kommunen, sollen wir eines nicht außer Acht lassen, das auch für die Regionen und Kommunen unverzichtbarer Bestandteil in der regionalen Politik ist und im Lissabon-Vertrag transportiert wurde. Nämlich neben der Festlegung der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion als dritten Pfeiler die territoriale Kohäsion.

Gerade diese territoriale Kohäsion gibt uns große Möglichkeiten, wie auch die angestrebte Strategie in den Makroregionen wie die Donauregion. Wobei ich gleichzeitig als ein Vertreter einer Bergregion erklären muss, die Donauregion wird von uns bestens mit unterstützt, auch im Rahmen des AdR mit vertreten. Ich bin dort der österreichische Delegationsleiter. Aber wir müssen natürlich genauso darauf Bedacht nehmen, dass wir auch eine Alpenstrategie entwickeln.

Über die Charta der Bergregionen des Europarates hinaus, muss es uns gelingen, auch eine Alpenstrategie zu entwickeln. Und ich würde mir wünschen, dass jene Länder, die sowohl zur Donaauraum-Strategie dazu gehören, auch in der Alpenstrategie sich dann mit einbringen. Auch

wenn der Mehrwert als solcher, durch Beiträge der Europäischen Union mehr Geld zur Verfügung zu haben, wahrscheinlich für entwickelte Regionen eine trügerische Hoffnung ist. Aber bei der Verteilung der nationalen Mittel wollen wir natürlich auch nicht mehr leeren Händen vor unsere Wähler treten.

Zum Anderen möchte ich noch eines dazu sagen. Ich bin überzeugt, diese territoriale Kohäsion, insbesondere in der Ausgestaltung grenzüberschreitender Zusammenarbeit auch die Nutzung der Einrichtung des europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit, gibt uns gewaltige Mittel und Möglichkeiten in die Hand. Derzeit liegt ein Antrag auf Gründung eines europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit der Länder Tirol, Südtirol und des Trentino bereits in Rom. Und dort werden in der Versammlung in Hinkunft zwei Vertreter, neben dem Landeshauptmann ein weiterer Vertreter einer Regierung, in dieser Versammlung sein und von den Landtagen der Präsident und ein weiteres Mitglied des Landtages. Sodass wir hier eine Kooperation schaffen, die, glaube ich, hervorragend geeignet ist, die demokratische Legitimierung sowohl von Gesetzgebungsbefugnissen wie von Regierungstätigkeiten zu unterstreichen.

Ich glaube, dass auch die Anregung, und damit komm' ich zum Schluss, regionale Bedeutung der Strategie Europa 2020: Die Strategie Europa 2020 von der der Kommissar Hahn gesprochen hat, wird nur dann von Erfolg begleitet sein, wenn die Regionen hier mitmachen und wenn auch den Anregungen und Initiativen des niederösterreichischen Landeshauptmannes, eine Lösung zu finden in der Nachfolge der Ziel 2-Gebiete für die nächste Finanzierungsperiode, Rechnung getragen wird. Wie auf der anderen Seite auch den entwickelten und finanziell gut ausgestatteten Regionen die Chance zu geben, sich weiter zu entwickeln, damit dieser Motor der entwickelten Regionen in einem größeren Zusammenhang nicht verloren geht.

Den Hinweis von Herrn Konecny, den kann ich nur unterstreichen: Die Zeit ist zu kurz um in diesem Prozess rasch handeln zu können, wenn es nicht gelingt, unmittelbar die Ausschüsse zu veranlassen, dass sie anstelle der Plenarsitzungen handeln können. Wir haben gestern im Tiroler Obleuterat einen diesbezüglichen Beschluss gefasst, genau im Sinne auch Ihrer Anregung. Wir waren jetzt immer so, dass im Sommer der Präsident ermächtigt war, diesen Ausschuss einzuberufen und Beschlüsse anstelle des Landtages fassen zu lassen. Das war nur für die Sommermonate bisher vorgesehen. Wir haben gestern beschlossen, dass es insgesamt gelten soll. Ich kann Ihnen nur sagen, ein solches Modell funktioniert gut, geht

auch über alle Parteigrenzen und das Plenum ist mit dieser Vorgangsweise einverstanden!

Ich danke dem Präsidenten des Bundesrates, dem Präsidenten des Niederösterreichischen Landtages für die Initiative zu dieser Sitzung. Und habe mich gefreut, hier auch eingeladen worden zu sein. Danke! *(Beifall im Hohen Hause.)*

Martin Preineder, Präsident des Bundesrates: Danke Herr Präsident Van Staa, dass du in deiner bekannten Art die Tagesordnung gleich um die Alpen erweiterst. Ich glaube, es ist vor allem der Punkt, der Bundesrat hat zu erwägen, einer, der in unserer Diskussion geführt wird. Aber ich glaube, wenn man weiß, wie der Bundesrat gebildet wird, nämlich von den Landtagen, dann weiß man auch, dass der Bundesrat sehr wohl erwägen wird, wenn Landtage das wünschen.

Vom Altbürgermeister zu den aktiven Bürgermeistern. Ich darf Herrn Bürgermeister von St. Pölten, Mag. Matthias Stadler bitten um seine Ausführungen.

Bgm. Mag. Matthias Stadler, Österreichischer Städtebund: Sehr geehrte Präsidenten! Geschätzte Damen und Herren!

Ich denke, eine gewisse Symbolik hat es wirklich, dass die Maschinisten auf der letzten Ebene sozusagen, auf der unteren, oder wie mein Vorredner, Präsident Van Staa gesagt hat, die Letzten beißen die Hunde allzu oft. Diesen Eindruck haben wir in den Städten und Kommunen immer wieder, das muss ich sagen. Und ich denke schon, dass das auch ein Symbol ist. Doch ich werde den Bogen nicht überspannen, das haben wir nie. Die Städte und Kommunen haben es immer darauf angelegt, auf das Gemeinsame zu setzen in Europa, in der nationalen Situation.

Aber ich glaube doch, dass ein Kern jener Diskussion auch zum Ausdruck kommt, die der Herr Präsident am Anfang angezogen hat: Bürgernähe, die geschildert wurde, auch verankert als oberstes Prinzip, Bürgernähe. Wo ist der Hort der Bürgernähe tatsächlich? In den Städten und Kommunen! Wir sind die bürgernächsten Verwaltungseinheiten. Und ein Europa, das bürgernah sein will, das wird genau auf diese Städte und Gemeinden entsprechend Bedacht nehmen müssen.

Geschätzte Damen und Herren, wenn ich von Symbolik gesprochen habe, dann ist es schon eine Symbolik auch, dass man von drei Ebenen sehr viel spricht: Europa, die nationale Ebene, die Regionen. Die Städte, die Gemeinden gehören zu den Regionen.

Aus unserer Sicht und als Vertreter des Städtebundes, ich glaube da einer Meinung mit meinen Kollegen aus dem Gemeindebund zu sein, ist die vierte Ebene ganz klar gegeben als Städte und Gemeinden, die in dieses Gesamteuropa viel einbringen. Die nicht nur die Werbetrommel rühren mit EU-Gemeinderäten, sondern die ja die gesamte Gesetzgebung, die Richtlinien -, Wasserrahmenrichtlinie, Luftreinhaltungsrichtlinie, Abwasser-, Umweltthemen, alles könnte man hier aufzählen, zwei Drittel der Gesetze sind bestimmt durch EU-Gesetzgebung und -richtlinien -, die haben wir zu vollziehen. Das haben wir unseren Bürgerinnen und Bürgern auch beizubringen und zu vermitteln. Wir tun dies. Wir tun dies gern, weil wir von Europa überzeugt sind!

Aber, geschätzte Damen und Herren, es ist ein Zeichen, dass diese Interessen der Kommunen in Europa bis jetzt nicht im Primärrecht der Europäischen Union verankert waren. Und dass dieser Vertrag von Lissabon - und deshalb begrüßen wir ihn so sehr – erstmals die kommunale Selbstverwaltung, erstmals das Subsidiaritätsprinzip, erstmals Fragen wie Daseinsvorsorge für uns und unsere Bürgerinnen und Bürger ganz wichtig verankern. Daseinsvorsorge endlich auch im Primärrecht verankert!

Wobei ich eines sagen muss: Bei allem Verständnis für Binnenmarkt, für Konkurrenzförderung, und wir haben ja tagtäglich mit Vergaberecht, mit auch allen Fördersystemen zu tun, die von der EU ausgehen, möchten wir schon auch darauf hinweisen, dass wir natürlich danach trachten im Sinne unserer eigenen Wirtschaft und Bevölkerung, dieses Vergaberecht noch mehr für die eigene Region herunterzurechnen. Unserer Wirtschaft die Chance zu geben, hier gerade in krisenschwierigen Zeiten, das für unsere Unternehmen und für die Bevölkerung bestmöglich zu gestalten.

Hier liegt aus meiner Sicht noch ein weiterer Weg und ein deutlicher Weg vor uns. Auch, dass die Kommunen und ihre Interessen noch ernster genommen werden. Ich sage das nicht ohne Grund, denn es wurden die Themen angesprochen heute, wer macht wo was am Besten? Wir kommen oft drauf, wenn es dann ums Verteilen von Arbeit geht, die Kommunen machen es am Besten. Sozusagen die unterste Ebene als auch die, die es der Bevölkerung beibringen muss. Und wenn wir das tun und aus voller Überzeugung tun, dann wollen wir in Europa nicht nur gehört werden, dann wollen wir aktiv mitreden.

Geschätzte Damen und Herren! Ich möchte nicht übermäßig Kritik anbringen, aber aus Sicht der Städte und Gemeinden ist es schon so, dass wir jetzt einige Verankerungen im Vertrag von Lissabon bekommen haben. Längst überfällige, ganz wichtige! Aber wir müssen auch feststellen – und die Zeit erlaubt mir nicht mehr, da ins Detail zu gehen – was der Vertrag von Lissabon einräumt, Möglichkeiten gibt, Spielräume eröffnet: Beim Subsidiaritätsprinzip, bei der Daseinsvorsorge, aber auch bei den europäischen Bürgerinitiativen, und man könnte hier noch einiges aufzählen. Doch das ist im nationalen Recht leider aus unserer Sicht nicht vollständig vollzogen. Darauf pochen wir als Städte- und Gemeindebund ganz sicher, sind hier einig. Denn in diesen wesentlichen Fragen haben wir und werden auch in Zukunft an einem Strang ziehen.

Geschätzte Damen und Herren! Wenn die Städte und Gemeinden hier heute geladen sind, und ich möchte mich herzlich bedanken, hier zum Abschluss ein paar Ideen und Forderungen auch einbringen zu können, dann möchte ich schon auch unsere Sorge zum Ausdruck bringen - ganz deutlich - über den Artikel 23c Abs.4. Sie wissen - die Insider -, wovon ich spreche: Wenn es darum geht, dass in Zukunft die Mitglieder im Ausschuss der Regionen, im AdR, möglicherweise reduziert werden. Dass die drei Sitze der Interessensvertretungen der Kommunen, nämlich des Städtebundes und des Gemeindebundes, unter die Räder kommen.

Wir wollen nicht Statisten sein, ich sage das ganz bewusst. Wir wollen nicht darauf angewiesen sein, eingebunden zu werden. Wir wollen rechtzeitig informiert werden um auch Lobbying betreiben zu können. Denn sonst sind all die Dinge, wie man sich einbringen kann, wirklich die üblichen Sonntagsreden. Und dann wird es schwierig sein, Europa mit all den positiven Facetten - ich bin ein begeisterter Europäer und ein überzeugter Europäer - unseren Bürgerinnen und Bürgern näher zu bringen.

In diesem Sinne danke ich nochmals, dass wir auch ein paar kritische Anmerkungen machen konnten. Und wünsche mir wirklich, es wurde heute schon oft gesagt dieses Zitat, in Abwandlung: Ich bin der Überzeugung, geht es den Städten und Gemeinden gut, geht es Europa gut. Denn wenn es den Städten und Gemeinden gut geht, dann geht es uns allen gut und Europa damit auch. Danke! *(Beifall im Hohen Hause.)*

Martin Preineder, Präsident des Bundesrates: Danke, Herr Bürgermeister, für die durchaus kritischen und anregenden Worte. Nur so können wir uns und die Europäische Union weiter entwickeln! Ich darf nun den Vertreter des Gemeindebundes, Herrn Bürgermeister und Präsidenten des Gemeindebundes Niederösterreichs, Abgeordneten Mag. Riedl bitten.

LAbg. Bgm. Mag. Alfred Riedl, Erster Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes: Meine Herren Präsidenten! Vorweg ein herzliches Danke für die Einladung.

Ich könnte ja fast sagen, es ist schon alles gesagt, nur noch nicht von allen. Und daher darf auch ich mich kurz halten. Ich gehe heute mit einem sehr guten Gefühl weg, ich sage das auch in aller Offenheit: Weil zum Einen die Feststellung von Bundesminister Hahn, dass die Stärke in der Vielfalt liegt, mich bestärkt. Und zum Zweiten, das Bundesminister Spindelegger angesprochen hat, dass der Dialog in Europa in den Kommunen beginnt und dass wir hiezu einen sehr wichtigen Beitrag zu leisten haben.

Europa wird in den Herzen der Bevölkerung nur ankommen, wenn die lokalen Ebenen transformieren können, informieren können und begleiten können. Dazu bedarf es auch einer entsprechenden Integration auf allen Ebenen. Es wurde schon gesagt, wir sind sehr, sehr dankbar, was alles in dem Vertrag auch in unserem Sinne erledigt werden konnte. Die ausdrückliche Anerkennung der kommunalen Selbstverwaltungsrechte im europäischen Primärrecht. Die Einbeziehung in die Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitskontrolle. Die Folgeabschätzung der Beschlussfassung der EU-Gesetzgebung auf alle Gebietskörperschaften. Die Förderung des territorialen Zusammenhaltes. Alles Themen, die die österreichischen Gemeinde und die österreichischen Städte längst diskutierend begleitet haben.

Trotzdem darf ich mir erlauben, so wie mein Vorredner, zur Umsetzung auf nationaler Ebene eine kritische Anmerkung zu wiederholen und zu der Begleitung oder zur Umsetzung einzelner Bestimmungen des Lissabon-Vertrages auf der europäischen Ebene eine Bitte zu äußern. Bei der lokalen Verankerung in den Gremien wurde schon angesprochen die kritische Diskussion, wie jetzt das Recht gestaltet wurde. Ich sage, die Beschlussfassung im Nationalrat gerade in dieser Bestimmung war aus unserer Sicht weder nötig, zweitens wäre es auch einfach-gesetzlich möglich gewesen. Und drittens, und das ist unser Hauptkritikpunkt, ist sie rein zu Lasten der Kommunen beschlossen worden.

Ich darf das etwas verstärken und kritischer auswerten. Wir waren im Gemeinde- und Städtebund immer sehr engagiert. Wir haben beachtliche Netzwerke über die Grenzen in den Staaten bilden können und uns fachlich daher einbringen können. Jetzt bedeutet diese Beschlussfassung, auch das in aller Deutlichkeit, und es ist gerade in der letzten Sitzung im AdR mehr als deutlich zu erkennen gewesen, eine Reduktion unter Anführungszeichen ist wahrscheinlich. Eine Reduktion unter 9 wahrscheinlich nicht, aber auf 9 relativ wahrscheinlich. Das würde heißen, dass der Bund verfassungsrechtlich den Rauswurf der Kommunen aus dem AdR abgesegnet hat. Das in aller Deutlichkeit hier als kritische Anmerkung.

Und daher auch zu der Debatte Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden bei der Umsetzung. In dieser Frage hat es die ganz einfach nicht gegeben! Weil wir haben mit den regionalen Einheiten, mit dem Vorsitzenden der Landeshauptleutekonferenz beachtliche Einwendungen dagegen erhoben und um aus verschiedenen Bedenken schwierige verfassungsrechtliche Bestimmungen nicht nochmals zu diskutieren, wurden sie ganz einfach nicht aufgenommen.

Zum Zweiten die Bitte für die Umsetzung der Bestimmungen auf europäischer Ebene. Ich habe schon diese für uns so wesentlichen Bestimmungen erwähnt. Für den Gemeindebund ist jedoch die Achtung dieser Grundsätze auf der europäischen Ebene deswegen so wichtig, weil die Erfahrung ganz einfach zeigt, dass die EU-Kommission mit einigen der obgenannten Grundsätze ganz einfach Schwierigkeiten hat. Und nur so ist es zum Beispiel zu erklären, dass gegen Deutschland ein Vertragsverletzungsverfahren wegen der einheimischen Modelle angestrengt wird.

In aller Kürze: Bauplätze mit besonderen Begünstigungen auf Grund von Bindungen an Hauptwohnsitz, Hauptberuf und ähnlichem. Ich sage das auch ganz bewusst, weil die erste Stellungnahme Deutschlands an die Kommission von diesem Kommunalselbstverwaltungsrecht gesprochen hat, das der Kommission einfach zu wenig war. Die im Wesentlichen auf die Einhaltung der Grundfreiheiten gepocht haben. Das heißt, es gibt zwar bis jetzt noch keine klare, aber auch die zweite Stellungnahme wird ganz offen und ganz intensiv diskutiert. Daher ist gerade nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages, meine Damen und Herren, dieses Vorgehen auf das Schärfste zu kritisieren. Und der Gemeindebund hofft, dass Bund und Länder diese Ansicht teilen und dies im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch in entsprechenden europäischen Gremien deponieren. Die Anerkennung der

kommunalen Selbstverwaltung darf auch für die EU-Institutionen kein Lippenbekenntnis bleiben sondern muss im politischen Alltag sich wieder niederschlagen. Dazu brauchen die Gemeinden aber die Partner in Europa. Das sind für uns im Bund der Rat und das sind unsere Abgeordneten im Parlament.

Die Zielbestimmung zur Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhänge verstehen wir darüber hinaus als Bekenntnis für den ländlichen Raum und dessen Bürger. Weshalb aus dieser Bestimmung heraus einheimische Modelle dort, wo es großen Druck auf Immobilienmärkte gibt, für uns ganz einfach selbstverständlich sein müssen und durchsetzungsfähig bleiben sollten. Das heißt, an diesem Beispiel wollte ich ganz einfach nur zeigen, dass diese Bestimmungen, die so viel Erwartungshaltung mit sich bringen, zumindest auch in den europäischen Gremien manchmal noch beachtliche Schwierigkeiten haben. Aber etwas, was mich wirklich freudig stimmt, ist, dass immer mehr und immer deutlichere – und ich habe da nur ein paar Gedankengänge mitgenommen – Gegenargumente gegen die Schlagwörter von der föderalen Kleingeisterei gesprochen, geschrieben und entgegen gehalten werden.

Ganz einfach zurückkommend auf das, was Kommissar Hahn gesagt hat: In der Vielfalt liegt unsere Stärke und in der Subsidiarität unser Erfolg! Danke! (*Beifall im Hohen Hause.*)

Martin Preineder, Präsident des Bundesrates: Danke Alfred Ried!! Ich glaube, über die Einbindung der Kommunen ist in diesem Prozess noch verstärkt nachzudenken. (*Präsident Preineder erhebt sich.*)

Geschätzte Herren Präsidenten! Frau Vizepräsidentin des Bundesrates! Geschätzte Herren Bürgermeister! Werte Mitglieder des NÖ Landtages! Werte Bundesräte! Es liegt nun an mir, einen kurzen Bogen zu spannen über diese Veranstaltung. Und ich möchte dort beginnen, wo Präsident Penz geendet hat. Nämlich mit den Worten Konrad Adenauers: Die Einheit Europas war ein Traum weniger. Sie wurde zur Hoffnung für viele und ist heute eine Notwendigkeit für alle.

Geschätzte Damen und Herren! Die Gesellschaft ist zunehmend individualisierter, ist zunehmend differenzierter geworden. Eine Gesellschaft, die sich aber auch zunehmend dezentraler organisiert. Und dadurch ist die Politik gefordert, regionaler zu werden.

Geschätzte Damen und Herren! Es geht uns allen wahrscheinlich so, dass der fehlende Radweg vor dem Haus uns mehr betroffen macht als das Ergebnis der Kongresswahlen in den Vereinigten Staaten. Regionen gewinnen an Bedeutung! Gemeinden, Bezirke, Länder stellen solche Regionen dar, aber sie bilden sich auch durch Gemeinsamkeiten. Durch Gemeinsamkeiten im Tourismus, in der Wirtschaft, in der Kultur, aber auch in der öffentlichen Verwaltung. Regionen haben je nach Bedarf andere Ausdehnungen, andere Zusammensetzungen, aber auch andere Homogenitäten. Regionen sind einfach lebendige Gemeinschaften. Von wenigen Gemeinden beginnend bis über Staatsgrenzen hinweg sich ausdehnende. Wir haben heute die Donauraumstrategie als eine Region diskutiert, die sich über mehrere Staatsgrenzen hinweg bewegt. Auf Grund von historischen, kulturellen und auch wirtschaftlichen Gemeinsamkeiten.

Der Bundesrat als Regionalrat vertritt die Interessen der Länder in der Bundesgesetzgebung. Der Bundesrat ist dadurch das Sprachrohr der Länder, der Städte und Gemeinde in der EU-Gesetzgebung. Und die Umsetzung der Lissabon-Strategie ist eine neue Herausforderung für uns. Begründete Stellungnahme, Subsidiaritätsklage, Ministerbindungen werten den Bundesrat entsprechend auf. Diese Aufwertung wird aber nur dann real werden können, wenn eine engere Zusammenarbeit mit den Landtagen vonstatten geht. Wir konnten in Bozen so eine intensivere Zusammenarbeit beschließen, diskutieren und möchten sie bereits am 24. November auch mit Leben erfüllen. Subsidiarität ist der Vorrang der kleinen Einheit. Ist Eigenverantwortung vor kollektiver Verantwortung. Fordert und fördert überschaubare Strukturen.

Geschätzte Damen und Herren! Diese Subsidiaritätskultur gilt es zu pflegen, zu stärken und als Wesen einer demokratischen Gesellschaft zu hegen. Denn, und das wurde heute schon oft gesagt, denn überschaubare Einheiten geben dem großen Europa Kraft.

Geschätzte Damen und Herren! Ich danke für Ihre Teilnahme! Ich danke dem NÖ Landtag, vertreten durch Herrn Präsidenten Penz, seinen Mitarbeitern, Herrn Direktor Obernosterer, meinen Mitarbeitern, der Frau Direktor Susanne Bachmann für die Zusammenstellung dieser Tagung. Ich darf allen Referenten für ihr Input ein herzliches Dankeschön sagen, Ihnen fürs Kommen, und darf Sie zum gemeinsamen Mittagessen einladen. Die Tagung ist geschlossen. (*Beifall im Hohen Hause.*) (*Ende der Sitzung um 13.24 Uhr.*)